



universität  
wien

## **DIPLOMARBEIT**

Titel der Diplomarbeit

### **Ernährungspolitik und Lobbying der Lebensmittelindustrie**

Verfasser

**Schernhorst Helmut**

angestrebter akademischer Grad

**Magister der Philosophie (Mag.phil.)**

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer: O.Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich



Für Andrea, Marlene und das Baby

Bei Martha und Wolfgang bedanke ich mich sehr herzlich für die  
Unterstützung



# INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung .....	1
1.1	Fragestellung, Aufbau und Erkenntnisinteresse .....	3
1.2	Vorgehensweise .....	4
2	Theoretischer Zugang .....	5
2.1	Ernährungspolitik und Lebensmittelpolitik .....	5
2.2	Theorien und Modelle .....	7
2.2.1	Einbindung von Interessensvertretungen in politische Systeme .....	8
2.2.2	Kooperation der gesellschaftlichen Gruppen .....	8
2.2.3	(Neo)-Pluralismus .....	9
2.2.4	(Neo)-Korporatismus .....	10
2.2.5	Konkordanzdemokratie .....	11
2.2.6	Rational Choice .....	11
2.2.7	Tauschtheorie .....	12
2.2.8	Sozialpartner .....	15
2.2.9	Begrifflichkeit des Lobbyings .....	17
3	Lobbying in Österreich, EU und USA .....	22
3.1	Lobbying in Österreich .....	22
3.2	Lobbying in der EU .....	23
3.3	Verbände in Brüssel .....	27
3.4	Lobbying in den USA .....	28
4	Lobbying der Lebensmittelindustrie in der Praxis .....	31
4.1	Direktes Lobbying .....	32
4.1.1	im EU-Parlament am Beispiel der Lebensmittelampel .....	32
4.1.2	Die Beeinflussung von Ernährungsexperten .....	34
4.1.3	Wissenschaftliche Studien .....	35
4.2	Indirekte Lobbyinginstrumente .....	36
4.2.1	Journals und ihre Beilagen .....	37
4.2.2	Konferenzen .....	37
4.2.3	Die Bildung von Partnerschaften und Allianzen .....	38
4.2.4	Einfluss über Beitragsfonds .....	38
4.3	Exkurs: Randbereiche des Lobbyings .....	40
4.3.1	Public Relations-Anwendungen .....	40
4.3.2	Preiskartelle und Gerichtsweg .....	41
4.3.2.1	Preisabsprachen .....	41
4.3.2.2	Gerichtsverfahren wegen übler Nachrede .....	42

5	Ernährungsziele und Lobbying .....	43
5.1	Ernährungsratschläge, -ziele .....	45
5.1.1	historische Entwicklung .....	45
5.1.2	Ernährungsziele heute.....	48
5.2	Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien FDBG .....	49
5.3	Ernährungspyramiden .....	51
5.3.1	österreichische Ernährungspyramide .....	53
5.4	Länderprogramme .....	57
5.4.1	Programme in Österreich .....	57
5.4.1.1	das österreichische Lebensmittelmodell .....	57
5.4.1.2	Nationaler Aktionsplan Ernährung; NAP.e .....	58
5.4.1.3	Nationale Ernährungskommission .....	59
5.4.2	Lebensmittelbericht und Ernährungsbericht .....	60
5.4.3	Programme in Deutschland .....	62
5.4.3.1	Nationaler Aktionsplan „IN FORM“ .....	63
5.4.3.2	Ernährungsberichte.....	63
5.4.4	Programme in den USA.....	63
5.4.4.1	Dietary Goals 1977 .....	65
5.4.4.2	Healthy People 1979.....	66
5.4.4.3	Ernährungsleitfäden 1980 - 1990.....	67
5.4.4.4	Der Weg zur Ernährungspyramide in den USA.....	68
5.4.4.5	Die Einführung der Ernährungspyramide, 1991/92 .....	70
5.4.4.6	Folgen der Einführung der Lebensmittelpyramide .....	72
5.4.4.7	Kritikpunkte bei dem Pyramidenkonzept.....	73
5.5	relevante Interessensgruppen .....	74
5.5.1	Österreich .....	74
5.5.2	Kodexkommission und ihr Wirkungsfeld.....	75
5.5.3	Wirtschaftskammer Österreich .....	82
5.5.4	AGES .....	82
5.5.5	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit .....	83
5.5.6	USA .....	86
5.5.7	FAO WHO .....	87
6	Zusammenfassung und Schlussbetrachtung.....	90
7	Abstact .....	93
8	Literaturverzeichnis .....	94
8.1	Abbildungsverzeichnis .....	98
8.2	Lebenslauf .....	99

## 1 Einleitung

Über das Essen wird gerne gesprochen - genauso über die Politik, jeder hat seine Meinung zu beiden Themen, seine persönlichen Vorlieben und Abneigungen. Die Politik, die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Medien versuchen uns auf verschiedene Art und Weise zu überzeugen, was und wie viel wir essen sollen. Doch der Mensch, als eigensinniges Wesen, widersetzt sich vielfach diesen Ernährungsratschlägen. Übrig bleibt ein Widerspruch zwischen der Ernährungstheorie über gesundes Essen und dem, was wir täglich zu uns nehmen.

Die Theorie besagt, dass der positive gesundheitliche Nutzen von diätetischer Ernährung im Wesentlichen auf pflanzlicher Ernährung in Form von Obst, Gemüse und Cerealien beruht. Das hat sich in den letzten 50 Jahren nicht geändert und wird durch laufende Forschungen bestätigt. In der Praxis nimmt die Bevölkerung der westlichen Welt generell zuviel Nahrung zu sich- insbesondere zu viel tierisch basierte Nahrung. Die Folgen davon sind unter anderem Übergewicht, Herz-Kreislaufkrankungen und Diabetes.

Auf Staatsebene entstehen als Folgeerscheinung hohe Gesundheitskosten. Österreich bleibt davon nicht verschont. Die Gesundheitsberichterstattung zeigt einen Anstieg der ernährungs- und lebensstilassoziierten Erkrankungen. Die dadurch verursachten Folgeerkrankungen und Kosten fordern die Politik und die Industrie zur Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der ernährungsbezogenen Prävention<sup>1</sup>

Seitens der Politik werden nun Maßnahmen wie eine qualitätsorientierte Lebensmittelpolitik und nationale Aktionsprogramme im Ernährungsbereich gesetzt um diesen Tendenzen entgegen zu steuern. Die Lebensmittelindustrie versucht ihrerseits ein positives Image für ihre

---

<sup>1</sup> Zilberszac 2010

Produkte aufzubauen und über Lobbying die Gesetzgebung so zu beeinflussen es beispielsweise nicht über Verbote zu Umsatzeinbußen kommt.

Die Ernährungsratschläge des Staates veränderten sich im letzten Jahrhundert gravierend. Der Beginn des 19. Jahrhunderts war geprägt von Ernährungsdefiziten der Bevölkerung. Empfehlungen gingen in die Richtung, generell mehr zu essen und unterschiedliche Lebensmittel zu konsumieren. Heute steht die Gesundheitsprävention im Vordergrund. Empfehlungen gehen in die Richtung, weniger zu essen. Der Ratschlag seitens der Politik, weniger Nahrung zu sich zu nehmen, widerspricht dem Interesse der Lebensmittelindustrie nach fortschreitenden Umsatzausweitungen. Sie liefern gegenteilige Argumente und arbeiten unterstützend mit Lobbyingmaßnahmen.<sup>2</sup>

Die Politik nimmt durch die Gesetzgebung Einfluss auf die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung. Sie regelt mit der gemeinsamen Agrarpolitik der EU indirekt unser Nahrungsangebot. Das Weißbuch zur Lebensmittelsicherheit stellt nach dem BSE-Skandal von Brüssel aus das EU-Lebensmittelrecht auf eine neue Basis. Auf nationaler Ebene erfasst das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz die gesamte Lebensmittelkette. Ein weiteres zentrales Element der österreichischen Lebensmittelpolitik ist das „Österreichische Lebensmittelbuch“ (der "Codex Alimentarius Austriacus"). Es dokumentiert die allgemeine Verkehrsauffassung über die Beschaffenheit von Lebensmitteln und hat als Sachverständigengutachten weit reichende Folgen bei Rechtsstreitigkeiten. Der daraus abgeleitete Codex Alimentarius wird weltweit als Basis für den Lebensmittelwarenverkehr verwendet.

Der Weg der Gesetzwerdung ist im Bereich Ernährung ein langer und viele Interessensgruppen versuchen das Gesetz im Sinne ihrer Klientel zu formen.

---

<sup>2</sup> Nestle 2007, S. 30

Diese Arbeit versucht nun die Gestalter der Politik rund um die Ernährung sowie ihre Einflussmöglichkeiten zu extrahieren. Bei Interessensvertretungen sind hierbei besonders zwei Gruppen ausschlaggebend, die Sozialpartner und die Lobbyingorganisationen der Lebensmittelfirmen.

## 1.1 Fragestellung, Aufbau und Erkenntnisinteresse

Die Einleitung führt zur folgenden zentralen **Forschungsfrage**:

*Wie ist Ernährungspolitik durch das Lobbying der Lebensmittelindustrie beeinflussbar?*

Als integraler Bestandteil der europäischen Politik ist Lobbying anzusehen, ohne das ein Entscheidungsfindungsprozess kaum denkbar ist. Diese Arbeit geht nun auf das Thema Lobbying in der Ernährungspolitik und die Rolle der Lebensmittelindustrie näher ein.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit beruht auf mehreren Säulen.

Der theoretische Teil soll einen Überblick der Konzepte ermöglichen und erklären, welche Rahmenbedingungen bei den Staatsmodellen vorhanden sein müssen um die Einflussnahme auf die Politik – in diesem Falle über Lobbying – zu ermöglichen.

Der nächste Abschnitt widmet sich den verschiedenen Lobbyingzugängen auf nationaler Ebene, der EU und den USA.

Dem vierten Teil der Arbeit liegt die Fragestellung zugrunde, wie Lobbyisten der Lebensmittelindustrie in der Praxis vorgehen und welche Möglichkeiten sie haben um im Sinne ihrer Auftraggeber Lobbying zu betreiben.

Der letzte Teil setzt sich mit Ernährungszielen der Politik und deren Länderprogramme auseinander. Exemplarisch wird anhand der Ernährungspyramide der USDA (des us-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums) gezeigt, welchen Einfluss Lobbying auf die Werdung solcher Ernährungsleitlinien hat. In diesem Kapitel erfolgt auch

eine Auseinandersetzung mit den relevanten Interessensgruppen auf nationaler und internationaler Ebene.

### **Hypothesen:**

Dem eigentlichen Hauptteil der Arbeit liegen folgende Hypothesen zugrunde:

*Wenn die Politik die Gesundheit der Bevölkerung verbessern will, dann ist sie von der Wirtschaft nicht beeinflusst.*

*Wenn Ernährungsleitlinien publiziert werden, dann sind sie für den Verbraucher leicht verständlich.*

## **1.2 Vorgehensweise**

Als Methoden werden die Instrumente der Literaturanalyse und der Befragung verwendet. Das Hauptinstrument war eine Analyse der deskriptiven Sekundärliteratur. Zu dem Themenbereich Ernährung gibt es eine unüberschaubare Anzahl an Literatur, die aber sehr spartenspezifisch und daher nur bedingt für Rückschlüsse tauglich ist. Als Primärliteratur wurden die Weißbücher der Europäischen Kommission zur Lebensmittelsicherheit und zur Ernährung, parlamentarische Materialien und Gesetzestexte verwendet. Die Experteninterviews wurden mit Beamten und Vertretern der Lebensmittelindustrie durchgeführt. Die interviewten Personen legten darauf Wert, dass die Gespräche informell zu behandeln sind, die Ergebnisse der Interviews flossen in die Arbeit ein.

## **2 Theoretischer Zugang**

### **2.1 Ernährungspolitik und Lebensmittelpolitik**

Politik über Ernährung zu beschreiben ist schwierig, da politische Aspekte der Produktion, der Steuerung, Regelung, Kontrolle und Verteilung genauso eine Rolle spielen wie medizinische, kulturelle, ethische und umweltmäßige Umstände. Die verschiedenen politischen Ansätze greifen ineinander und sind definitionsgemäß nicht fassbar. Ihre Namen ändern sich wie die Namen der zuständigen Ressorts in den Regierungsprogrammen. Besonders Ernährungspolitik und Lebensmittelpolitik werden oft als Zwillinge behandelt, im Kern behandeln sie alle Nahrung, die sie für die Bevölkerung in bestimmter Qualität sicherstellen wollen.

Die Ernährungspolitik hat eine starke inhaltliche Dimension und ist und ein vernetzter, facettenreicher Bereich, der sich je nach Zugang der Akteure sehr unterschiedlich darstellt. Ernährungspolitische Maßnahmen führen oft zu öffentlichen Diskussionen und politischen Differenzen. Ein Beispiel für eine ernährungspolitische Maßnahme sind die nationalen Aktionspläne „Ernährung“ der betreffenden Ressorts.

Die primäre Aufgabe der Ernährungspolitik ist die Gewährleistung der Ernährungssicherung. Schon in der Antike reagierten Herrscher auf Nahrungsverknappung mit kurzfristig wirksamen Maßnahmen wie Rationalisierung oder Spekulationsverboten. Später wurde mit längerfristigen Maßnahmen diesen Problemen entgegengesteuert. Dazu zählte die Kontrolle des Handelns, der Infrastrukturausbau und die Forcierung der Vorratshaltung. Besonders bei ungleicher Güterverteilung wird die Ernährungssituation der Bevölkerung zu einem politisch interessanten Thema. Heute hat die weltweite Bekämpfung von Hunger in der internationalen Gemeinschaft höchste Priorität. Dies wird auch an dem international vereinbarten UN-Millenniumsziel 2015 deutlich. Über die Ernährungssicherung hinaus gewinnen in Europa aufgrund der

Wohlstandssituation und ihrer Folgen Themen wie Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit und Gesundheit ernährungspolitisch an Bedeutung. Vor allem die BSE-Krise stellte die Lebensmittelsicherheit um die Jahrtausendwende in den gesellschaftspolitischen Blickpunkt. Es folgte eine Wende in der Agrarpolitik und die Lebensmittelsicherheit erhielt auch auf EU-Ebene ein größeres Gewicht.

Der gesellschaftliche Wandel führte in den letzten Jahrzehnten zu veränderten Ernährungsleitbildern. Diese verdeutlichen erstrebenswerte Lebensstile einer Gesellschaft. Die Nährstoffbedarfsdeckung stand in der Nachkriegszeit im Mittelpunkt und der Gesundheitsaspekt spielte im Sinne von Krankheitsbekämpfung eine Rolle. Umweltaspekte waren hingegen völlig unbedeutend. Aufgrund des steigenden Übergewichtsproblems in den 80'er Jahren des letzten Jahrhunderts kamen zur Nährstoffbedarfsdeckung Aspekte wie Mäßigung, Einschränkung und Verzicht hinzu. Heute wiederum liegt der Schwerpunkt auf vollwertiger und bewusster Ernährung, so spielen heute der hochwertige Genuss und die gemeinsame Zubereitung des Essens eine gestärkte Rolle. Dies spiegeln auch Kampagnen wie „Genussregion Österreich“ des Landwirtschaftsministeriums wider, die solche Aspekte in den Vordergrund rücken.<sup>3</sup> Weiterhin wird Mäßigung für bestimmte Lebensmittel empfohlen.

Die Ernährungspolitik ist kein eigenständiger Politikbereich und überschneidet sich unter anderem mit der Agrarpolitik, der Gesundheitspolitik und der Umweltpolitik. Weitere Interaktionen bestehen mit der Forschungspolitik, Handelspolitik, Finanzpolitik, Bildungspolitik, Rechtspolitik und Ordnungspolitik. Daneben wirken Verbraucherorganisationen, Berufs- und Fachverbände sowie Interessensverbände der Agrar- und Ernährungswirtschaft und des Gesundheitssektors ernährungspolitisch mit. Sie ist in gewissem Sinne

---

<sup>3</sup> Siehe <http://www.genuss-region.at/index-genuss-region>

eine Verbraucherpolitik im Ernährungsbereich, der Ernährungstrends formt, gesundheitsbewusste Ernährung fördert, für Lebensmittelsicherheit einsteht und die Produktion, die Verarbeitung und den Vertrieb überwacht. Dieser Aufgabenkatalog ist interdisziplinär.<sup>4</sup>

Die Lebensmittelpolitik ist der Ernährungspolitik ähnlich, der Fokus liegt hier aber eher auf der Gestaltung der Angebots- und Nachfrageseite, es spielen wirtschaftliche und soziokulturelle Kriterien eine größere Rolle. Man kann sie auch als Teil der Ernährungspolitik auffassen, da in den Gesetzestexten der Verbraucher ein wesentliches Element ist. In Österreich ist hier die Grenze zwischen Landwirtschaftsministerium und Gesundheitsministerium spürbar, bei anderen Ressortaufteilungen verschwimmen die Grenzen noch stärker.

Die angelsächsische Literatur umschreibt das Feld am ehesten mit Food Politics. Food Politics betont die Vorgänge, die prozessuale Dimension der Politik im Ernährungssektor, die in dem Spannungsfeld von Macht und Einfluss von verschiedenen Gruppen entstehen, und die in einer Willensbildung münden. Lobbying ist damit eng verbunden.

"Food politics underlie all politics in the United States. There is no industry more important to Americans, more fundamentally linked to our well-being and the future well-being of our children."<sup>5</sup>

## **2.2 Theorien und Modelle**

Mit Hilfe von Theorien lässt sich Beobachtetes strukturieren, Verhaltensmuster identifizieren und Kriterien für verallgemeinerungsfähige Aussagen entwickeln. Dies dient der Strukturierung und Interpretation von kleinräumigeren Abläufen in den Theorien mittlerer Reichweite. Auf dieser Ebene sind die Theorien zum Beispiel der EU-Interessensvermittlungsforschung anzusiedeln. Als

---

<sup>4</sup> Stratka 2007, S. 730

<sup>5</sup> Food Politics » Food Politics: How the Food Industry Influences Nutrition and Health, S. 1

Grundlage dieser Arbeit werden als Theorien mittlerer Reichweite der Neo-Pluralismus und der Neo-Korporatismus verwendet. Lobbying wird in dieser Arbeit als Tausch betrachtet, diese Annäherungsweise findet sich auch in den Rational-Choice-Theorien wieder.

Lobbyisten stellen ihre Erfahrung und ihr Expertenwissen den Adressaten wie Parlamentariern und Beamten zur Verfügung, damit diese künftige Regelungen besser einschätzen und gestalten können. Durch Klarstellung ihrer Positionen können sie im Gegenzug die politischen Entscheidungsträger beeinflussen und Regelungen erreichen, die sich ihren Positionen annähern.<sup>6</sup>

### ***2.2.1 Einbindung von Interessensvertretungen in politische Systeme***

Die Lebensmittel – und Ernährungspolitik wird von politischen Systemen gestaltet. In diesen Systemen agieren verschiedene Gruppen wie z.B. Lobbyisten für ihre Auftraggeber in der Industrie arbeiten und die Sozialpartner. Der folgende Abschnitt geht auf die organisierten Interessen in der Theorie ein. Demokratien zeichnen sich durch Konkurrenz von verschiedenen Interessen der Akteure aus. Die Steuerung dieser Interessen erfolgt auf verschiedene Weise. Neben dem Feld der Konkurrenz- und Konkordanzdemokratien können Entscheidungen auch außerhalb von staatlichen Systemen erfolgen. Den Regelungsbedarf können auch nicht-staatliche Agenturen übernehmen, damit prägen nicht-politische Akteure eine Gesellschaft

### ***2.2.2 Kooperation der gesellschaftlichen Gruppen***

Der moderne Staat ist bei der Formulierung und bei der Durchsetzung von Politikansätzen auf die Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppen angewiesen. Die Kooperation kann hierbei dauerhaft etabliert werden und durch Policy Netzwerke gefestigt sein. Der Charakter einer

---

<sup>6</sup> Gradwohl 2009, S. 14

formellen Zusammenarbeit ist hierbei nicht zwingend. Die Muster und Formen staatlich-verbandlicher Zusammenarbeit sind vielfältig, neue Akteure haben in diesem breiten Spektrum beträchtliche Zugangschancen. Die Zusammensetzung ist vor allem bei Krisen oder Politikwechsel sehr volatil. Der Einfluss dieser Interessensgruppen ist beachtlich, der Staat behält aber gegenüber den Lobbyismus die Oberhand. Es liegen dazu eine Vielzahl empirischer Untersuchungen zur Lobbying und Interessensvermittlung vor. Gut erforschte Eigenheiten des Lobbyismus sind die Strategien und Taktiken von Interessensgruppen, wie etwa die Kommunikationsmuster zwischen Interessensvertretern und Fraktionen, Ausschüssen und den Parlamentariern sowie das innere Lobbying in Parlamenten.<sup>7</sup>

### **2.2.3 (Neo)-Pluralismus**

Der Name Neopluralismus leitet sich begrifflich von Vielfalt und Vielschichtigkeit ab. Der Pluralismus bezieht sich hierbei auf eine Vielfalt, in der die einzelnen Elemente in einer Beziehung zueinander stehen. Man betrachtet hierbei die Elemente voneinander eigenständig, unabhängig und gleichberechtigt. Den Pluralismus-Begriff kann man auch weiter fassen, indem man ihn als Synonym für freiheitliche Demokratie verwendet, im engeren Sinne zielt er somit auf Verbände und ihre Strukturen in freiheitlichen Demokratien ab, den Verbände-Pluralismus. In einem pluralistischen System ringen unterschiedliche Interessensgruppen miteinander. Es existiert ein festes Regelsystem zur Konfliktlösung und es wird auf die Neutralität des Staates hingewiesen. Die Verbände haben das lobbyistische Ziel, Einfluss auf Entscheidungsprozesse des Parlaments und der Regierung zu gewinnen. Bei dem Interessenausgleich sind keine institutionalisierten Formen vorgesehen, es ist legitim sich gegen andere Gruppen durchzusetzen. Der Neo-Pluralismus wiederum ist die abgewandelte

---

<sup>7</sup> Kleinfeld et al. 2007, S. 10-12

Form des Pluralismus. Es sind dabei nicht alle Gruppen in gleicher Weise in der Lage, Aufmerksamkeit für ihre Positionen zu erlangen, jedoch hat jede der Gruppen die Möglichkeit, sich zu mobilisieren und sich zu beteiligen. Bereits simulierte Akteure können hierbei stärkere Beteiligungsbemühungen zeigen.<sup>8</sup>

#### **2.2.4 (Neo)-Korporatismus**

Unter Korporatismus versteht man ein politisches und ökonomisches System, in dem die einzelnen Interessensgruppen im friedlichen Einvernehmen strittige Punkte verhandeln. Der Korporatismus kennt verschiedene Spielarten und knüpft begrifflich an den ständestaatlichen Korporatismus an. Der klassische Korporatismus ist einer von staatlicher Seite aufgezwungene Form des Korporatismus. Seine Merkmale sind Zwangsverbände und Zwangsmitgliedschaften. Als Vorbild dient hier das mittelalterliche Zunftwesen.<sup>9</sup>

Der heutige Neo-Korporatismus, auch liberale Korporatismus oder gesellschaftlich-liberaler Korporatismus genannt, ist eine von gesellschaftlicher Seite erweckte Form des Korporatismus. Die institutionalisierte und gleichberechtigte Beteiligung von gesellschaftlichen Verbänden an der Formulierung und Ausführung staatlicher Politik ist sein Kennzeichen. Der Umfang der Korporationen hängt von den einzelnen Theoriegebilden ab. Eine Ausprägung ist der Tripartismus, d.h. eine auf Konzentrierung von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden beschränkte Zusammenarbeit. Eine andere Ausprägung ist der Korporatismus, welcher Interessensgruppen des gesamten gesellschaftlichen Spektrums umfasst. Zu den korporatistischen Ländern zählt die Konkordanzdemokratie mit ihrer

---

<sup>8</sup> Gradwohl 2009, S. 15

<sup>9</sup> Jahn 2007, S. 110

parastaatlichen Verwaltung. Als Beispiel sei hier Österreich mit seinem Sozialpartnerschaftsmodell genannt.<sup>10</sup>

### **2.2.5 Konkordanzdemokratie**

Die Konkordanzdemokratie kann man als Fortführung und Komplementierung korporatistischer Prinzipien sehen. Alle relevanten Gruppen beteiligen sich einstimmig an gesellschaftlichen Entscheidungen. Charakteristisch für dieses System ist die Entscheidungsregel der maximalen Mehrheit. Die Interessens- und Konfliktstrukturen der Gesellschaft werden in diesem politischen System bespiegelt. Somit ist eine Berücksichtigung aller Gruppeninteressen gewährleistet. Dieses System ist dem korporatistischen System ähnlich, und je nach wissenschaftlichem Ansatz werden Staaten dem konkordanzdemokratischen System oder dem Korporatismus zugeschlagen. Beide Systeme verwischen sich strukturell. Zu den Schwächen der Konkordanzdemokratie zählen die hohen Entscheidungskosten und der schwierige Weg der Entscheidungsfindung. Konkordanzdemokratie liefert wiederum ein großes Befriedungspotential. Durch seine Schwächen kann es aber nicht alle Probleme lösen.<sup>11</sup>

### **2.2.6 Rational Choice**

Die Theorie der rationalen Entscheidung wird in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verwendet und ist dort eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Ansätze einer Handlungstheorie. Diese Ansätze schreiben den Akteuren rationales Verhalten zu, sie zeigen aufgrund gewisser Präferenzen ein nutzenmaximiertes Verhalten.

Zur Erforschung von Interessensvermittlung sind die theoretischen Konzepte Pluralismus und Korporatismus ins Hintertreffen geraten, da

---

<sup>10</sup> Gradwohl 2009, S. 16–18

<sup>11</sup> Gradwohl 2009, S. 18–19

sich das Forschungsinteresse zu handlungs- und demokratietheoretischen Fragen verschoben hat. Die Kernfrage der Akteursbeeinflussung bleibt aber gleich. In den Vordergrund treten nun verschiedene Varianten des Rationalismus und der politischen Ökonomie. Wichtig sind hierbei spieltheoretische Analysen, tauschtheoretische Ansätze und Ansätze, die sich mit den rationalistischen Neoinstitutionalismus beschäftigen.<sup>12</sup>

Bei der rationalistischen Variante des Neoinstitutionalismus wird davon ausgegangen, dass strategisch vorgehende Akteure jene Mittel einsetzen, mit denen sie ihre Ziele am besten erreichen. Eine Anpassung an die Normen des politischen Systems erfolgt nur so weit, wie es für den Erfolg sinnvoll ist. Private Akteure lassen sich durch die Forderungen des politischen Systems beeinflussen, indem sie sich ihnen anpassen, und ihr Verhalten in tauschartigen Verhandlungen beeinflussbar ist. Der Einfluss der Lobbyisten ist somit durch das politische System steuerbar. Dieser Ansatz konzentrierte sich stark auf wirtschaftliche Interessensvertretung, hier wird rationales Verhalten als einfacher operationalisierbar erachtet. In der jüngeren Literatur wird Lobbying im Sinne von Rational Choice konzeptionalisiert. Jedenfalls zugenommen haben spieltheoretische Studien von Interessensgruppen-Lobbying. Hier wird die theoretische Modellierung von Lobbyingverhalten hervorgehoben, spieltheoretische Berechnungen eignen sich dazu, rational vermutbare Entscheidungsprozesse zu modellieren.<sup>13</sup>

### ***2.2.7 Tauschtheorie***

Die Tauschtheorie ist vom rationalistischen Neoinstitutionalismus abgeleitet. Der Zeitpunkt des Lobbyings ist wichtig, hierfür muss man die Aufgabenverteilung der Lobbyingadressaten im politischen Entscheidungsprozess kennen. Dieses Wissen ist allerdings noch keine

---

<sup>12</sup> Buholzer 1998, S. 95

<sup>13</sup> Gradwohl 2009, S. 19

Grundlage des Erfolges und bedeutet nicht, dass sich durch Lobbying die Entscheidungsträger beeinflussen lassen. Für Interessensvertreter ist zum Beispiel der Zugang zu den EU-Organen eine Grundvoraussetzung um überhaupt Einfluss ausüben zu können. Indikatoren um den Einfluss von Lobbyisten zu messen, liefern Untersuchungen über deren Zugang zu den EU-Institutionen.<sup>14</sup>

In tauschtheoretischen Ansätzen existiert eine Wechselbeziehung zwischen Entscheidungsträgern und den Interessensvertretern. Für Lobbyisten ist der Zugang zu den Institutionen wichtig, damit sie ihre Interessen in die Gesetzgebung einbringen können. Für diesen Einfluss fordern nun die EU-Institutionen bestimmte Tauschgüter, die für die effektive Verrichtung ihrer Aufgaben wichtig sind. Dazu zählen Informationen verschiedenster Art und andere Sachverhalte wie z.B. die politische Unterstützung eines Vorschlages. Als wichtigstes Tauschgut wird Expertenwissen betrachtet. Dieses Wissen ist für politische Entscheidungsträger von Bedeutung, da sie auf dieses technische und wirtschaftliche Wissen angewiesen sind. Ohne externe Informationen kann keine effektive Politik gestaltet werden, da die Konsequenzen nicht beurteilt werden könnten. Wirtschaftsinteressen ermöglichen nach dieser Theorie überhaupt erst, am politischen Prozess teilzunehmen. Den Lobbyisten wird durch den Austausch von Expertenwissen Zugang zu den Institutionen ermöglicht. Sie erreichen somit Einfluss im weiteren Sinne. Diese Wechselbeziehung zwischen Lobbyisten und politischen Entscheidern funktioniert insofern, dass beide Seiten Güter haben, die der andere benötigt. Diese Tauschgüter werden auch als Access-Guts bezeichnet. Das angebotene Tauschgut findet jedoch nur dann Abnahme, wenn Nachfrage von den anderen Parteien herrscht. Unternehmen können sich für verschiedene Interessensvertretungen

---

<sup>14</sup> Gradwohl 2009, S. 20

entscheiden und erhalten dadurch unterschiedlichen guten Zugang zu den einzelnen Institutionen.<sup>15</sup>

Die Verbands- und Einzellobbyisten haben unterschiedliche Stärken die das Tauschgüterangebot beeinflussen. Die einzelnen EU-Institutionen haben nun zu gewissen Zeitpunkten im politischen Entscheidungsprozess eine gewisse Funktion und Relevanz die somit die Nachfrage von Tauschgütern bestimmt. Ab einem gewissen kritischen Punkt sind die Institutionen auf das Access-Gut angewiesen, um ihren Entscheidungsprozess fortführen zu können. Den besten Zugang zur jeweiligen EU-Institution erreicht jener Interessensvertreter, der das kritische Tauschgut in höchster Qualität und Menge liefern kann. Der Tauschhandel ist für die Interessensvertreter auch mit Kosten verbunden, weiters stehen sie in Konkurrenz zu anderen Mitbewerbern. Die Institutionen benötigen Tauschgrund, da sie die Information selbst aus Kapazitätsgründen nicht herstellen können oder die externe Beschaffung billiger kommt. Der Lobbyadressat kann zwischen konkurrierenden Lobbyisten wählen, und er wird diejenigen nehmen, denen er weniger geben und Leistung bieten muss, d.h. er wird das billigere Angebot wählen. Für den Lobbyisten kann der Tauschprozess dadurch sehr kostenaufwendig werden.<sup>16</sup>

In der Literatur herrscht Uneinigkeit ob korporatistische oder pluralistische Elemente im europäischen politischen System im Vordergrund stehen bzw. schon überholt sind. Bei den Analysen bei Einbringung von Interessensverbänden in Entscheidungsprozesse kommt eine Vielzahl unterschiedler Systeme zu Tage. Verschiedene Branchen und Sektoren zeigen kein einheitliches Bild bei der Art der Einbringung sowie der Konkurrenz der Gruppen. Rational Choice

---

<sup>15</sup> Gradwohl 2009, S. 20-21

<sup>16</sup> Gradwohl 2009, S. 21-22

Ansätze wie der Tauschansatz erscheinen hier oft als bester Erklärungsrahmen.<sup>17</sup>

### **2.2.8 Sozialpartner**

Verbandsbegriff

Unter dem Verbandsbegriff versteht man einen "Zusammenschluss von Personen mit gemeinsamen Interessen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele". Verbände sind aus politischer Sicht Vereinigungen, deren Aufgabe es ist, die besonderen Interessen der Mitglieder in den politischen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen." Sie sind sehr unterschiedlich organisiert, z.B. als Interessensverbände, Fachverbände oder Berufsverbände.<sup>18</sup>

Für die Lebensmittelpolitik und deren Industrie wichtige Verbände sind z.B. die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung und der Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Diese Verbände wirken am Gesetzgebungsverfahren mit, denn sie haben an verschiedenen Stufen des Gesetzgebungsverfahrens die Möglichkeit, ihre Interessen einzubringen. Neben den formell eingeräumten Beteiligungsmöglichkeiten gibt es auch den informellen Weg. Die Möglichkeiten der Spitzenverbände, an der Willensbildung teilzuhaben, sind naturgemäß größer.<sup>19</sup> In ihrer Funktion der Einflussnahme auf die Gesetzgebung werden diese Verbände auch häufig als "pressure groups" oder "lobby" bezeichnet.<sup>20</sup>

Lobbyismus ist eine mögliche Richtung der Tätigkeit von Verbänden, mit denen sie sich Gehör verschaffen können. Diese ist aber weder auf

---

<sup>17</sup> Gradwohl 2009, S. 20-22

<sup>18</sup> Schubert et al. 2006, S. 308

<sup>20</sup> Schubert et al. 2006, S. 1<sup>19</sup>

<sup>20</sup> Schröder 1976, S. 16

Verbände beschränkt noch umfasst sie den gesamten Bereich der Verbandstätigkeit.<sup>21</sup>

Für Verbände ist eine Vielzahl von Fachausdrücken in Gebrauch. Für denselben Sachverhalt werden Lobby, Pressure Group oder Interessensverband verwendet. Pressure Groups bedienen sich z.B. des Instrumentes des Streiks zur Durchsetzung ihrer Interessen und diese sind nur ein Teilaspekt der Verbandsmöglichkeiten.<sup>22</sup> Für die Lebensmittelpolitik ist diese Spielvariante kaum von Bedeutung.

Die Sozialpartnerschaft zeichnet sich durch die Ausprägungsform des Korporatismus auf der Ebene der Beziehungen zwischen den Dachverbänden gesellschaftlicher Interessensorganisationen und der Regierung aus. Eine Grundausrprägung ist die Einbringung der Dachverbände in die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die auf formellen und informellen Wege geschieht. Die Kompromissfindung findet bipartistisch zwischen den Dachverbänden und tripartistisch zwischen Regierung und Dachverbänden statt. Sie ist bei der Implementation politischer Entscheidungen eingebunden.<sup>23</sup>

Die Sozialpartner wirken auf der Verwaltungsebene in zahlreichen Ausschüssen, Kommissionen und Beiräten mit und erstellen für die Ministerien Expertisen, fungieren als Berater und sind auch in die informelle Arbeit der Ministerien involviert. Im Bereich der Gesetzgebung haben die Verbände das Recht auf die Begutachtung von Gesetzesvorhaben und bringen Vorschläge in die gesetzgebenden Körperschaften ein. Im Ausschussverfahren des Parlaments werden sie als Auskunftspersonen integriert. Einen größeren Einfluss können die Sozialpartner jedoch im informellen Raum als im formellen Raum entfalten. Durch die Einbindung in das Begutachtungsverfahren bei den

---

<sup>21</sup> Schneider 1979, S. 9

<sup>22</sup> Schneider 1979, S. 9

<sup>23</sup> Talos 2009, S. 68–69

Gesetzesentwürfen können die Sozialpartner die Initiative für die Schaffung oder Änderung einer gesetzlichen Regelung ergreifen. Diese wird im zuständigen Ministerium ausgearbeitet. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die informellen Kontakte. Neben der Erstellung von Expertisen wird bei der Vorbegutachtung die Konsensfähigkeit des Gesetzesentwurfs geprüft. Die Verbände können zu offiziellen Stellungnahmen gebeten werden. Der Gesetzesentwurf wird dem Ministerrat und dann dem Nationalrat als Regierungsvorlage vorgelegt. Er kann dann von diesem an einen zuständigen Ausschuss verwiesen werden, wo Regierungsmitglieder, Beamte und Experten den Entwurf kritisch prüfen. Zur Beschlussfassung gelangt dieser danach als Ausschussvorlage in den Nationalrat wo er noch abgeändert werden kann.<sup>24</sup>

In Brüssel sind die Dachverbände in der österreichischen Mission integriert, falls europäische Dachverbände existieren erfolgte die Integration in diese. Die europäischen Dachverbände sind ein Standbein zur Wahrnehmung der Mitgliederinteressen<sup>25</sup>. Die Möglichkeiten der Sozialpartnerschaft konkrete Vorhaben auf EU-Ebene durchzusetzen sind jedoch kaum gegeben<sup>26</sup>

### **2.2.9 Begrifflichkeit des Lobbyings**

Lobbying und Lobbyismus sind facettenreiche, übergreifende Begriffe in den Bereichen Medien, Wirtschaft und bei den Interessensvertretungen. Erschöpfende Beschreibung gibt es keine. Auch professionelle Kommunikatoren scheitern an einem Entwurf eines einheitlichen Berufsbildes. Angesiedelt ist es zwischen Diskretion auf der einen Seite und einer aktiven Positionierung auf der politischen und öffentlichen Agenda auf der anderen Seite. Medien betrachten vor allem die Schattenseite des Lobbying und bringen z.B. Kooperation ins Spiel.

---

<sup>24</sup> Universität Wien 2008, S. 30

<sup>25</sup> Talos 2009

<sup>26</sup> Pestitschek 2008, S. 100

Lobbying als legitimes, konsensförderndes Mittel in einer Demokratie schafft es kaum in die Schlagzeilen. In der Wissenschaft berührt der vielschichtige Gegenstand Lobbying mehrere Disziplinen, darunter die Politikwissenschaft, Betriebswirtschaft, Kommunikationswissenschaft und die Psychologie, wobei sich mit dem Thema die Politikwissenschaft am ausführlichsten beschäftigt. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema wird hauptsächlich das State-Off-the-Art des Lobbyings anhand von Äußerungen von Experten untersucht. Hier spielen der Machtverlust der Verbände, ethische Standards und die gewachsene Bedeutung von externen Beratern eine Rolle.<sup>27</sup>

### **Begriffe und Abgrenzungen zu Lobbying**

In der Literatur gibt es bei der Begriffsbestimmung zwei Herkunftslinien. Eine Linie bezieht sich auf den Sitzungssaal des englischen Parlaments in derer Lobby im 17. Jahrhundert den Abgeordneten die Anliegen verschiedener Personengruppen nahe gelegt wurden. Die andere Theorie bezieht sich auf die Entstehungsgeschichte in der Hotellobby des Wiliador Hotels in Washington DC im 19. Jahrhundert. Dort suchten Wirtschaftsvertreter den Kontakt zu Kongress-Abgeordneten. Die Begriffe Lobbying und Lobbyismus sind generell gleichzusetzen. Bei der Definition von Lobbying stößt man in der Literatur auf nicht klar definierte Angaben. Lobbying wird oft als universeller Überbegriff verwendet, eine Abgrenzung zu Public Affairs erfolgt nicht. Die Definition nach Duden, in der Lobbyismus als der "Versuch, Gepflogenheit, Zustand, Zustand der Beeinflussung von Abgeordneten von Interessensgruppen zu beeinflussen" verstanden wird, beachtet nicht Einzelakteure als Lobbyisten. In der Literatur wird weiters darunter eine Interessensvertretung, eine Beeinflussung eines in der Regel politischen Systems durch die Einwirkung auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse verstanden. Der Verband (eher als der

---

<sup>27</sup> Wieser 25.09.2004

Einzelne) als Verhandlungspartner nimmt Einfluss auf die Exekutive oder Legislative.<sup>28</sup> Andere Auslegungen des Lobbybegriffes betonen "den Versuch der Beeinflussung von Entscheidungsträgern durch Dritte" oder " Lobbying ist der (...)politische Kommunikationsprozess, der sich zwischen Akteuren und gesellschaftlichen Organisationen ....und politischen Akteuren ... abspielt....mit dem primären Ziel, mittelbaren oder unmittelbaren Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozessen zu nehmen" Weiters wird Lobbying als „ die direkten und in der Regel informellen Versuche von Vertretern gesellschaftlicher Interessen, auf die Akteure des politischen Entscheidungsprozesses konkret einzuwirken, um Politikerergebnisse in ihrem Sinne zu verändern." bezeichnet.<sup>29</sup>

Bei Lobbying werden spezifische Kommunikationsinstrumente verwendet, und es ist an rechtliche und moralische Normen gebunden. Bestimmte Verfahren wie z.B. Bestechung werden normativ ausgeschlossen.<sup>30</sup>

Lobbying ist somit ein Kommunikationsinstrument um politische Akteure und deren Entscheidungen über Informationen zu beeinflussen. Die meisten Definitionen ist zielen auf die Einflussnahme von politischen Entscheidungen aus. Weiters kann man noch zwischen positivem und negativem Lobbying unterscheiden. Positives Lobbying untersucht ein Interesse durchzusetzen. Negatives Lobbying versucht, unerwünschte Entwicklungen zu verhindern und ist in diesem Sinne leichter zu verfolgen. Das Scheitern eines Interesses im politischen Entscheidungsprozess ist viel wahrscheinlicher als ein erfolgreicher Durchlauf aller Phasen.<sup>31</sup>

---

<sup>28</sup> Roberts et al. 2010, S. 1943

<sup>29</sup> Kleinfeld et al. 2007, S. 10

<sup>30</sup> Bentele 2003

<sup>31</sup> Gradwohl 2009, S. 24–25

In der jüngeren Literatur wird Lobbying als Instrument der Public Affairs definiert. Weitere Instrumente der Public Affairs sind z.B. Medienarbeit, Government Relations, Krisenmanagement usw... Public Affairs wird der politischen Kommunikation zugeordnet, die wiederum ein Teil der Public Relation ist. Für eine effektive Interessensvertretung sind alle Elemente der Public Affairs korrekt einzusetzen. Effektives Monitoring und Netzwerkpflege sind von größerer Bedeutung, die einzelnen Instrumente sind untereinander stark verflochten und treffen sowohl für das Verbands- als auch für das Einzellobbying zu.

Arndts unterscheidet drei verschiedene Lobbyingstrategien; das direkte Lobbying, das indirekte Lobbying und Grassroots Lobbying. Direktes Lobbying betrifft persönliche Kontaktaufnahme mit dem Entscheidungsträger (z. B. Vier-Augen-Gespräch, Brief); indirektes Lobbying umfasst den Versuch, Aktivitäten für den Entscheidungsträger über Dritte zu beeinflussen. Hier wird das unmittelbare Geschäftsumfeld der Entscheidungspersonen angesprochen. Instrumente hierfür sind z.B. Aussendungen von Positionspapieren. Eine besondere Form des indirekten Lobbying ist Grassroots-Lobbying. Dabei will man eine massenhafte Reaktion hervorrufen, indem Gruppen auf Regulierungsvorhaben aufmerksam gemacht werden. Interessen, die von großen Massen unterstützt werden, können weniger ignoriert werden (z. B. Unterschriftenaktionen).<sup>32</sup> Im Ernährungsbereich wird diese Lobbyingform kaum angewandt, da die Interessensgruppen den finanziellen Aufwand scheuen.

### **Lobbying im Kontext von Stakeholder Management**

Die Bestimmung der Stakeholdergruppen und ihre Haltung zur Unternehmung ist ein wichtiger Aspekt in der Forschung. Weiters sind der Informationsstand, die Maßnahmen, Mittel und Ziele der politischen Stakeholder sowie ihre Beziehungen untereinander für erfolgreiches Lobbying von Interesse, um das strategische Vorgehen zu planen und

---

<sup>32</sup> Arntz 2004, S. 499-506

die strukturellen Rahmenbedingungen zu setzen. Die Umsetzung und Kontrolle des Stakeholder-Konzepts kann man als interaktiven Prozess auffassen, bei der die Stakeholder die Handlungen der Unternehmung durch ihre Gruppierungen (z.B. Wirtschaftspresse, Konsumentenforum etc.) überwachen und die Unternehmungen die Effektivität des Staates in den relevanten Teilbereichen im Auge behalten.<sup>33</sup>

---

<sup>33</sup> n.n. 22.11.2011

### **3 Lobbying in Österreich, EU und USA**

Die Lebensmittelindustrie ist in Europa die größte verarbeitende Industrie und verantwortlich für 13 % des gesamten verarbeitenden Produktionsvolumens der EU, 11% der Arbeitsplätze, mehr als 4 Millionen Arbeitsplätze und für einen Umsatz von 800 Milliarden zuständig.<sup>34</sup>

#### **3.1 Lobbying in Österreich**

Aus der Wirtschaftsordnung des Mittelalters mit ihren Gilden und Zünften entwickelte sich Mitte des 19. Jahrhunderts eine liberale marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung. In jener spielte der Staat eine wichtige Rolle, da er bereits zu dieser Zeit auf eine systematische Zusammenarbeit mit den sich bildenden Interessensorganisationen baute. Mitte des 19. Jahrhunderts begann die Entwicklung der Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen. Nach dem Staatsgrundgesetz von 1867 bildeten sich jeweils auch Gewerkschaften und weitere Industriellenverbände heraus. Der Kammer- und Verbändestaat ist in Österreich sehr stark verwurzelt. Der Lobbyismus ist hier nicht so stark ausgeprägt, da hierfür weniger Angriffsfläche geboten wird.

In Österreich ist die Sozialpartnerschaft ein kooperatives System, Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände arbeiten in allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik zusammen. Diese Zusammenarbeit galt lange als zentraler politischer Faktor in Österreich nach dem 2. Weltkrieg. In der vergleichenden Forschung wird Österreich als prominenter Repräsentant der Verhandlungsdemokratie in den

---

<sup>34</sup> FoodDrinkEurope - Our Priorities, S. 1

Ausprägungen als Konkordanz- bzw. Konsensdemokratie und des Neo-Korporatismus dargestellt.<sup>35</sup>

Nach 1945 folgte der politische Interessensausgleich vor allem auf Ebene der Sozialpartner. Die Kammern und der Gewerkschaftsbund sind die dominierenden Interessensvertretungen und haben wesentliche Bedeutung für den Parlamentarismus in Österreich. Bestimmte Entscheidungen werden und wurden auf den Ebenen der Sozialpartner der Bundes- und Landesregierungen und der gesetzgebenden Körperschaften abgestimmt. Beratungsunternehmen nach internationalem Vorbild versuchen in das Marktfeld der Sozialpartner einzudringen. Sie schließen sich in Vereinigungen wie der ALPAC (Austrian Lobbying and Public Affairs Council) oder PASA (Public Affairs Society Austria) einen Teilverband des PRVA (Publik Relations-Verband Austria) zusammen, um somit ihren Einflussradius zu erhöhen.<sup>36</sup>

### **3.2 Lobbying in der EU**

Unternehmen, Interessensverbände und hoheitliche Vertreter erkennen, dass eine wirksame Interessensvertretung ihrer Anliegen nur erreicht wird, wenn sie über die nationale Ebene hinaus auf der EU-Ebene einwirken. Vor allem Großunternehmen erkennen, dass eine frühzeitige und nachhaltige Einwirkung auf den Rechtsetzungsprozess für ihre Belange von Vorteil ist. Ca.80 % der Verordnungen und Richtlinien in der Wirtschaftsgesetzgebung werden auf EU-Ebene geregelt. Ein nationalstaatlicher Einfluss tritt immer mehr in den Hintergrund. Wirtschaftslobbying nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein. In diesem Bereich ist auch ein Großteil aller Lobbyisten tätig. Multinationale Unternehmen betreiben hierfür eigene Büros in Brüssel, KMU's sind

---

<sup>35</sup> Gradwohl 2009, S. 30-32

<sup>36</sup> Gradwohl 2009, S. 31-32

aufgrund ihrer beschränkten Ressourcen auf europäische Verbände angewiesen, die sie vertreten.<sup>37</sup>

Amerikanische Unternehmen waren die ersten, die in Brüssel nach der Etablierung der europäischen Institutionen aktiv Lobbying betrieben haben. Für sie war es schwierig, Gehör zu finden, da sie über nationale Regierungen keinen Einfluss ausüben konnten. Den amerikanischen Beispiel folgend, bauten immer mehr Regierungen und Interessensvertretungen in Brüssel Lobbying-Strukturen auf. Es wurde immer wichtiger, da der europäische Integrationsprozess immer stärker wurde. Schätzungsweise gab es je nach Literatur Anfang der 90'er Jahre in Brüssel zwischen 3000 bis 6500 Interessensvertretungen, darunter über 500 europäische und internationale Dachverbände, 100 Beratungsfirmen und 200 Einzelunternehmen, die ein hohes Muster professionelles Lobbying betrieben. Die Zahl der Lobbyisten, die in Brüssel arbeiten, wird auf über 15.000 geschätzt. Es gibt aber keine verpflichtende Registrierung der Lobbyisten. In der weit verstreckten Lobbyinglandschaft sind die Dachverbände der Industrie- und Arbeitgeberverbände UNICE, der Bauernverband CUPA, der EGB für die Gewerkschaften und Euro Commerce für den Handel am einflussreichsten. Verschiedene Ausschüsse wurden von der EU konzipiert, um die Wahrung der Mitsprache von Regionen und Verbänden zu ermöglichen. Diese sind aber nur wenig erfolgreich. Unternehmen und Verbände setzen durch die Nähe zum Kunden auf einen wichtigen Informationsvorsprung, der für die Kommission von Interesse ist. Die Erstellung und Weitergabe von relevanten Informationen an die Brüsseler Beamtenschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben des Lobbyings in Brüssel.<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Gradwohl 2009, S. 10

<sup>38</sup> Gradwohl 2009, S. 32-33

## **Die Kommissionsmitarbeiter und das Parlament sind an Lobbying interessiert**

Die EU erlässt viele Normen, auf die Interessensvertreter Einfluss nehmen möchten. Die Gesetzgebung der EU läuft nach einem Standardschema ab, sie ähnelt einer Maschine. Der Lobbyist hat nur bedingte Eingriffsmöglichkeiten, er kann zwar die Gesetzgebung beschleunigen oder bremsen, aber es fehlt ihm die Möglichkeit des Agenda Setting.<sup>39</sup>

Auch populistische Politik kann kaum Themen setzen, da die europäische Öffentlichkeit fehlt. Die Öffentlichkeiten sind heterogen und können kaum eine gemeinsame Linie finden. Dies ist ein großer Unterschied zu nationalem Lobbying, bei der Öffentlichkeit gegeben ist. Um erfolgreich zu lobbyieren, muss man nicht unbedingt jemand Wichtigen kennen. Wichtig ist, dass man die richtige Person zur richtigen Zeit anspricht. Im Unterschied zu Österreich oder Deutschland stellt die dortige Verwaltung nicht den Anspruch, in einer bestimmten Sache das nötige Fachwissen zu haben. Dafür reicht die verhältnismäßig zum Aufgabengebiet kleine Beamtenschaft von 28.000 Personen nicht aus. Fachliche Kompetenz wird von außen zugelassen, deswegen ist sie schon aus Eigennutz zugänglich für Lobbyisten. Die Kompetenz der Kommission im Verwaltungsmanagement ist allerdings sehr groß. Die fehlende fachliche Kompetenz ist bei den Mitgliedern des Parlaments noch stärker, die Personalressourcen sind noch geringer. Kompetenz kann nur durch externe Unterstützung erlangt werden.<sup>40</sup>

Die Gesetzgebungsmaschine der EU beginnt durch Beschwerdeverfahren, EuGH-Urteile, Wettbewerbsfälle oder durch Auflagen von internationalen Verträgen zu laufen. Dem politischen Willen folgt sie nur selten, meist nach großen Skandalen. Jede Aktivität basiert auf einer Vertragsgrundlage. Von der Vielzahl der

---

<sup>39</sup> Säckl 2011, S. 1

<sup>40</sup> Säckl 2011, S. 2

Kommissionsbeamten bearbeiten 1 - 3 Personen einen Gesetzesvorschlag. Diese Gruppe ist nun für Lobbying offen. Die Kommission legt Wert auf ausgewogenes Lobbying, da sie ihre Vorschläge auch umsetzen möchte. Hierfür ist die Zustimmung des Parlamentes und des Rats erforderlich.<sup>41</sup>

Gute Erfolgschancen hat man, wenn man als Lobbyist auf Referentenebene bei der Kommission ansetzt. Die Vorschläge durchlaufen danach die verschiedenen Verwaltungsstufen bis zu den Kommissaren. Je höher die Ebene, desto geringer ist die Möglichkeit der Einflussnahme. Nach Zustimmung der Kommissare gehen die Vorschläge ans Parlament und den Rat. Der Rat ist für Lobbyisten schwierig zu bearbeiten, man müsste in allen Hauptstädten aktiv sein was einen enormen Aufwand entspräche. Somit werden meist nur das Herkunftsland, die Präsidentschaft und manchmal größere Länder Ziel von Lobbying. Für Lobbyisten ist das Europäische Parlament ein gutes Betätigungsfeld. Es ist eine mächtige Institution und von den über 700 EU-Abgeordneten sind nur eine Handvoll Abgeordnete inhaltlich an einem Thema interessiert. Diese nehmen sehr starken Einfluss auf die Meinung der Fraktion. Um den Informationswert hoch zu halten wird dieser nur gezielt bei einigen Parlamentariern eingesetzt.<sup>42</sup>

### **Der Lobbyist folgt dem Rechtssetzungsverfahren**

Die personelle Volatilität der EU-Organe ist um ein vielfaches größer als in Österreich. Regionale oder thematische Machtbildung wird bewusst durch ein Rotationsprinzip unterbunden. Die einzelne Person ist daher nicht so wichtig wie die Funktion die sie innehat. Informelle Kontakte haben nicht die Wichtigkeit wie in Österreich. Die richtige Person muss nur zur richtigen Zeit zur richtigen Sache angesprochen werden. Der Lobbyist folgt dem Rechtssetzungsverfahren, bei dem die

---

<sup>41</sup> Säckl 2011; S.2

<sup>42</sup> Säckl 2011, S.3

Verfahrensschritte vorgegeben sind. Der Blick auf das gesamte Entscheidungsverfahren ist von Vorteil, da die einzelnen Organe durch den Blick auf innere Prozesse strategische Fehler begehen. Wichtig für Lobbying ist gute Vorbereitung und die Qualität des Arguments, die Herkunft spielt eine untergeordnete Rolle.<sup>43</sup>

### **3.3 Verbände in Brüssel**

Die Europäische Kommission, der Ministerrat, das Europäische Parlament und die beiden beratenden Organe, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und der Ausschuss der Regionen (AdR) sind Akteure in Brüssel die für österreichische Interessensvertretungen eine Rolle spielen. Vor Ort nehmen die Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten, Länderbüros, professionelle Lobbyisten, aber auch die vielen europäischen Interessenvereinigungen, Clubs, Think-Tanks und Vereine diese Aufgabe wahr. Ansatzpunkte in Österreich sind die bekannten Institutionen, die in der innerösterreichischen Rechtssetzung eine Rolle spielen: politische Parteien, Bundes- oder Landesverwaltungen, Sozialpartner und andere Interessenvereinigungen.<sup>44</sup>

Bei der Durchsetzung der Anliegen sind für die Lebensmittelindustrie die Vertretungen der Wirtschaftskammer in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU und eine Vielzahl an Vereinigungen, Verbänden und Interessensvertretungen von Bedeutung.

#### **Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer haben eine Zwitterrolle**

Die Wirtschaftskammer (WKÖ) und die Arbeiterkammer sind nach Brüssler Verständnis Lobbyorganisationen. Sie befinden sich aber in einer Zwitterstellung. Beide Kammern sind in der ständigen Vertretung

---

<sup>43</sup> Säckl 2011, S. 2

<sup>44</sup> Vgl. Säckl 2011

Österreichs in Brüssel vertreten und nehmen dort an Sitzungen teil. Dies lässt auf der anderen Seite auf eine Regierungsrolle schließen.<sup>45</sup>

Der Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie der WKÖ ist in Brüssel Mitglied bei 28 Dachorganisationen -, darunter auch bei FoodDrinkEurope (formals CIAA, der Confederation of the Food and Drink Industries of the EU) .<sup>46</sup>

Diese Organisation ist der Repräsentant der Interessen der Lebensmittelindustrie in Europa und somit die Stimme dieses Industriezweiges. Sie hat die Aufgabe auf ökonomische und gesetzgeberische Entwicklungen in der EU zum Vorteil der Lebensmittelindustrie einzuwirken. Mitglieder sind 24 nationale Lebensmittelindustrieverbände und 2 Beobachter, 32 europäische Sektorvereinigungen und die wichtigsten 21 lebensmittelproduzierenden Konzerne.

Die Lebensmittelindustrie ist in Europa die größte verarbeitende Industrie und für 13 % des gesamten verarbeitenden Produktionsvolumens der EU verantwortlich, d.h. für 11% der Arbeitsplätze - mehr als 4 Millionen Arbeitnehmer - und für einen Umsatz von 800 Milliarden € zuständig.<sup>47</sup>

### **3.4 Lobbying in den USA**

Neben Unterschieden in den institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zwischen USA und Europa gibt es substantielle Unterschiede in den Lobbying-Strategien durch die unterschiedlichen politischen Kulturen. Lobbyismus ist in den USA weniger konsensorientiert und aggressiver sowie professionalisierter als in der EU. Washington ist als Regierungssitz und Sitz anderer wichtiger

---

<sup>45</sup> Säckl 2011, S. 3

<sup>46</sup> Martelanz 2011, S. 5-29

<sup>47</sup> FoodDrinkEurope - Our Priorities, S. 1

Institutionen von den Lobbyisten von besonderem Interesse. Auch ist der Zugang zum Lobbyismus in den USA wesentlich neutraler, und Bürgerbewegungen nennen sich selbst Lobby-Organisationen. Eben den Gewerkschaften und großen Organisationen treten immer häufiger große Unternehmen, Anwaltskanzleien und Lobby-Agenturen auf. Auch Politiker agieren offener als Lobbyisten. Ein Grund hierfür ist die Finanzierung des Wahlkampfes durch Firmen.

### **Historische Entwicklung des Lobbying in den USA**

Der große Einfluss, den die Lebensmittellobbys haben, entstammt der Tradition, dass Lobbying als integraler Bestandteil des politischen Systems betrachtet wird. Dass Lobbying zu Spannungen führt, war schon einen der Gründerväter der USA - James Madison - bewusst. Er glaubte, dass alleine durch die Verfassung die Gefahr, die von Lobbyisten ausgeht, verhindert wird (1787). Mehrere Versuche, Lobbying durch spezielle Gesetze einzudämmen, waren mäßig erfolgreich. 1911 wurde Lobbying durch ein Gesetz legalisiert, man musste sich danach in ein Register eintragen und seine Auftraggeber bekannt geben. Es wurden aber keine Durchführungsverordnungen vom Kongress erlassen, deswegen gab es auch nur eine Verurteilung bezüglich Lobbyings im Jahr 1959. Lobbying-Regulierungen wurden als nicht vollstreckbar und deswegen als ineffektiv betrachtet. Es wurden allerdings später einige Schlupflöcher geschlossen und somit das Lobbying reguliert. Dies führte zu mehr Transparenz.<sup>48</sup>

### **Einflussnahme auf die Agrarmacht**

Für das Lebensmittel-Lobbying sind die Verbindungen zwischen Kongress und Agrarministerien von Bedeutung. Nach dem 2. Weltkrieg war die Zusammenarbeit von der Lebensmittelindustrie und der Regierung von nationalem Interesse. Die Pharma- und die

---

<sup>48</sup> Nestle 2007, S. 96

Lebensmittelproduzenten sahen das Agrarministerium als ihren Ansprechpartner. Sie bildeten gemeinsam mit dem Landwirtschaftsausschuss des Senats und dem Agrarministerium eine "Einheit". Die Vorsitzenden der Ausschüsse hatten lange ihre Position inne, einige bis zu 43 Jahre. Sie waren hauptsächlich Mitglieder von Agrarbondesstaaten. In den 1970'ern wurde dieses System aufgeweicht, da neue Interessensgruppen wie Konsumentenvereinigungen oder große Firmen auf die Agrarpolitik Einfluss nahmen. Gründe hierfür waren z. B. die steigenden Lebensmittelpreise. Diese stiegen z.B. durch die Getreideexporte in die Sowjetunion. Der Agrarsektor wurde für die US-Wirtschaft immer wichtiger. In dieser Zeit etablierten sich die ersten Nahrungsmittelhilfsprogramme für die armen Bevölkerungsschichten, sie erhielten Essensmarken, damit sie mit Nahrungsmittel versorgt werden konnten. Mitte der 1970'er wurden die Landwirtschaftsausschüsse um etliche Interessensgruppen erweitert, und sie erhielten weitere Agenden. Sie behandelten nun auch Sektoren wie die ländliche Entwicklung, den Forst, die Marktregulierung und die Ernährungsberatung für die Öffentlichkeit. Diese Erweiterungen gingen mit Lobbying einher.<sup>49</sup>

Um 1950 gab es 25 Lebensmittelproduzenten, die im Landwirtschaftsbereich Lobbying betrieben. Mitte der 80'er gab es schon über 80 Gruppen, und heute sind schon Tausende Firmenverbände und Personen in den verschiedenen Bereichen der Lebensmittelproduktion mit Lobbying beschäftigt. Sie vertreten verschiedenste Gruppen und Verbände sowie Firmen im Bereich der Lebensmittelproduktion, der Ernährung und der Landwirtschaft.<sup>50</sup>

---

<sup>49</sup> Nestle 2007, S. 98

<sup>50</sup> Nestle 2007, S. 99

## 4 Lobbying der Lebensmittelindustrie in der Praxis

Lobbying ist das legale Bestreben von Personen, die Politik zu beeinflussen. Bestechung ist hierbei offiziell explizit ausgeschlossen. Zusammenfassend ist Lobbying 1. das Werben für Sichtweisen von Gruppen, 2. der Versuch, Einfluss auf die Gesetze zu nehmen die diese Gruppen betreffen und 3. die zielgerichtete Kommunikation mit der Behörde. In diesem Sinne sind Lobbyisten Leute, die die Behörde dazu bewegen, Gesetze für ihre Gruppe zu machen.

Sie versorgen die Behörde mit Informationen die sie aufgearbeitet haben, und die fundiert sind. Dadurch sind diese Experten der Grund, warum die Entscheidungsträger in der Politik nicht daran interessiert sind, das Lobbying allzu stark zu beschränken. Wichtig sind für Lobbyisten die persönlichen Kontakte zur Behörde z.B. bei Meetings. Andere Möglichkeiten für Lobbyisten, in Erscheinung zu treten, sind z.B. die Mitwirkung bei Kampagnen, Medienevents oder der Versuch, Kritiker mit unterschiedlichen Mitteln zu stören.

Lobbyisten sind nicht gewählt, sie sind von privaten Personen bezahlt und sie vertreten deren Interessen. Bei Lobbyismus wird immer die Frage aufgeworfen, ob der Einfluss nicht zu groß ist, und dadurch Machtmissbrauch entsteht. Lobbyisten haben unterschiedliche Möglichkeiten für die Lebensmittelindustrie Gesetze zu erwirken, nachfolgend sind einige Möglichkeiten beschrieben.<sup>51</sup>

Lobbying ist nur eine von verschiedenen Strategien, welche die Lebensmittelindustrie verwendet, um eine günstige Verkaufsumgebung für ihre Produkte zu schaffen. Beispiele in dem folgenden Text sollen aufzeigen, wie die Lebensmittelindustrie Einfluss auf Behörden, die Politik, den Konsumenten und andere Interessensgruppen ausübt.

---

<sup>51</sup> Nestle 2007, S. 95

## **4.1 Direktes Lobbying**

Bezogen auf die Art und Weise wie lobbyistische Kommunikation betrieben wird ist direktes Lobbying effektiver als indirektes Lobbying. Direktes Lobbying geht über persönliche Kontakte zu den Entscheidungsträgern beziehungsweise deren Mitarbeitern. Hierbei sind ein gepflegtes Kontaktnetz und eine sorgfältige Art der Kontaktaufnahme von Bedeutung. Erfolg versprechend sind informelle Meetings wie Restaurantbesuche oder Veranstaltungseinladungen. Im weiteren Entscheidungsprozess sind semiformelle Kontakte (z.B. Arbeitsgruppen) oder formelle Kontakte (z.B. offizielle Briefe an Entscheidungsträger) wirkungsvoll. Diese Methoden wurden in folgenden Fällen angewandt.

### ***4.1.1 im EU-Parlament am Beispiel der Lebensmittelampel***

Laut den Wünschen von Gesundheitspolitikern und Konsumentenschützern - besonders von der Rot-Grünen Fraktion im EU-Parlament - sollte der Zucker- Fett- und Salzgehalt von Lebensmitteln nach einem Ampelsystem gekennzeichnet werden. Durch die farbliche Kennzeichnung der Inhaltsstoffe - grün (niedrig), gelb (mittel) und rot (hoch) - sollte der Verbraucher einfach und schnell erkennen können, was er isst. Die Lebensmittelindustrie lehnte dieses System ab, da es bestimmte Nahrungsmittel diskriminiere.

Im September 2011 hatte der EU-Ministerrat das Ampelsystem abgelehnt, im Juni 2010 das EU-Parlament. Die Lobbyisten der Nahrungsmittelindustrie wie Coca-Cola, Nestle, Unilever, Kraft, Mars und Danone hatten aus der Sicht der Industrie gegen die zu plakative Deklaration angekämpft. Ihr Grundsatz lautet, dass es keine ungesunden Produkte, sondern nur ungesunde Ernährung gibt. Die Brancheninitiative "Ausgezeichnet informiert" wollte nun verhindern, dass gewisse Produkte die rote Karte erhielten. Die Industrie befürchtete Umsatzeinbußen, denn nach einer Studie glaubten 3/4 der Verbraucher, dass rot bedeutet, dass das Produkt gar nicht gegessen werden soll. Nach dem Cheflobbyisten von Coca-Cola Schweiz lobbyiert derjenige

am besten, der den Erwartungen der Gegenseite proaktiv zu entsprechen versucht. Mit dieser Taktik sorgte die Industrie vor - und als 2007 der zuständige EU-Kommissar für Gesundheit offiziell die Kennzeichnung nach dem Ampelsystem ansprach, hatte die Industrie eine freiwillig verpflichtende GDA-Kennzeichnung (Guideline Daily Amounts) auf ihren Produkten eingeführt. Diese Taktik führte zum Erfolg, da die EU-Kommission den Vorschlag unterbreitete, diese Kennzeichnungsart obligatorisch zu machen. Darauf wurden von beiden Seiten unzählige Studien produziert, die ihre Argumente unterstrichen. Die Machtverhältnisse waren aber klar, die Nahrungsmittelindustrie ist der wichtigste Industriezweig Europas und die NGO's haben zwar medial große Präsenz, aber geringe Mittel. Die Industrie sah einen Vorteil auch in ihrer eigenen Konsumentenforschung, bei der sie feststellte, dass sich der Konsument nicht bevormunden lassen wolle.<sup>52</sup>

Es gab viel Kritik an den EU-Abgeordneten, da sie sich dem Lobby-Druck der Konzerne gebeugt hätten. Nach dem schwedischen Mitglied des Europäischen Parlaments, MEP Carl Schlyter (Grüne/EVA) hatte sich der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit der Industrie unterworfen. Die Argumente der Industrie wurden seiner Meinung nach in den internen Verhandlungen und Ausschusssitzungen ständig wiederholt, dies wirkte sich auf die Entscheidungen aus. Nach Zahlen der NGO "Corporate Europe Observatory" hatte der europäische Interessensverband der Lebensmittelindustrie eine Milliarde Euro zur Verhinderung des Ampelsystems unter anderem auch für direktes Lobbying ausgegeben. Die Industrie hatte z.B. die Abgeordneten direkt angesprochen und persönlich betreut<sup>53</sup> und ihnen auch als Erleichterung Abstimmungsempfehlungen bei strittigen Punkten vorgedruckt vorgelegt.

---

<sup>52</sup> Litverz <https://syncommmanagement.wordpress.com/2011/12/19/194-coca-cola-vs-ampelsystem/>

<sup>53</sup> Rühle 2011, 44:00-46:00

Die Industrie hat ein dichtes Lobbyistennetz um das Europaparlament gespannt, die Verbraucher werden in Brüssel nur von einer einzigen Organisation vertreten - dem Verbraucherschutzverband BEUC. In der Lebensmittelabteilung des Europäischen Verbraucherschutzverbandes arbeiten zwei Personen. Nach Aussage der Leiterin gibt es auf einen Verbraucherlobbyisten einhundert Industrielobbyisten.<sup>54</sup>

#### **4.1.2 Die Beeinflussung von Ernährungsexperten**

Die Lebensmittelindustrie versucht auf verschiedene Weise Ernährungsratschläge für die Bevölkerung zu beeinflussen und für ihre Produkte ein positives Image aufzubauen. Einen Weg hierfür schafft der Zugang zu Ernährungsexperten. Als Ernährungsexperte ist es fast unmöglich, nicht mit der Lebensmittelindustrie zusammenzuarbeiten. Einer britischen Studie zufolge haben 65 % der Mitglieder in diversen Komitees Konsultantenverträge mit der Lebensmittelindustrie. Für viele Firmen ist die Pflege der guten Kontakte zu diesen Experten Unternehmensstrategie. Diese Art von Lobbying erfordert Fingerspitzengefühl. Die Ernährungsexperten werden über Konsultanten oder Forschungsaufträge gefördert. Es darf aber nicht offensichtlich werden, dass die Experten nicht neutral urteilen. Doch auch mit minimalem Aufwand werden die Experten dazu bewegt, nicht mehr gegen ein Unternehmen oder ihr Produkt zu schreiben.

Die Lebensmittelindustrie gewinnt mit dieser Strategie Experten als Verbündete in verschiedenen Belangen. Routinemäßig versorgen sie Lehrstühle, Institute, Forschungseinrichtungen und Berufsverbände mit Informationen und Sachspenden. Die meisten Experten nehmen diese Unterstützung an, einige suchen sie aber auch aktiv. Das Problem hierbei ist immer die Wahrung der akademischen Integrität. Alle Experten sehen in der Zusammenarbeit mit der Industrie eine Möglichkeit, die Ernährung für die Bevölkerung zu verbessern. Ihre

---

<sup>54</sup> <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/lobby-schlacht-um-lebensmittelampel-003262>

Unterstützung von der Lebensmittelindustrie bedeutet für sich nicht automatisch eine Befürwortung ihrer Produkte. Von außen wird aber der enge Kontakt von Ernährungsexperten und Lebensmittelindustrie kritisch beobachtet.<sup>55</sup>

Ernährungsexperten haben eine ähnliche Verbindung zur Lebensmittelindustrie wie Food-Lobbyisten zu den Behörden. Man ist verleitet zu glauben, dass die Lebensmittelindustrie und die Ernährungsexperten und Forscher gemeinsame Ziele haben. Die Öffentlichkeit nimmt zumindest an, dass die Wissenschaft unabhängig und die Information über Ernährung und Gesundheit objektiv ist. Aber durch den Einfluss der Lebensmittelindustrie ist die Objektivität nicht sichergestellt.

Ein Ausweg aus dem Dilemma der Unabhängigkeit wäre die Vermeidung von Sponsoring und Sachspenden. Um Unabhängigkeit zu wahren, dürfte man keine Sachspenden annehmen aber eine Totalverweigerung von Sachzuweisungen ist unwahrscheinlich. Ein anderer Ansatz ist die Identifizierung von Konflikten zwischen den Zielen der Lebensmittelindustrie und den Zielen der anderen Seite, sowie der Öffentlichmachung der Geldflüsse. Ein anderer Zugang ist, dass man die Zuwendungen in Form von Reisen, Konferenzen, Verpflegung als geringfügig ansieht, aber den Einfluss auf Forschungsprogramme und Bildungsprogramme genauer kontrolliert. Wichtig ist aber immer, dass man das Gefahrenpotential das von Sachspenden ausgeht erkennt und dass man Schritte setzt, Konflikte im Vorfeld zu minimieren.<sup>56</sup>

#### **4.1.3 Wissenschaftliche Studien**

Da Fördertöpfe spärlich sind, suchen Wissenschaftlicher ständig nach Finanzierungsmöglichkeiten. Falls nun auf Sponsoring der Lebensmittelindustrie zurückgegriffen wird, stellt sich die Frage, ob die

---

<sup>55</sup> Nestle 2007, S. 111

<sup>56</sup> Nestle 2007, S. 135

Studie beeinflusst wird. Ein Ausweg wäre, wenn bei Studien das Sponsoring bekannt gegeben werden müsste. Diese Strategie verfolgen aber nur wenige Journals. Es existiert hierbei ein schmaler Grat zwischen Wissenschaft und Geschäft. Sehr viele Studien werden nun von der Pharmaindustrie gesponsert. Es gibt einige Studien, die belegen, dass diese Art von Forschung nicht immer befangen ist, aber eine größere Möglichkeit besteht, dass dem so ist.<sup>57</sup> Weiters werden durch solche Studien Schlüsse gezogen, die im Sinne der Lebensmittelindustrie sein können.<sup>58</sup>

## 4.2 Indirekte Lobbyinginstrumente

Indirektes Lobbying bedeutet die Kommunikation von Interessen über Dritte und hat den Vorteil dass der Absender im Hintergrund bleibt was ihm für Änderungen und Anpassungen die Hände frei hält.<sup>59</sup> Häufig werden hierbei für ein bestimmtes Anliegen nationale Dachorganisationen oder europäische Zusammenschlüsse von Interessensgruppen mobilisiert. Weiters können von den nationalen Interessensgruppen die etablierten Kontaktnetzwerke über die mitgliedstaatlichen Regierungen nutzen da diese in den Rat eingebunden sind. Indirektes Lobbying ist auch dann sehr nützlich wenn zu diesem Zweck scheinbar unabhängige Studien erstellt werden und sich bekannte Experten unter Einsatz der Medien zu einem Thema äußern. Bei dieser Lobbyingart sponsert die Lebensmittelindustrie Berufsverbände, und es werden für Ernährungsexperten Konsultationsverträge angeboten.

---

<sup>57</sup> Bero 1999

<sup>58</sup> Nestle 2007, S. 116

<sup>59</sup> Chabera 2003 54,57

### **4.2.1 Journals und ihre Beilagen**

Die Publikation von Journals und Beilagen ist eine Geschäftstätigkeit von Organisationen und Vereinen im Ernährungssektor. Diese Produkte werden durch Werbung querfinanziert. Die bekannteren Journale im englischsprachigen Raum wie z.B. das Journals of New Nutrition oder das American Journals of Clinical Nutrition haben dutzende Partner, die sie finanzieren. Die Sponsoren dieser Journals sind Großkonzerne wie z.B. Nestle und Monsanto. Diese Firmen haben Produkte in ihrem Portfolio, die durch negativen Journalismus die Verkaufszahlen beeinträchtigen könnten, oder die Namen der Firma beschädigen könnten. Bei den Journals gibt es nun Schranken zwischen den Editorials der Herausgeber und ihrer Wirtschaftsabteilung, diese Schranken werden aber leicht durchbrochen. Für die Lebensmittelindustrie eignen sich solche Beilagen auch um ihre Produkte hervorzuheben.

### **4.2.2 Konferenzen**

Viele Konferenzen werden von der Lebensmittelindustrie gesponsert. Das Sponsoring kann die Übernahme von Kosten umfassen z.B. für die Herstellung des Tagungsbandes; die Aufwendungen für die Verpflegung oder die Finanzierung von Teilbereichen der Konferenzen. Diese Förderung wird von den Teilnehmern als hilfreich angesehen; über Konsequenzen wird kaum gesprochen. Es gibt Studien, z.B. bei Medizinern, die gewisse Produkte häufiger verschreiben, wenn sie von den Pharmafirmen Geschenke bekommen.<sup>60</sup> Natürlich nützt man auch solche Konferenzen als PR-Pflege für Produkte. Für Teile der akademischen Experten ist es nun schwierig, an solchen Veranstaltungen nicht teilzunehmen, da sie gesponsert sind. Dieses

---

<sup>60</sup> Davidson, 1986

ethische Dilemma ist kaum lösbar, weil eine Nichtteilnahme den Verlust der Möglichkeit bewirkt, seinen Standpunkt darzubringen.<sup>61</sup>

### **4.2.3 Die Bildung von Partnerschaften und Allianzen**

Institute, die im Bereich Lebensmittel und Ernährung tätig sind, suchen Allianzen ihrem Bildungs- und Forschungsauftrag besser nachkommen zu können. Es kann zu Public-Private-Partnermodellen kommen, in denen Private einen Großteil der Kosten von z.B. Institutseinrichtungen und Forschungstätigkeiten übernehmen. Bei solchen Partnerschaften sind gemeinsame Ziele vorgegeben, und es gibt übereinstimmende Interessen in der Gesundheitsförderung. Trotzdem wird die Unabhängigkeit der Institute stark angezweifelt. Der freie Zugang zur Forschung kann hier nicht immer gewährleistet werden, die Firmen bekommen Ergebnisse vor der Veröffentlichung zum Preview und können Vetos einlegen. Hier wachen private Forschungsentscheidungen, und der öffentliche Universitätsauftrag gerät unter Umständen ins Hintertreffen.<sup>62</sup>

### **4.2.4 Einfluss über Beitragsfonds**

Diese Fonds dienen der Marketingunterstützung von diversen Handelswaren. Der Fond wird durch Umsatzanteile der Produzenten gespeist. Die Fonds selbst dürfen das Geld nicht für Lobbying verwenden, die Grenzen des Informationsauftrages verschwinden aber zwischen Konsumenten und Entscheidungsträgern. Vor allem in den USA sind solche Fonds oft eng mit Lobbying-Verbänden verstrickt. Das Hauptaugenmerk solcher Fonds sollte im Bereich Forschung und Werben für diese Produktgruppen liegen, aber nur ca. 1/10 werden dafür aufgewendet. Forschungsaufträge aus diesen Fonds werden als positive Promotion ausgelegt. Der Großteil des Geldes wird für Promotions- und Informationszwecke verwendet. Beispiel für solche Kampagnen sind

---

<sup>61</sup> Nestle 2007, S. 112

<sup>62</sup> Nestle 2007, S. 120

Fleischkampagnen, die die gesundheitlichen Aspekte von Fleischkonsum hervorheben. Befürworter solcher Fonds argumentieren mit der für den Staat kostenlosen Informationsquelle; die Gegner argumentieren, dass die Werbungskosten den Konsumenten weiterverrechnet werden.<sup>63</sup>

In Deutschland gab es den Absatzförderungsfonds der Land- und Ernährungswirtschaft, der durch Sonderabgaben der Lebensmittelbetriebe und der Landwirte gespeist wurde. Die Abgaben betragen 0,4 % des Warenwertes, mit rund 88 Mio. Euro wurde die Central Marketinggesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft finanziert. Das Bundesverfassungsgericht befand 2009 dass die Aufgabenstellung und die Beitragserhebung verfassungswidrig und somit nichtig sind, der Fonds wurde aufgelöst.<sup>64</sup> Eine obligatorische Abgabe gibt es für die Deutschen Winzer, die in den Deutschen Weinfonds über eine obligatorische Abgabe einzahlen. Mit dem Fond werden Qualitätsförderungen und Marketingaktivitäten gefördert.<sup>65</sup>

In Österreich werden Marketingbeiträge von der AMA- der Agrar-Markt-Austria bei einer Vielzahl von landwirtschaftlichen Produkten eingehoben um das Marketing für Produktgruppen zu finanzieren. Diese Beiträge werden für die gesetzlich vorgeschriebenen Agrarmarketingaktivitäten an die AMA-Marketing weitergeleitet.<sup>66</sup> In die Schlagzeilen kam die AMA-Marketing da sie Aufträge an die Lobbying und PR-Agentur Pleon Publico (Ketchum Publico) vergab. Deren angebliches Naheverhältnis zur Politik führte zu parlamentarischen Anfragen.<sup>67</sup>

---

<sup>63</sup> Nestle 2007, S. 137

<sup>64</sup> siehe <http://www.absatzfonds.de/>

<sup>65</sup> siehe <http://www.bund.de/DE/Behoerden/D/Deutscher-Weinfonds/Deutscher-Weinfonds.html>

<sup>66</sup> Siehe [http://www.ama-marketing.at/home/groups/31/Imagefolder\\_29\\_09\\_2008\\_Internet.pdf](http://www.ama-marketing.at/home/groups/31/Imagefolder_29_09_2008_Internet.pdf)

<sup>67</sup> Siehe [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J\\_06356/fname\\_195351.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_06356/fname_195351.pdf)

## **4.3 Exkurs: Randbereiche des Lobbyings**

### **4.3.1 Public Relations-Anwendungen**

Lobbying richtet sich an die politischen Akteure, PR an die Öffentlichkeit. Sie schließen sich aber nicht aus und werden in den verschiedensten Prozessen bei der Beeinflussung von Politik verwendet. Oft begleiten PR-Aktivitäten Lobbying. Eine Möglichkeit für Produzenten, den Konsum von Nahrungsmitteln zu steigern, ist der Einsatz von PR-Strategien. Manchmal ist die Art und Weise, wie multinationale Konzerne die PR einsetzen, bedenklich. Diese preisen ihre Produkte als gesundheitsfördernd an, um die Konsumenten zum Konsum dieser Produkte zu bewegen. Um Missstände einzudämmen ist seit 2007 die "Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel" der EU in Kraft. Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA überprüft den gesundheitlichen Nutzen eines Produktes bevor damit am Etikett geworben werden darf.

#### **PR und Säuglingsnahrung**

Als Beispiel für eine bedenkliche PR-Aktion mit internationaler Dimension dient das Vorgehen von Konzernen wie Nestle, die in den 70'ern Milchpulver als gleichwertig wie Stillen vermutete. Früher hatten Säuglinge, die nicht gestillt wurden, schlechte Überlebenschancen. Kuhmilch ist für die Säuglingsernährung nur bedingt geeignet, da sie eine andere Zusammensetzung als menschliche Muttermilch hat. Bis in das 19. Jahrhundert übernahmen Ammen die Ernährung der Säuglinge, falls keine adäquate Ersatznahrung zur Verfügung stand. 1865 wurde von Justus von Liebig die erste Fertignahrung für Babies entwickelt. 1868 folgte in der Schweiz Henry Nestle mit einer eigenen Rezeptur mit Kondensmilch. 2004 betrug der Gesamtumsatz bei babyfertiger Nahrung in Deutschland 600 Mio. EUR, davon 1/3 auf Säuglingsmilchnahrung. In Entwicklungsländern ist die Vermarktung von Säuglingsmilchnahrung wegen der schlechten Wasserqualität umstritten. Sie war schon in den 1970'ern erstmals Thema in einer UNO-Kommission. Auslöser für die öffentliche Diskussion war vor allem der Einsatz von massiven

Werbekampagnen in Afrika des Nestle-Konzerns. Dort warb der Konzern in Massenmedien für das Milchpulver und suggerierte den Müttern, dass dieses Pulver eine bessere Ernährung als Muttermilch ist und verteilte mit Direkt-Marketingaktionen in Krankenhäusern Gratisproben. Durch die erfolgreiche Werbekampagne sank die Stillzahl und der Verkauf von Säuglingsmilchnahrung stieg. Durch unsachgemäße Zubereitung, vor allem durch unreines Wasser, stieg aber auch die Säuglingssterblichkeit. Die ersten kritischen Berichte über dieses Vorgehen waren der Öffentlichkeit ab 1974 zugänglich. Nestle klagte einen Herausgeber eines Berichtes. Er wurde wegen des Titels (Nestle tötet Babies) wegen Ehrverletzung verurteilt, inhaltlich wurde dem Beklagten aber Recht gegeben. Als Folge der Klage kam es zu gesetzlichen Regelungen von Werbung bei Babynahrung.<sup>68</sup>

#### **4.3.2 Preiskartelle und Gerichtsweg.**

Oft reicht Lobbying, PR und Werbung nicht um den Marktschutz zu sichern. Konzerne ziehen manchmal zu Gericht oder verlassen durch Preisabsprachen den Rechtsrahmen.<sup>69</sup>

##### *4.3.2.1 Preisabsprachen*

2001 verhängte die EU-Kommission Strafen für Preisabsprachen bei Vitaminen in den 1990er Jahren. Sie hat gegen 8 Hersteller von Bulk-Vitaminen - wie Roche, BASF, Merk und Aventis eine Geldstrafe von insgesamt 855 Millionen Euro verhängt, wobei 462 Millionen Euro auf Roche entfielen. Zum gleichen Vorfall wurde 1999 Roche durch US-amerikanische und kanadische Gerichte verurteilt und mit einer Buße von 500 Millionen Dollar belegt, ein Roche-Manager wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.<sup>70</sup>

---

<sup>68</sup> Nestle 2007, S. 145

<sup>69</sup> Nestle 2007, S. 159

<sup>70</sup> Roche Pharma AG | EU-Kommission verhängt Bußen für Vitamin Preisabsprachen der 1990er Jahre | Pressemitteilung | Pressemeldung

#### 4.3.2.2 Gerichtsverfahren wegen übler Nachrede

Ein bekanntes Verfahren ist McDonalds versus London Greenpeace. Hier klagte McDonalds wegen übler Nachrede zwei britische Umweltaktivisten. Sie verteilten kritische Flugblätter in denen sie McDonalds unter anderem vorwarfen, ungesundes Essen zu verkaufen und unethisches Marketing besonders in Zusammenhang mit Kindern zu betreiben. Das Verfahren dauerte 20 Jahre und endete in einem PR-Desaster für McDonalds. Die Angeklagten wurden zwar von einem britischen Zivilgericht zu hohen Entschädigungssummen verurteilt, das Verfahren gilt aber als Pyrrhussieg. Es stellte klar, dass sich Wirtschaftsunternehmen – wie andere öffentlich agierende Personen – einem erhöhten Kritiklevel unterwerfen müssen. Das Verfahren landete danach beim Straßburger Menschenrechtsgericht, bei dem Großbritannien wegen Verletzung der Verfahrensrechte nach MRK Art.6 und Mangel an Fairness und Waffengleichheit vom Gericht nach Art. 10 EMRK verurteilt wurde.<sup>71</sup>

#### **Zusammenfassend**

kann man als direkte Lobbyinginstrumente 1) persönliche Gespräche, e-Mails, Briefe und Telefonate; 2) Meetings; 3.) Mitgliedschaft in Komitees 4.)Erstellung von Studien, Expertisen 5) Experten

und als indirekte Lobbyinginstrumente 1) Europäische Dachverbände 2)nationale staatliche und private Akteure als Mittler; 3.)Koalitionen 4) unabhängige Experten und 5) Förderung von Forschungsinstitutionen und Fonds ausmachen, die Grenzen sind oft verschwommen.

---

<sup>71</sup> Meinungsfreiheit im Widerstreit

## **5 Ernährungsziele und Lobbying**

Gemessen am jährlichen Bruttosozialprodukt ist die Lebensmittelbranche mit rund 12 % eine der wichtigsten Branchen und hat einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. In diesem Wirtschaftssektor ist in Österreich jeder 6. Arbeitnehmer tätig. Weiters prägt sie maßgeblich unsere Kulturlandschaft da 1/3 der Fläche der Lebensmittelproduktion dient. Die Lebensmittelwirtschaft ist somit ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft.<sup>72</sup>

### **Ernährungsempfehlungen und ihr Spannungsfeld**

Ernährungsempfehlungen spiegeln die die Entwicklung im Agrarbereich, Handel, Wissenschaft und in der Medizin wider. Die Haupttodesursachen im 19. Jahrhundert waren Krankheiten wie Diphtherie und Tuberkulose, die durch Mangelernährung verursacht wurden. Besonders betroffen waren hierbei die armen Bevölkerungsschichten. Die Ernährungsempfehlungen in der damaligen Zeit versuchten die Bevölkerung darauf hinzuweisen, den Speiseplan aus möglichst verschiedenen Produkten zusammenzusetzen. Im 20. Jahrhundert führte der Wirtschaftsaufschwung auch zu Verbesserungen in der Ernährungslage und in der Hygiene. Heute sind für die meisten Todesfälle Krankheiten verantwortlich, die mit falscher Ernährung in Verbindung gebracht werden. Dazu zählen koronare Herzkrankheiten, bestimmte Krebsarten, Leberzirrhose sowie Schlaganfälle. Nach dem heutigen Wissensstand wären diese Krankheiten vermeidbar oder würden zu einem späteren Zeitpunkt auftreten, wenn man die Ernährung umstellen würde. Doch solche Ernährungsempfehlungen führen zu einem Spannungsfeld zwischen den Regierungsbehörden, die diese Empfehlungen herausgeben würden und der Lebensmittel- sowie der Agrarindustrie. Sobald die Empfehlungen nicht den Interessen der

---

<sup>72</sup> n.n. 2011a

Industrien entsprechen, werden sie große finanzielle Mittel verwenden, um ihre Standpunkte und Sichtweisen in der Öffentlichkeit zu verankern.<sup>73</sup>

Es gibt nunmehr eine Vielzahl von Ernährungsempfehlungen, sie sind meist einfach gehalten und doch verwirrend. Zu den bekanntesten Ernährungsempfehlungen zählt die Lebensmittelpyramide. Sie existiert in verschiedenen Abwandlungen, meist geht sie von der Lebensmittelpyramide des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten aus (USDA). Staatliche Ernährungsrichtlinien sind in der Bevölkerung kaum bekannt. Der Grund liegt in den geringen Ressourcen, die Staaten für Ausbildungsprogramme zur Ernährung und Ernährungsberater zur Verfügung steht. Einen Großteil davon übernimmt die Lebensmittelindustrie. Die Bevölkerung bezieht ihre Informationen über gesunde Ernährung aus den Medien, deren Artikel wiederum meist auf den PR-Anstrengungen der Lebensmittelindustrie basieren. Ernährungsrichtlinien sind auch kaum spannend und finden durch ihre Banalität auch wenig Anklang. Mit Aussagen, wie mehr Gemüse zu essen, kann man kaum Medienwirksamkeit erzielen. Ihre Wirkungsweise liegt auch nicht unbedingt in einer direkten Auswirkung auf Veränderungen in der Gesundheit, sondern solche Ratschläge sind für die Lebensmittelindustrie von Bedeutung. Diese Empfehlungen können verkaufsfördernd sein, aber auch ganze Gruppen von Lebensmitteln in Verruf bringen. Dieser Umstand erklärt, warum die Lebensmittelindustrie versucht, mit Argumenten und solchen Ratschläge zu steuern. Ernährungsempfehlungen wären einfacher, wenn sie auf wissenschaftlichen Daten aufbauen würden. Doch solche Studien sind sehr interpretativ und Richtlinien sind immer ein politischer Kompromiss zwischen Wissenschaft, Gesundheit und der Lebensmittelindustrie.<sup>74</sup>

---

<sup>73</sup> Nestle 2007, S. 31-32

<sup>74</sup> Nestle 2007, S. 32 ff

## 5.1 Ernährungsratschläge, -ziele

### 5.1.1 *historische Entwicklung*

Ernährungsziele und die „Regulierung des Menschen“ gehen einher. Sie sollen den Menschen vor falschem Essen schützen und ihm zu besserer Gesundheit leiten. Seitens der Politik gibt es eine Anspruchshaltung gegenüber den Ernährungszielen, die historisch bedingt ist. Mit ihr geht die „Regulierung des Menschen“ einher. Die direkte Einwirkung auf den Menschen ist im Wirkungsbereich der Wissenschaft anzusiedeln, die Politik nahm auf den Menschen nur indirekt Einfluss. Sie lieferte einen Rechtsrahmen und regelte die Ernährung über die Sicherstellung der Grundversorgung. Die Wissenschaft widmete sich der Zusammensetzung der Lebensmittel und des Stoffwechsels. Justus von Liebig war Mitte des 19. Jahrhunderts federführend in der Etablierung von Energiestoffwechselmodellen, die heute noch nachwirken. Die neue Forschungsweise war naturwissenschaftlich und basierte auf Experimenten und gesichertem Datenmaterial. Protein, Fett und Kohlenhydrate wurden greifbare Nährstoffe mit zugeordneter Wirkung. Durch diese Anwendungsbezogenheit war der Mensch nun ein Verfügungswesen, er wurde Kern der Wissenschaft, und eine ganzheitliche Betrachtungsweise der Ernährung wie sie seit der Antike vorherrschte, verschwand. Kostmaße mit den erforderlichen Eiweiß-, Fett- und Kohlehydratmengen wurden entwickelt, und die Kalorienrechnung fand Einzug in unser Leben. Die Wissenschaft führte zu einer Erfüllungslogik, sie gab die Formel vor und der Mensch richtete sich danach. Ihr haftete eine Art verborgene Logik an, da die praktische Lebensmittelauswahl in den Hintergrund trat.<sup>75</sup> Kaum gefragt wurde, ob menschliche Ernährung nicht auch Dimensionen umgreift, die gleiche, oder im Einzelfall gar höhere Bedeutung besitzt, als die stofflich-physiologische. Die Unterteilung in Nahrungsmittel und Genussmittel ist

---

<sup>75</sup> Spiekermann 2001, S. 98–99

ein Aspekt dieser Denkweise. Die frühe Ernährungswissenschaft verband den Verzehr bestimmter Stoffklassen mit Gesundheit und Funktionalität - das wirkt heute noch nach.<sup>76</sup>

Die auf den Menschen zugeschnittenen Ernährungsziele waren offen für die politischen Projektionen des 19. Jahrhunderts. Eine steigende Zahl von Arbeitern musste ernährt in das politische System eingebunden werden. Mit Kostmaßen - das waren Mengenangaben von Fett, Eiweiß und Kohlenhydraten, die einen mittelschwer arbeitenden Menschen ausreichend ernährten - wurde ein Mindeststandard eingeführt, den der Staat zu erfüllen trachtete. Die Ernährung war danach quantitativ besser, aber durch den Mangel an Qualitätsaspekten wurde innerhalb des gegebenen Rahmens getrachtet, eine möglichst billige Kost bereitzustellen, damit die Kosten für die armen Schichten gering blieben. Die Wissenschaft bemühte sich, Nachweise zu erbringen, dass Leguminosen oder Kartoffeln vorzügliche Ernährungsprodukte sind. In den Haushaltsschulen des ausklingenden 19. Jahrhunderts dominierte ihre Meinung und wurde in Lehr- und Kochbücher sowie Frauenzeitschriften aufgenommen. Die wissenschaftliche Einflussnahme drang mit diesen Vehikeln bis in den letzten Haushalt.<sup>77</sup>

Die Kostmaße hatten eine gesellschaftspolitische Relevanz, denn die aufstrebende Arbeiterbewegung sah dieses Nahrungspaket als Grundrecht an. Es war Dogma dass tierisches Eiweiß (Fleisch) der wichtigste Stoff der Ernährung war. Fleischteuerungen führten deswegen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu Protesten. "Die auskömmliche Ernährung auf Basis des Kostmaßes erhielt hier eine qualitative Dimension, die für den Aufstieg der Sozialdemokratie und die zunehmende Erosion des Kaiserreichs wichtig waren"<sup>78</sup>

---

<sup>76</sup> Spiekermann 2001, S. 98-99; vgl. Schernhorst 2009 S. 34-38

<sup>77</sup> Spiekermann 2001, S. 99-100

<sup>78</sup> Spiekermann 2001, S. 100

Nach der Entdeckung der Eigenschaften der Vitamine im Jahr 1911 schwächten sich die quantitativ ausgerichteten Ernährungsziele allmählich ab. Die Volksküchen entwickelten sich als Exerzierfeld von Ernährungszielen während des Ersten Weltkrieges. Feilgeboten wurden vor allem Eintöpfe aus billigen Eiweisträgern wie Schlachtabfällen und Presshefe. Eintöpfe hatten aber im Süddeutschen Raum keine Tradition, deswegen setzten sich diese Küchen nicht durch. Die Notküche mit geringen Mengen Fett führte zu einer erhöhten Sterblichkeit. Das Dilemma von Ernährungszielen mit alltagsfremder Optimierung wird hier sichtbar.<sup>79</sup>

Die strikte Orientierung auf reine Nährstoffversorgung führte auch nach dem ersten Weltkrieg zu Mangelkrankheiten. Die Situation besserte sich, als verstärkter Obst- und Gemüseverzehr propagiert wurde. Die Verwendung des Kostmaßes wurde eingestellt. In der Zwischenkriegszeit wurden Ernährungsempfehlungen ausformuliert, deren Zielsetzungen mit regionalen Produkten und saisonalem Essen sowie einem großen Anteil an Obst und Gemüse den heutigen ähnelten.

Nach der Machergreifung der Nationalsozialisten standen Ernährungsziele im Vordergrund, die der gezielten Modellierung des Volkskörpers dienlich waren. Gesunderhaltung war "Mittel zur Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung zum Wohle des Volksganzen". Die Wissenschaft, der Staat und die Partei machten die Vorgaben, und der einzelne hatte sich diesen Vorgaben anzupassen.<sup>80</sup>

Nach dem Weltkrieg brach die Ernährungsversorgung zusammen, die zugeteilten Rationen lagen unter den Grundumsätzen. Ab 1948 wurde die Versorgungslage durch die Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft immer besser. In den 1950ern entkoppelten sich die Ernährungsziele von der landwirtschaftlichen Produktion durch den steigenden Wohlstand. Die Ernährungsgewohnheiten änderten sich sehr

---

<sup>79</sup> Spiekermann 2001, S. 100 vgl. Schernhorst 2009 S. 34-38

<sup>80</sup> Oltersdorf et al. 2001, S. 100-105

stark in Richtung ungesunder Kost mit zu hohen Verzehrsmengen. Eine steigende Zahl von ernährungsbedingten Krankheiten war die Folge. Die Ernährungsziele folgten wieder den Ratschlägen der Zwischenkriegszeit mit Mischkost und Pflanzenkost und relativ wenig Fett.<sup>81</sup>

### **5.1.2 Ernährungsziele heute**

Um gesellschaftlich gewünschte Ernährungs- und Gesundheitsziele zu erreichen, muss Grundlagenforschung, Ernährungsepidemiologie und anwendungsorientierte verhaltenswissenschaftliche Forschung betrieben werden. Naturwissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliches Handeln sollen im präventiven Bereich zusammenwirken. Wenn Ziele definiert werden, ohne auf gesellschaftliche Bedingungen einzugehen, dann werden sie nicht erreicht werden. Man kann nie sagen, welche Ernährung die optimale ist, denn verschiedene Zugänge führen zu anderen Ergebnissen. Dies gilt besonders wenn über naturwissenschaftliche Ansätze hinausgegangen wird.<sup>82</sup>

Die Kosten im Gesundheitswesen explodieren. 80 Mrd. Euro werden jährlich in Deutschland und 7,3 Mrd. Euro in Österreich für ernährungsbedingte Krankheiten aufgewendet. Diese Zahlen schärfen das Bewusstsein für die Folgen individuell "falschen Essens". Die Kosten-Nutzen-Diskussion wird zunehmend öffentlich und damit zunehmend politisch.<sup>83</sup>

In der Geschichte der Ernährungsziele hat es seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts keine strukturellen Neuerungen gegeben. Obst und Gemüse sollen weiterhin mehrmals am Tag gegessen werden. „Die Geschichte der Ernährungsziele ist die Geschichte ihrer Nichtbeachtung“. Ernährungsziele werden nur dann berücksichtigt, wenn die Gesundheit akut gefährdet ist. Neben dem Naturwesen Mensch

---

<sup>81</sup> Spiekermann 2001, S 106

<sup>82</sup> Bundesforschungsanstalt für Ernährung Oktober 2000

<sup>83</sup> Spiekermann 2001

muss auch das Kulturwesen Mensch berücksichtigt werden. Eine rein naturwissenschaftliche Betrachtung des Menschen fördert Ernährungsziele, die nicht befolgt werden. Die Wissenschaft gerät in Gefahr, einen Tunnelblick bei den Bedürfnissen der Menschen zu entwickeln.<sup>84</sup>

## **5.2 Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien FDBG**

Zum Thema Ernährung und Gesundheit findet man eine Fülle an Informationen und Ratschlägen aus unterschiedlichsten Quellen. Der Verbraucher hat allerdings mit der Informationsvielfalt seine liebe Not, denn sie führt dazu, dass er die Nährstoffangaben von Lebensmitteln nicht besonders durchschaut. Eine Vielzahl von ernährungsrelevanten Angaben auf den Etiketten überfordert die Konsumenten, die unterschiedliche graphische Aufarbeitung in Form von Säulen, Torten und Pyramiden verwirrt ihn zusätzlich. Wenn der Konsument die Ernährungsratschläge nicht auf verständliche Weise präsentiert bekommt, dann werden sie für die tägliche Ernährungsplanung nutzlos sein. Solche geforderte einfache Botschaften fordern nun die lebensmittelorientierten Ernährungsleitlinien (Food-Based Dietary Guidelines, FBDG). Diese Vehikel soll das Volk über gesundes Essen informieren. Laut der WHO haben nun solche Leitlinien folgenden Charakteristika:

- Was man essen soll wird symbolisch als Lebensmittel dargestellt.
- Die Aussagen sind für Einzelpersonen gültig

Umschreibungen sollen möglichst keine Fachbegriffe enthalten

Solche Leitlinien sollten somit relevante, lebensmittelbasierte Botschaften liefern und leicht zu befolgen sein. Sie können allgemein und unspezifisch sein, wie "Essen Sie Obst und Gemüse" oder detaillierter "Essen Sie fünf Portionen Obst und Gemüse am Tag" oder

---

<sup>84</sup> Spiekermann 2001, S. 108

einzelne Lebensmittel benennen. Zahlenwerte zur empfohlenen Zufuhr von einzelnen Nährstoffen (z.B. Empfehlungen für die Tageszufuhr von gesättigten Fettsäuren) werden vermieden, indem sie auf praktische Weise zu Ernährungsratschlägen umformuliert werden. "Wählen sie magere Fleischstücke" umschreibt eine zu hohen Anteil an gesättigten Fettsäuren in der Ernährung.<sup>85</sup> Bei falscher Wortwahl besteht die Gefahr, dass die Empfehlung für gewisse Produkte verkaufsschädigend ausgelegt werden kann. Da der Staat oft Auftraggeber solcher Leitlinien ist, ruft er sofort die Lebensmittelindustrie auf den Plan, die Wortwahl zu ändern. Lobbyisten versuchen schon im Vorfeld die gestaltenden Komitees auf eine Wortwahl einzuschwören, die ihren Auftraggebern nicht schadet. Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien sind leicht zu publizieren, Verbraucher sind mit ihnen bis zu einem bestimmten Grad vertraut. Dies mag ein erster Schritt zu einer vernünftigen Änderung der Ernährungsgewohnheiten sein. Ob die Kenntnis und das Verständnis solcher Leitlinien nun wirklich zu einer gesünderen Ernährung führen ist noch nicht erwiesen.<sup>86</sup>

Die meisten Länder entwickelten grafische FBDG-Darstellungen, bei denen die Proportionen der Nahrungsmittel der empfohlenen Menge entsprechen sollten. Einige Länder veröffentlichten die Botschaften nur in Textform.<sup>87</sup> Die Pyramide ist die populärste Darstellungsform, auch Österreich<sup>88</sup> verwendet sie. Weit verbreitet<sup>89</sup> sind auch Lebensmittelkreise, die in kuchenähnlichen Segmenten unterteilt sind. Mehrere Länder verwenden beide Darstellungsformen. Ungarn verwendet als Symbol ein Haus, dessen Stockwerke verschiedene Lebensmittelgruppen symbolisieren.<sup>90</sup> Solche Leitlinien sind keine

---

<sup>85</sup> Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien in Europa (EUFIC), S. 1

<sup>86</sup> Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien – befinden wir uns auf dem richtigen Weg? (EUFIC)

<sup>87</sup> Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien in Europa (EUFIC)

<sup>88</sup> Unter anderem auch Belgien, Finnland, Griechenland, Irland, Lettland, Spanien, Deutschland und die Schweiz

<sup>89</sup> in Portugal, Schweden, und im Vereinigten Königreich

<sup>90</sup> Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien in Europa (EUFIC)

exakte Wissenschaft, sie sollen den Menschen eine Unterstützung geben, um ihre Ernährungsgewohnheiten zu ändern.

1996 wurden von der FAO und WHO Richtlinien zur Entwicklung von FBDG veröffentlicht. Diesem Schlüsseldokument vorausgegangen sind Aktionspläne auf der internationalen Ernährungskonferenz 1992 in Rom, welche die Verbreitung von Ernährungsinformationen mittels lebensmittelorientierter Ansätze forderten.

Die Europäische Kommission (Generaldirektion Forschung) fördert im Netzwerk für Exzellenz das Projekt EURRECA (EUROpean micronutrient RECommendations Aligned), das Werkzeuge für die Entwicklung von Empfehlungen für mangelanfällige Bevölkerungsgruppen sowie für den Mikronährstoffbedarf liefern soll. Dieses Netzwerk zieht die Lebensmittelindustrie, Verbraucherguppen, nationale Ernährungsgesellschaften und die Gesundheitsberufe mit ein und arbeitet mit der EFSA zusammen.<sup>91</sup>

### **5.3 Ernährungspyramiden**

Eine erste Ernährungspyramide wurde 1973 bei einer Konferenz in Göteborg von der Kochbuchautorin Anna-Britt Agnsäter entwickelt und in einem Magazin veröffentlicht. Das Echo auf diese Darstellung war groß, und das Modell verbreitete sich auch in anderen Ländern rasch.<sup>92</sup> Der Durchbruch der Pyramidendarstellung erfolgte 1992 mit der Pyramide des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA) Hier waren sieben Lebensmittelgruppen auf vier Ebenen verteilt. Diese Darstellungsform wurde Vorbild für eine Vielzahl von Ernährungsweisen. Die Pyramidendarstellung wurde mehrfach modifiziert, die letzte gültige Pyramide der USDA , "MyPyramid" genannt, wurde 2004 veröffentlicht. Sie besteht aus 6 Lebensmittelgruppen die nicht mehr hierarchisch präsentiert werden, sondern fächerförmig und zu den empfohlenen

---

<sup>91</sup> Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien in Europa (EUFIC)

<sup>92</sup> Ett provkok blev ett provkök

Mengen flächenproportional dargestellt sind. Absolute Portionsangaben entfielen. Diese Darstellung wurde 2011 durch die Tellerform "MyPlate" abgelöst.<sup>93</sup>

Diverse Ernährungsexperten veröffentlichten Bücher mit ihren eigenen Entwicklungen von Pyramidendarstellungen die z.B. auf spezielle Diäten zugeschnitten waren. Ein bekannterer Entwurf ist die Pyramide des Ernährungswissenschaftlers Walter C. Willet. Er kritisierte die seiner Meinung nach gesundheitsschädlichen Empfehlungen, die auf zu einfachen Überlegungen beruhen und kommerziell geprägt sind. Er modifizierte die Pyramide nach günstigen und ungünstigen Fetten und Kohlehydraten und unterscheidet die Proteine nach Begleitsubstanzen, Milchprotein ist nicht nötig. Für diese Fehlinformationen macht Willet die Lobbyisten der starken Fleisch,- Milch und Zuckerindustrie verantwortlich. Ihnen sei der Profit wichtiger als die Gesundheit der Bevölkerung.<sup>94</sup> Willet ist Vorstand des Department of Nutrition, Harvard School of Public Health, Boston. Neben zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist er Autor des U.S. Bestsellers Eat, Drink and be Healthy: The Harvard Medical School Guide To Healthy Eating.

Die USA haben im Juni 2011 die von verschiedenen Interessensgruppen kritisierte Ernährungspyramide durch ein neues Symbol ersetzt. Kritikpunkte der Pyramide waren ihre Fleischlastigkeit und der für viele als verwirrend geltende Aufbau. So nahmen etwa Getreideprodukte in der Ernährungspyramide den größten Teil ein. Das neue Symbol für gesunde Ernährung "My Plate" soll dazu dienen, die Verbraucher daran zu erinnern, ihre Lebensmittelauswahl zu überdenken, um gesünder zu leben.

---

<sup>93</sup> Leitzmann

<sup>94</sup> Leitzmann



95

Abbildung 1 My Plate

Auf dem Teller symbolisieren vier Tortenecken die idealen Portionsgrößen für Obst, Gemüse, Getreide und Proteine. Es gibt keine bunten Grafiken, die z.B. Brot, Käse oder Eier symbolisieren. Die Schlüsselbotschaft ist, dass die Hälfte der Mahlzeit aus Obst und Gemüse bestehen soll. Pflanzliche Proteine haben den gleichen Stellenwert wie tierische Proteine, damit wird die vegetarische bzw. vegane Ernährung aufgewertet. Als einzige tierische Quelle gibt es ein Glas Milchprodukte als Kalziumquelle, hier wird aber seitens des Landwirtschaftsministeriums betont, dass Sojamilch ebenfalls dieser Kategorie zuzurechnen ist. Mit dieser Initiative sollen tierische Nahrungsmittel reduziert werden, und die Akzeptanz der Ernährung auf pflanzlicher Basis erhöht werden.<sup>96</sup>

### **5.3.1 österreichische Ernährungspyramide**

In Österreich war lange Zeit eine Vielfalt von Ernährungspyramiden im Umlauf die alle auf dem System der USDA basierten. Verschiedene Modelle von Fachorganisationen, Unternehmen, Handelsfirmen und internationale Modelle führten zu Missverständnissen, Fehlinterpretationen und verwirrten den interessierten Verbraucher. Die

---

<sup>95</sup> Bildquelle [www.choosemyplate.gov](http://www.choosemyplate.gov)

<sup>96</sup> n.n. 2011b

Vielzahl Ernährungsmodellen bringt die Gefahr, dass in letzter Konsequenz keine der Modelle ernst genommen wird.

Aus diesem Grund beauftragte das Gesundheitsministerium 2009 den Obersten Sanitätsrat, eine einheitliche Ernährungspyramide unter Einbeziehung der maßgeblichen Organisationen im Bereich Gesundheitsförderung und Ernährung zu gestalten. Im März 2010 wurde die neue österreichische Ernährungspyramide unter Berücksichtigung österreichischer Spezifika und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse vorgestellt.<sup>97</sup>



Abbildung 2 österreichische Ernährungspyramide

Die neue österreichische Ernährungspyramide besteht aus 25 Bausteinen. Die Basis bilden alkoholfreie Getränke, die nächste Stufe bilden Obst und Gemüse gefolgt von den Stärke- & Getreideprodukten. Die nächste Stufe symbolisiert drei Milchprodukte sowie hochwertige Pflanzenöle, die den täglichen Speiseplan ergänzen sollen. Fisch sollte zweimal, Fleisch oder Wurst nicht mehr als dreimal pro Woche auf den Tisch kommen - innerhalb von sieben Tagen darf man bis zu drei Eier verzehren. Mit fetten Milchprodukten wie Butter und Schlagobers sollte

---

<sup>97</sup> hubers7 2010, S. 2

<sup>98</sup> Bildquelle bmg.gv.at

man sparsam umgehen. An der Spitze der Pyramide sind Speiseeis, Pommes frites sowie ein Tortenstück abgebildet: Diese sollte man sich nur selten gönnen.<sup>99</sup>

Die Ernährungspyramide und ihre länderspezifischen Besonderheiten wurden auch in den Ausschusssitzungen des Gesundheitsausschusses des Nationalrates im Rahmen des „Nationalen Aktionsplan Ernährung“ (NAP.e) „diskutiert. So erlaubt die europäische Ernährungspyramide der WHO<sup>100</sup> auch mäßigen Alkoholkonsum und reiht Getreideprodukte vor Obst und Gemüse. Laut den zuständigen Experten haben diese Abweichungen den Grund, dass ein hoher Getreideanteil in der Ernährung angesichts des verbreiteten Bewegungsmangels eine zu hohe Energiezufuhr bewirkt. Die Weglassung des Alkohols in der österreichischen Ernährungspyramide ist damit begründet, dass mäßiger Alkoholkonsum zwar im Herz-Kreislauf-Bereich positive Auswirkungen haben möge, man könne Alkohol angesichts seiner negativen Effekte auf die Krebsprävention allerdings nicht empfehlen. Wie die Ordnung auf der Ernährungspyramide genau aussieht, ist grundsätzlich irrelevant, es solle daraus nur ersichtlich sein, was man mehr und was man weniger essen solle.<sup>101</sup> Bei der österreichischen Lebensmittelindustrie stößt die Ernährungspyramide auf keinen offensichtlichen Widerstand da keine Produktgruppen ausgeschlossen werden und sie nicht für gewisse Sektoren verkaufsschädigend ist. Das Konzept wurde aus den USA übernommen, die dortige Lebensmittelindustrie setzte durch hohen Lobbyingaufwand ihre Interessen in dem Modell – wie später beschrieben - durch. Davon profitiert in gewisser Weise die heimische Industrie.

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung entwickelte 1992 eine Darstellung auf Basis eines Ernährungskreises. Die Basis bilden Getränke, vor allem Wasser. Die nächste Gruppe bildeten die

---

<sup>99</sup> Neue österreichische Ernährungstabelle - science.ORF.at, S. 1

<sup>100</sup> [http://www.euro.who.int/\\_\\_data/assets/pdf\\_file/0010/119926/E70041.pdf](http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0010/119926/E70041.pdf)

<sup>101</sup> Parlamentskorrespondenz Nr. 256 vom 14.04.2010, 2010

Getreideprodukte, darauf aufbauend Obst und Gemüse. Die nächste Stufe bildeten Fisch und Milchprodukte, gefolgt von Fleisch und Eiern. Die Spitze bildeten tierische Fette und Süßigkeiten.

2005 wurde eine dreidimensionale Lebensmittelpyramide eingeführt, die ebenfalls auf dem Ernährungskreis der Deutschen Gesellschaft für Ernährung<sup>102</sup> basierte. Sie wurde durch Informationen über die ernährungsphysiologische Qualität der Lebensmittel erweitert und in vier Pyramidenseiten visualisiert.<sup>103</sup>



104

Abbildung 3 Ernährungspyramide der DGE

2009 hat der „aid infodienst“<sup>105</sup> eine Ernährungspyramide veröffentlicht, die ein einfaches und alltagstaugliches System bieten soll. Damit soll jeder sein Ernährungsverhalten prüfen und ganz ohne Kalorienzählen optimieren können. Sie wird mit anschaulichen Symbolen,

<sup>102</sup> Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein mit dem Zweck die Förderung, Auswertung und Publikation ernährungswissenschaftlicher Forschung sowie Ernährungsberatung und -aufklärung zu betreiben. Beispiele sind die Publikation des Ernährungsberichtes sowie die Herausgabe von Referenzwerten für die Ernährungszufuhr. Sie wird zu 70% über öffentliche Mittel finanziert. siehe <http://www.dge.de>

<sup>103</sup> Die Dreidimensionale Lebensmittelpyramide | Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V.

<sup>104</sup> Bildquelle [www.deindiaetcoach.de](http://www.deindiaetcoach.de) ; copyright DGE

<sup>105</sup> Der "aid infodienst" ist ein gemeinnütziger Verein der mit öffentlichen Mitteln gefördert wird und als Informationsdienst im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz agiert. Er bereitet aus über 600 Medien Informationen aus Wissenschaft und Praxis auf, die Informationen richten sich an Verbraucher, Lehrer, Journalisten und Landwirte. siehe [http://www.aid.de/allg/aid\\_im\\_profil.php](http://www.aid.de/allg/aid_im_profil.php)

selbsterklärenden Ampelfarben und einer Unterteilung der Pyramidenebenen in Portionsbausteine dargestellt.<sup>106</sup>



Abbildung 4 Ernährungspyramide des aid infodienstes

## 5.4 Länderprogramme

### 5.4.1 Programme in Österreich

#### 5.4.1.1 das österreichische Lebensmittelmodell

Die Grundprinzipien des österreichischen Lebensmittelmodells sind Nachhaltigkeit, Lebensmittelsicherheit, Lebensmittelqualität, Regionalität und Lebensmittelvielfalt

Das Prinzip der Nachhaltigkeit bildet die Basis für alle Produktions- und Vermarktungsformen. Die Lebensmittelsicherheit gewährleistet den Verbraucherschutz und sichere Lebensmittel für den Konsumenten. Die Basis für die Lebensmittelsicherheit sind das Europäische Lebensmittelrecht, das österreichische Lebensmittel- und Verbraucherschutzgesetz, die amtlichen Lebensmittelkontrollen und die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit.

Lebensmittelqualität wird dem Konsumenten durch Gütezeichen vermittelt. Gesetzlich anerkannte Qualitätssiegel sind z.B. das AMA-

---

<sup>106</sup> aid-infodienst - Ernährung - Richtig essen - Ernährungspyramide - Ernährungspyramide

<sup>107</sup> Bildquelle [www.klaks-info.de](http://www.klaks-info.de); copyright aid infodienst

Gütezeichen, sie sind national geregelt. Die Kontrollen erfolgen durch unabhängige Kontrollstellen. Privatrechtliche Qualitätsauslobungen sind ebenfalls erlaubt. Die Markeninhaber legen die Kriterien der Wort- und Bildmarken selbst fest, ebenso die Art und Weise der Kontrollen.

Das Lebensmittelmodell wird durch eine Pyramide dargestellt. Diese Pyramide enthält drei Qualitätsstufen. Sie reichen von der gesetzlich gesicherten Mindestqualität bis zur Spitzenqualität. Die amtlichen Lebensmittelkontrollen nehmen bei steigender Qualität zu.

Die gesetzlichen Standards für alle am Markt befindlichen Lebensmittel stellen die erste Qualitätsstufe der Pyramide dar, sie werden von der amtlichen Lebensmittelaufsicht überwacht. Privatrechtliche Standards gehen über die erste Stufe hinaus und sind in der zweiten Qualitätsstufe zu finden. Der Markeninhaber formuliert hierbei selbst die Richtlinien. Beispiele dafür sind diverse Marken- und Herkunftsauslobungen der Lebensmittelindustrie.

Gesetzlich anerkannte Qualitätsregelungen stehen auf der dritten Qualitätsstufe. Dies sind auf EU-Ebene die Qualitätsregelungen betreffend Erzeugnisse aus biologischer Landwirtschaft und geschützte Herkunftsangaben, in Österreich die Regelungen für Spitzenqualität (AMA Gütesiegel).

BIO steht an der Spitze der Pyramide. Diese Qualitätsauslobung ist EU-weit anerkannt und wird als nachhaltigste und umweltschonendste Produktionsweise besonders hervorgehoben.<sup>108</sup>

#### *5.4.1.2 Nationaler Aktionsplan Ernährung; NAP.e*

Der „Nationale Aktionsplan Ernährung“ (NAP.e) hat das Ziel, die Grundlagen der Ernährung der österreichischen Bevölkerung zu analysieren und die Ernährung „massiv“ zu verbessern. Er wird unter der Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit in Zusammenarbeit mit der AGES und relevanten Institutionen sowie

---

<sup>108</sup> n.n. (2011c)

Experten seit 2009 ausgearbeitet. 2011 wurde er in den Ministerrat eingebracht.. Die einstimmige Annahme signalisiert den grundsätzlichen Willen der Politiker zu einer einheitlichen Ernährungspolitik. Die ernährungspolitischen Zielsetzungen werden in diesem Handlungskatalog gebündelt, und er ist weiters Planungsgrundlage und Dokumentation.<sup>109</sup> Der Ansatz ist politikübergreifend und der NAP.e soll einen Handlungskatalog mit Wirkungsdokumentationen, Vernetzungen und evidenzbasiertem Handeln darstellen. Die Handlungsfelder werden jährlich identifiziert und er soll einen strukturierten Dialog schaffen, um Maßnahmen zu ermöglichen, die die Fettsucht und seine Folgen sowie andere ernährungsassoziierte Erkrankungen verhindern.

Zentrale Handlungsfelder sind die Stärkung des Bereichs Ernährung im Gesundheitswesen und im öffentlichen Bereich, die Förderungen von Netzwerken, die Gesundheitsförderung und Erkrankungsprävention von ernährungs- und lebensstilassoziierten Erkrankungen sowie der Datenbasisausbau.<sup>110</sup>

Kinder, Schwangere, Stillende und sozial Schwache zählen zu den Hauptzielgruppen der Maßnahmen die über Projekte wie Ernährungspyramiden, Ernährungskampagnen und Rezeptbroschüren erreicht werden sollen Mehr als 100 Maßnahmen im NAP.e sollen das Essverhalten der Österreicher verbessern.<sup>111</sup> Die zentralen Erkenntnisse aus dem österreichischen Ernährungsbericht sind die zu salzige und fette Ernährung der Österreicher und die steigende Anzahl an Übergewichtigen.<sup>112</sup>

#### *5.4.1.3 Nationale Ernährungscommission*

Beratende Funktion für den Gesundheitsminister hat die Nationale Ernährungscommission, die sich aus Vertretern relevanter

---

<sup>109</sup> Sgarabottolo, S. 2

<sup>110</sup> n.n.(2011d)

<sup>111</sup> Echo Salzburg

<sup>112</sup> Echo Salzburg, S. 1

Organisationen wie den betroffenen Ressorts, den Sozialpartnern, Universitäten, Berufsverbände sowie Experten zusammensetzt. Schwerpunktthemen sind z.B. die Beratung von Schwangeren bei der Ernährung und bei der Beikost von Babys die über Informationsbroschüren und für die Bedürfnisse an Schwangere angepassten Ernährungspyramiden erfolgt. <sup>113</sup>

#### **5.4.2 Lebensmittelbericht und Ernährungsbericht**

Der Lebensmittelbericht Österreich gibt eine integrierte Sichtweise über die verschiedenen Stufen der gesamten Wertschöpfungskette der Lebensmittelwirtschaft und bietet eine umfassende Informationsgrundlage für Einschätzungen in diesem Lebens- und Wirtschaftsbereich. Die Zielgruppen des Lebensmittelberichts sind die Konsumenten sowie die Experten und Entscheidungsträger in Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Interessensvertretung. <sup>114</sup>

Mit dem Lebensmittelbericht 1997 und dem Ernährungsbericht 1998 erfolgte der Startschuss zu einer periodischen Ernährungs- und Lebensmittelberichterstattung. Der Lebensmittelbericht wird vom Landwirtschaftsministerium herausgegeben, der Ernährungsbericht vom Institut für Ernährungswissenschaften im Auftrag des Gesundheitsministeriums. <sup>115</sup>

Der Österreichische Ernährungsbericht 2008<sup>116</sup> bietet einen Vergleich des Wandels des Essverhaltens der heimischen Bevölkerung in den letzten fünf Jahren und er kommt zum Schluss, dass das Ernährungsverhalten in Österreich ist weiterhin verbesserungswürdig ist. Bei der Erhebung der Ernährungssituation werden der Ernährungsstatus und die Versorgung mit Nahrungsenergie sowie Nährstoffen bewertet.

---

<sup>113</sup> Sgarabottolo, S. 2

<sup>114</sup> Lebensmittelministerium.at - Lebensmittelbericht 2010, 08.04.2011, S. 1

<sup>115</sup> Mörixbauer 2004

<sup>116</sup> n.n. (2011f)

<sup>117</sup> Dies dient der Identifizierung von Risikogruppen. Mit gezielten Maßnahmen soll die Bevölkerung vor Fehlernährung und ungünstigem Gesundheitsverhalten geschützt werden. Der Ernährungsbericht arbeitet verschiedene Aspekte der Ernährungssituation in Österreich heraus. Er zeigt, dass Übergewicht ein weit verbreitetes Gesundheitsrisiko und eines der häufigsten Gesundheitsprobleme ist. So weisen in der Gruppe der Schüler zwischen 6 und 15 Jahren 19 % ein zu hohes Körpergewicht auf und 8 % sind adipös. In der Gruppe der 18 bis 65-jährigen ist fast die Hälfte (42 %) Übergewichtig und 11 % davon sind adipös. Die Zunahme von Übergewicht und Adipositas ist bei beiden Geschlechtern in allen Altersgruppen besorgniserregend. Die männliche Gruppe ist altersunabhängig tendenziell häufiger adipös. Die Nahrungsenergiezufuhr ist bei allen Gruppen unterhalb der Referenzwerte, allerdings gelten diese Werte für Personen mit mittlerer körperlicher Aktivität, die durchschnittlich nicht erreicht wird. Die Qualität und Menge der aufgenommenen Fette ist verbesserungswürdig. Es wird in allen Altersgruppen mit über 35 % der Energie zu viel Fett aufgenommen. Bei Schwangeren, erwachsenen Männern und Senioren liegt die Cholesterinaufnahme über der empfohlenen Höchstmenge. Die Bevorzugung hochwertiger Pflanzenöle und ein verminderte Fettaufnahme wäre insofern wünschenswert. In allen Altersgruppen ist Proteinzufuhr ausreichend, und durch den hohen Anteil tierischer Produkte gilt ihre Wertigkeit als hoch. Der Anteil der Kohlenhydrate liegt unterhalb der empfohlenen 55 % der Gesamtenergie, da die hohe Zufuhr an Proteinen und Fetten zu Lasten der Kohlenhydrate geht. Kinder kommen dem Richtwert von mit durchschnittlich 50 % am Nächsten, allerdings stammen 17 % der Energie aus Saccharose. Es werden somit zu wenig komplexe Kohlenhydrate und Ballaststoffe aufgenommen.<sup>118 119</sup>

---

<sup>117</sup> Das Institut für Ernährungswissenschaften erhebt und dokumentiert den Ernährungsstatus

<sup>118</sup> Kapitel 8 Zusammenfassung unter <http://bmg.gv.at/cms/home/attachments/5/6/0/CH1048/CMS1288948560136/kurzzusammenfassung.pdf>

Das Essverhalten der Männer zeigt die Vorliebe zu Hausmannskost, Frauen hingegen bevorzugen gesundheitsförderliche Kost. Der Trend geht zu gesünderem Essen und man isst bewusster. Das heißt, am Speiseplan steht weniger Fleisch, mehr Gemüse und weniger Fett. Auch der Genussaspekt ist im Bezug auf das Essverhalten gestiegen. Wichtige Kriterien beim Essen sind der Geschmack, die Qualität der Speisen tritt dabei in den Hintergrund. Zu Mittag bevorzugen die Österreicher als Liebesspeise das Wiener Schnitzel gefolgt von Spaghetti, auch Pizza steht hoch im Kurs. Es gibt auch geschlechtsspezifische Unterschiede im Essverhalten. Männer essen mehr Fleisch wie Gulasch und Wiener Schnitzel und Wurstwaren und Frauen bevorzugen Rindfleisch und Pute als Fleischgericht. Die Frauen essen häufiger Süßspeisen und fleischlose Gerichte; besonders beliebt sind bei Frauen süße Desserts.<sup>120</sup>

### **5.4.3 Programme in Deutschland**

Die primäre ernährungspolitische Aufgabe sieht der deutsche Staat in der Sicherung der Nahrungsversorgung der Bevölkerung. In Deutschland ist das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) für die Ernährungspolitik zuständig. Die Ernährungspolitik bildet hier durch die Ressortaufteilung mit der Agrar-, Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltpolitik eine Schnittmenge.<sup>121</sup> Nachhaltigkeit gewinnt in den ernährungspolitischen Teilbereichen zunehmend an Bedeutung. Die Grundprinzipien des österreichischen Lebensmittelmodells finden sich auch in dem deutschen Modell wieder.

In den letzten Jahren hat die deutsche Bundesregierung in der Ernährungspolitik Impulse für die Stärkung von Ernährungskompetenzen, die Sicherung der Nahrungsgrundlage für

---

<sup>119</sup> hubers7 2010

<sup>120</sup> Kiefer et al. 2000, S. 2-7

<sup>121</sup> Lösungsbogen: Ernährungspolitik in Deutschland - Ernährungsumschau

ökonomisch schwache Haushalte, die Gesundheitsförderung und Ernährung, die Integration des Nachhaltigkeitskonzepts und die Berücksichtigung veränderter Konsumentenbedürfnisse gegeben.<sup>122</sup>

#### *5.4.3.1 Nationaler Aktionsplan „IN FORM“*

Deutschland hat wie andere Länder der Westlichen Welt ebenfalls mit Übergewicht und Fettleibigkeit zu kämpfen. Der Nationale Aktionsplan „IN FORM - Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ soll mit Projekten und Programmen die Bürger dabei unterstützen, einen gesunden Lebensstil mit mehr Bewegung und einer ausgewogeneren Ernährung zu führen.<sup>123</sup>

#### *5.4.3.2 Ernährungsberichte*

Die deutsche Bundesregierung gibt seit 1969 Ernährungsberichte heraus, die von der deutschen Gesellschaft für Ernährung ausgearbeitet werden. Diese seit 1972 alle vier Jahre veröffentlichten Berichte enthalten für alle Verantwortlichen in der Ernährungs- und Gesundheitspolitik sowie weiteres Fachpersonal handlungsrelevante Informationen über die Ernährungssituation der Bevölkerung, über Ernährungsrisiken und aktuelle Entwicklungen.<sup>124</sup>

### **5.4.4 Programme in den USA**

Die Ernährungsprogramme in den USA dienen in dieser Arbeit als Beispiel für die Einflussnahme von Interessensgruppen auf die Politik und werden deswegen ausführlicher behandelt. Weiters haben diese Programme auf den europäischen Kontinent durchaus auch Vorbildwirkung gehabt und werden es weiterhin haben, als Beispiel sei die Ernährungspyramide des Landwirtschaftsministeriums genannt die sich auch in Europa etablierte.

---

<sup>122</sup> [http://www.ernaehrungs-umschau.de/media/pdf/pdf\\_2007/12\\_07/EU12\\_730\\_736.qxd.pdf](http://www.ernaehrungs-umschau.de/media/pdf/pdf_2007/12_07/EU12_730_736.qxd.pdf)

<sup>123</sup> BMELV - Pressemitteilungen - Gesunde Ernährung und mehr Bewegung: Zwei Jahre Nationaler Aktionsplan "IN FORM"

<sup>124</sup> Stratka 2007, S. 730

1917 veröffentlichte das amerikanische Landwirtschaftsministerium (USDA) eine Broschüre mit dem Titel "How to Select Foods", in der sie Nahrungsgruppen einführte. Die Einteilung in "Obst und Gemüse", "Fleisch und Protein", "Cerealien", "Zucker" und "andere fettreiche Nahrungsmittel" wird auch heute noch verwendet. Weiters etablierte die USDA darin eine Veröffentlichungspolitik die heute noch von Relevanz ist. Sie spricht keine Empfehlungen für bestimmte Nahrungsmittel oder deren Kombinationen aus. Es wird nur aufgezeigt, welche Stoffe der Körper für seine Grundfunktionen und für seinen Aufbau braucht. Dieser Ansatz hat den Vorteil dass man alle Nahrungsmittel im Rahmen einer gesunden Ernährung empfehlen kann, da keine Gruppen von Nahrungsmitteln ausgeschlossen werden. Die Anzahl der Lebensmittelgruppen variierte im Laufe der Zeit (z.B. indem Milchprodukte als eigene Gruppe gelten), der Grundgedanke ist aber gleich. Ein weiteres wichtiges Komitee wurde 1940 unter dem Namen "Food and Nutrition Board" gegründet. Dieses Komitee lieferte Daten für den täglichen Nährstoffbedarf für die Truppen und der Bevölkerung. Diese RDA's (Recommended Dietary Allowances) sind insofern wichtig, da sich das Landwirtschaftsministerium in ihren Veröffentlichungen auf diese Zahl bezieht und sicherstellt, dass diese Werte eingehalten werden.

Nach dem 2. Weltkrieg, in dem es zu Nahrungsrationierungen kam, galt als Ernährungsempfehlung „mehr zu essen“. Die RDA-Werte wurden angehoben und Mengenangaben in den Ernährungsbroschüren eingeführt um diese RDA-Werte zu erfüllen.

Das Landwirtschaftsministerium war schon im Vorfeld bemüht, neben den Ernährungsexperten der Regierungsseite die Lebensmittelindustrie mit ins Boot zu holen. Der 1958 erschienene Ernährungsguide "Basic Four" führte Untergrenzen von empfohlenen Portionen ein, um eine Mangelernährung zu vermeiden. Die Milch- und Fleischindustrie befürwortete die in der Broschüre verwendete Sprachweise, mindestens zwei oder mehrere Portionen zu empfehlen. Diese Broschüre wurde von der Lebensmittelindustrie die nächsten 22 Jahre unterstützt, da sie den

Konsum förderte. Die Broschüre wurde in den späten 1970'ern obsolet, da der Fokus nicht mehr bei der Prävention von Mangelernährung lag, sondern bei der Prävention von chronischen Krankheiten.<sup>125</sup> Ab 1969 rückten chronische Krankheiten immer mehr in den Fokus der Forschung. Auch in den staatlichen Ernährungsempfehlungen wurde der Schwenk vollzogen, dass die Bevölkerung weniger konsumieren sollte. Die Ernährungsratschläge von staatlicher Seite wurden nicht mehr als normale Serviceleistung betrachtet, sondern gerieten immer mehr in das Visier der Öffentlichkeit. Forschungsergebnisse wurden hauptsächlich von Kardiologen präsentiert, da diese Datenmaterial über koronare Herzkrankheiten seit dem 2. Weltkrieg sammelten. Das Datenmaterial zeigte auch, dass bei hauptsächlich pflanzlich ernährenden Bevölkerungsgruppen solche Krankheiten nicht so häufig auftraten. In den frühen 1970'ern empfahl die American Heart Association die Risiken für koronare Herzkrankheiten zu minimieren, in dem man den Fettkonsum auf 35 % des Kalorienbedarfs pro Tag reduziert, sowie gesättigte Fette (auf 10 %) und Cholesterin auf maximal 300 mg pro Tag beschränkt. Überkonsumation als Aspekt der Mangelernährung rückte danach in den Blickpunkt der Forschung. .<sup>126</sup>

#### *5.4.4.1 Dietary Goals 1977*

1977 wurde der Report "Dietary Goals for the United States" veröffentlicht. Dieser Report hatte sechs Ziele. Das erste Ziel war die Erhöhung der Kohlenhydrate auf 55 bis 60 %, die anderen fünf Ziele beinhalteten alle eine Reduktion der Konsumation. Die reduzierenden Bereiche waren, gesättigtes Fett, Cholesterin, Zucker und Salz. Um diese Ziele zu erreichen, sollten die Amerikaner mehr Früchte, Gemüse, Vollwertgetreide, Milch und Fisch essen. In weiterer Folge müsste man hierfür den Fleischkonsum, Eierkonsum, Nahrungsmittel mit einem hohen Fettanteil, Butter, Fett, Zucker und Salz sowie Milch mit

---

<sup>125</sup> Nestle 2007, S. 34

<sup>126</sup> Nestle 2007, S. 38

fettreduzierter Milch ersetzen. Diese Empfehlungen führten zu massivsten Protesten der Rinderfarmer, Eiproduzenten, Zuckerproduzenten und der Milchindustrie. Diese Gruppen forderten auch den Rückruf des Reports. Allerdings merkte auch die American Medical Association (AMA) an, dass diese Empfehlungen zu Verzerrungen in der Produktion in der Landwirtschaft führen würden. Weitere Kritikpunkte waren die Datenqualität der Forschungsergebnisse. So führte die Zuckerindustrie an, dass es nicht erwiesen ist, dass Zucker für Diabetes verantwortlich ist. Durch den großen Druck wurde eine Neuauflage Ende des Jahres 1977 gedruckt. Darin wurde der Salzgehalt erhöht, die Empfehlung, weniger Fleisch zu essen gestrichen und durch den Satz ersetzt, "dass man Fleischsorten wählen soll, welche die Aufnahme von gesättigten Fetten vermindern". Für erstellende Kommission hatte dieser Bericht Folgen; der Herausgeber des ursprünglichen Reports musste den Sessel räumen.<sup>127</sup>

In Sachen Ernährungsempfehlungen waren die Dietary Goals trotz ihrer Kritik ein Wendepunkt in der Ernährungspolitik der USA und sie fanden immer mehr namhafte Unterstützer wie die American Heart Association usw.. In den späten 1970'ern gab es fundiertes Datenmaterial, dass eine Änderung der Ernährungsgewohnheiten zu einer Reduzierung der zwei häufigsten Todesursachen koronare Herzkrankheiten und Krebs führt.<sup>128</sup>

#### 5.4.4.2 *Healthy People 1979*

1979 erschien vom Departement of Health, Education and Welfare (DHEW) der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde der Bericht „Healthy People“. Dieser Bericht vom Lenker der Obersten US-Gesundheitsbehörde, dem "Surgeon General", war die Erste von einer Reihe von Publikationen des öffentlichen Gesundheitswesens, welche die Volksgesundheit durch Veränderung der Ernährungsgewohnheiten steigern will. Dieser Bericht zielte darauf ab, mehr Kohlenhydrate, Fisch

---

<sup>127</sup> Nestle 2007, S. 40–42

<sup>128</sup> Nestle 2007, S. 42

und Geflügel zu essen und fette Nahrungsmittel zu reduzieren. Dieser Bericht führte zu heftigen Reaktionen der Industrie da Geschäftseinbußen der Fleischindustrie zu befürchten waren. Da sich auch das öffentliche Interesse immer mehr Gesundheitsfragen widmete und sich eine Meinungsbildung zugunsten von gesunden und ungesunden Lebensmitteln herausbildete, kam die Lebensmittelindustrie mit der Zeit zum Schluss, solche Richtlinien für ihre Marketingzwecke zu verwenden. Sie griffen nun diese Ratgeber nicht mehr an, sondern begannen, sie in ihrem Sinne zu nutzen. Die Lebensmittelindustrie richtete ihre Aufmerksamkeit auf gesunde Zutaten. Die Kundenwünsche wurden erfüllt, in dem Produkte auf den Markt kamen, die z.B. einen niedrigen Salzgehalt aufwiesen oder Ballaststoffe beinhalten. Die Lebensmittelindustrie machte Druck auf staatliche Behörden um die Etikettierungsvorschriften in ihrem Sinne abzuändern und gesundheitsbezogene Werbung zuzulassen.<sup>129</sup>

#### *5.4.4.3 Ernährungsleitfäden 1980 - 1990*

Im Februar 1980 veröffentlichten das USDA und das Department of Health and Human Services (DHHS) gemeinsam die "Dietary Guidelines for Americans". Ihre scheinbar unverfänglichen Empfehlungen waren "Idealgewicht zu halten, es zu vermeiden, zu viele Fette, gesättigte Fette und Cholesterin zu sich zu nehmen, zu viel Zucker zu vermeiden und Salz zu vermeiden, Alkohol nur in Maßen zu konsumieren und verschiedene Nahrungsmittel zu sich zu nehmen". Es wurden mehr oder weniger die "Eat Less"-Phrasen durch "Avoid too much-Phrasen" ausgewechselt um weniger Gegenwind der Lebensmittelproduzenten zu erhalten. Zwischen den Zeilen wiederholten diese Guidelines lediglich die Dietary Goals von 1977 in weniger provokativer Sprache. Auch diese Guidelines wurden sehr kontroversiell diskutiert.<sup>130 131</sup>

---

<sup>129</sup> Nestle 2007, S. 43

<sup>130</sup> Nestle 2007, S. 46

<sup>131</sup> <http://www.health.gov/dietaryguidelines/dga95/12dietap.htm>

In der Ära Reagan ab 1980 wurden alle leitenden Positionen der USDA von industrienahen Personen besetzt. Konsumentenschützer kritisierten, dass 5 von 6 Spitzenpositionen enge Beziehungen zur Lebensmittelindustrie haben. Zur Überraschung vieler Kritiker gab es in den 1985 erschienen Guidelines kaum Änderungen zugunsten der Industrie. Ein Grund lag in der veränderten Denkweise. Auch sprach die wissenschaftliche Evidenz für die Richtlinien, weiters befürworteten immer mehr wichtige Gruppen diese Guidelines. Zur gleichen Zeit brachten die verschiedensten Gruppen ihre eigenen Guidelines heraus, sodass eine Vielzahl unterschiedlicher Aussagen nicht der Meinungsbildung dienlich waren. In dieser Vielzahl entwickelten sich die Dietary Guidelines als einen von der breiten Masse respektierten Ratgeber. Weitere Reports von anderen öffentlichen Stellen und der World Health Organisation (WHO) bestätigte die Linie der Dietary Guidelines, indem auch sie darauf hinwiesen, den Fettkonsum zu reduzieren. In den 1990 erschienen Dietary Guidelines wurde das Wording positiver und weniger restriktiv formuliert; so wurde z.B. "vermeiden Sie" ersetzt durch "wählen Sie eine Ernährung, die gering ist" usw. Diese Auflage erregte weder in der Öffentlichkeit noch bei den Lebensmittelproduzenten Aufsehen.<sup>132</sup>

#### *5.4.4.4 Der Weg zur Ernährungspyramide in den USA*

Mitte der 1970'er wurde der Kongress gefordert, Kosten des Gesundheitssystems zu senken. Dazu zählte die Gesundheitsförderung. Zwei staatliche Institutionen waren im Bereich Forschungs- und Ernährungs-/Gesundheitsförderung aktiv, die USDA und das Department of Health, Education and Welfare (DHEW). 1977 wurde den USDA die Verantwortung für einen Großteil der Gesundheitsagenden zugesprochen, die DHEW sollte gemeinsam mit den USDA für Ernährungsratschläge für die Öffentlichkeit zuständig sein. Dazu wurde ein neuer Ernährungsratgeber angedacht, der die Ernährungsziele für

---

<sup>132</sup> Nestle 2007, S. 47

die Prävention von chronischen Krankheiten beinhaltet. 1988 erhielt das Landwirtschaftsministerium als federführende Agentur die Verantwortung für die Ernährungsentwicklungen. Da das Schwergewicht der Ernährungsagenden nun im Landwirtschaftsministerium lag, wurden andere Institutionen wie die Food and Drug Administration (FDA) und das Centers for Disease Control (CDC), das National Institute of Health (NIH) in ihren Agenden zurückgedrängt. Dies führte zu einer Doppelrolle des Landwirtschaftsministeriums, da sie jetzt nicht nur für Ernährungsratschläge für die Öffentlichkeit zuständig war, sondern auch die Vertreter der Agrarproduzenten war. Vor allem die Existenz von Ratschlägen von gewissen Produkten weniger zu essen, führte zu Konflikten. Die 1980 eingeführten Ernährungsleitfäden (Dietary Guidelines) wurden geschaffen, um die Bedenken der Lebensmittelindustrie über die Ernährungsziele zu lindern. Die Ernährungsleitfäden wurden hauptsächlich für Ernährungsexperten geschrieben. Deswegen behandelten sie auch hauptsächlich Fette, Salz und Zucker und nicht die Lebensmittel, die diese Substanzen enthalten. Diese Ernährungsleitfäden deckten alle Ernährungsprogramme und Weiterbildungsmaßnahmen der Regierung ab und waren weniger für die Öffentlichkeit geeignet. Deswegen lag es nahe, einen neuen Ernährungsratgeber für diese Gruppe zu schaffen. Dazu wurde in der USDA das Human Nutrition Information Service (HNIS) geschaffen. Diese Abteilung betrieb Basisforschung und definierte Ernährungsziele. Unter anderem entstand auch das Food Wheel, eine Art Tortendiagramm, das die Nahrungsmittelklassen darstellte. Das Design dieses Rades war sehr interpretationsanfällig. Deswegen wurde über eine Darstellungsweise nachgedacht, die die wichtigsten Kernaussagen, die Vielfalt, die Proportionalität und die Limitierungen von gesunden Nahrungsmitteln widerspiegeln sollte. 1990 entstand die erste Ernährungspyramide (Ideal Pyramid), in der auch Portionsangaben enthalten waren. Diese Pyramide unterlief einen Review-Prozess und war allen Institutionen zugänglich. 11 Jahre nach Projektstart war diese Pyramide druckreif. Doch das USDA zog dieses Projekt mit dem Argument zurück, da diese Darstellungsform anscheinend für Kinder

nicht verständlich war. Hauptgrund war der massive Protest der Lebensmittelindustrie (Fleisch- und Milchindustrie).<sup>133</sup>

Die Zurücknahme der Ernährungspyramide seitens der USDA verursachte in den Medien ein großes Echo. In den folgenden Monaten erschienen in der Presse viele Artikel über die Pyramide. Es führte zu einer breit angelegten Diskussion über die Rolle der USDA und der Ernährung. So fand die Ernährungspyramide einen breiten Zugang zur Öffentlichkeit. Auch die Rolle der USDA wurde kritisch hinterfragt. Durch diese Kontroverse wurden aber weitere Gelder freigegeben, um Hintergrundforschung zu betreiben und die Pyramide auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen. In weiterer Folge kam es zu verschiedenen Design-Varianten, die jeweils wieder von spezifischen Gruppen auf ihre Nutzbarkeit geprüft wurden. Neben diversen Tortendarstellungen wurden auch Darstellungen wie z.B. Suppenschüsseln verwendet, die für breite Bevölkerungsschichten besser verständlich sein sollen.<sup>134</sup>

#### *5.4.4.5 Die Einführung der Ernährungspyramide, 1991/92*

Im April 1991 wurde die Ernährungspyramide von USDA in einem Ernährungsratgeber eingeführt. Diese Pyramide hat im Gegensatz zu dem Basic Four-Modell eine hierarchische Struktur. Bei dem Basic Four-Modell wurden die Lebensmittelgruppe in gleicher Größe dargestellt, bei der Pyramide erfolgte eine Einteilung in Portionen. Die breite Basis der Pyramide stellte die Ernährungsgruppen der Cerealien, die die empfohlenen Portionen von z.B. Brot, Reis und Nudeln beinhaltete, darauf aufbauend die Obst- und Gemüse-Gruppe, darauf wieder aufbauend die Fleisch- und Milchgruppe und abschließend die Gruppe der Fette, Öle und Süßigkeiten. Diese Darstellungsvariante wurde nun sehr kontroversiell diskutiert, da vor allem die milch- und fleischproduzierenden Industrien eine geringere Darstellungsfläche

---

<sup>133</sup> Nestle 2007, S. 53 -54

<sup>134</sup> Nestle 2007, S. 54-55

zugesprochen bekamen. Der erste Entwurf wurde zurückgezogen, da er laut USDA für Kinder verwirrend ist. Dieser Widerruf zeigt zwei Probleme auf. Erstens der Einfluss der Industrie auf die Behörden, und zweitens das Problem des Landwirtschaftsministeriums als Vertreter für die Agrarindustrie zu fungieren und gleichzeitig für Ernährung zuständig zu sein.<sup>135</sup>

Im April 1992 wurde von der USDA eine neue Ernährungspyramide freigegeben. Man entschied sich für die Pyramide nach dem 855.000 US\$ in die Erforschung und Entwicklung des richtigen Designs ausgegeben wurden. Die Änderungen gegenüber der ursprünglichen Version waren marginal; zwei Änderungen waren es nicht. Die erste Änderung betraf die Namensgebung und die zweite wesentliche Änderung betraf die Anzahl der empfohlenen Portionen bei Fleisch und Milchprodukten. Das neue Pyramidendesign erhöhte die Anzahl der empfohlenen Rationen gegenüber der ursprünglichen Basicform.<sup>136</sup>



Abbildung 5 Die Ernährungspyramide der USDA

---

<sup>135</sup> Nestle 2007, S. 61-62

<sup>136</sup> Nestle 2007, S. 62-63

<sup>137</sup> Bildquelle entrequest.com

#### 5.4.4.6 Folgen der Einführung der Lebensmittelpyramide

Die USDA verfolgte das Ziel, den Hauptinhalt der Ernährungspyramide im speziellen ihre Lebensmittelgruppen, die Portionsangaben und -größen wissenschaftlich zu untermauern. Die Pyramide durchlief einen Review-Prozess von Experten und diente als Diskussionsgrundlage in sachlichen Meetings, um die verschiedenen Stakeholder einzubinden. Es wurde ein großer finanzieller und personeller Aufwand in die Entwicklung dieses Systems gesteckt um auf der sicheren Seite bzw. nicht angreifbar zu sein. Man kann die Ernährungspyramide als auch zu erfolgreich betrachten. Sie hatte einen großen Einfluss auf nachfolgende Ernährungsstrategien. Allerdings ist die Nahrungswahl hierarchisch aufgebaut und deswegen vermittelt sie, dass bestimmte Lebensmittelgruppen anderen vorzuziehen sind. Wenn dazumals kein Anspruch seitens der Rinderindustrie erfolgt wäre, wäre diesem System wohl ein bescheidener Erfolg zuteil geworden. Sie ist wissenschaftlich fundiert, da viel Hintergrundforschung betrieben wurde. Wichtig in einer historischen Betrachtungsweise ist die Pressearbeit, die für die Ernährungspyramide geliefert wurde. Reporter brachten die Konflikte, die in den USDA herrschten sowie die Rolle von Lobbyisten auf den Einfluss in der Politik, an die Öffentlichkeit. Vor allem die hinausgezögerte Veröffentlichung führte sie im Endeffekt zum Durchbruch. Auch die politischen Veränderungen durch den Wechsel von republikanischer zu demokratischer Regierungsgewalt erleichterte das Einführen des Pyramidenkonzepts. Die geringere Einmischung in wirtschaftliche Belange der Republikaner war mit der Übernahme der Macht von den Demokraten zu Ende. Somit bezwang hier die Wissenschaft die Politik. Verzögerungen und die fortlaufende Pressearbeit brachen der Pyramide eine außergewöhnliche Öffentlichkeitsaufmerksamkeit. Ihr Design wurde auf Packungen verwendet und diente als Schulungsgrundlage in der Ernährungsausbildung und in den Schulen. Auch konnte nach der Veröffentlichung die Ernährungspyramide nach drei Jahren einen Bekanntheitsgrad von 2/3 der amerikanischen Bevölkerung vorweisen.

Es gab Unterschiede bei kulturellen und ethischen Gruppen. Ihre Portionsangaben waren als Ernährungsgrundlage auf einer breiten Basis akzeptiert. Die Pyramide erreichte somit eine sehr einflussreiche Stellung im Ernährungssystem. Ob es die Ernährungsgewohnheiten nachträglich verändert hat, ist allerdings fraglich, da z.B. die Gruppe der Fette im Verbrauch zunahm, da z.B. der Verbrauch von fettreicher Eiscreme und Käse stieg. Der Einfluss als Schulungsunterlage um bis zu drei Lebensmittel zu konsumieren ist natürlich debattierbar. Trotz der beiden immer wiederkehrender Ernährungsratschläge werden pflanzliche Produkte und weniger tierische sowie verarbeitete Produkte zu essen, ist sich die Bevölkerung im unklarem, was richtige Ernährung ist. Dieser Umstand ist teilweise dadurch erklärbar, dass der Ratschlag weniger zu essen von der Industrie unterminiert wird, in dem sie diese Aussage beschönigt. Diese Tendenz kann man durch Interpretation und sorgfältiges zwischen den Zeilen lesen, erfassen.<sup>138</sup>

#### *5.4.4.7 Kritikpunkte bei dem Pyramidenkonzept*

Bei der Veröffentlichung der Ernährungspyramide 1992 wurde die Verbesserung des Konzepts gegenüber der Basic Four sowie der konzeptionelle Rahmen, die wissenschaftliche Fundierung und die Effektivität als Schulungsunterlage unterstrichen. Weiters sollte sie Interpretationskonflikte von wissenschaftlichen Studien lösen und in der Öffentlichkeit für mehr Klarheit in Ernährungsfragen sorgen. Auch Kritiker pflichteten ihrer Fähigkeit bei, als eine Grundlage für gesündere Ernährung zu dienen. Doch dieses Modell beinhaltet prinzipielle Problemfelder, die von den Kritikern immer wieder in das Spiel gebracht werden. Der wichtigste Kritikpunkt ist ein ideologischer. Die Pyramide sollte unterstreichen, dass alle Lebensmittelgruppen gleich sind und dass es keine gute oder schlechte Nahrung gibt. Von biochemischer Seite betrachtet, sollte die Pyramide eine Gleichheit der von Zucker und

---

<sup>138</sup> Nestle 2007, S. 65-66

Stärke im Körper bearbeiten<sup>139</sup> was sie nicht macht. Weiters geht sie nicht auf eine adäquate Menge von essentiellen Fettsäuren ein und sie behandelt nur die gesamte Fettaufnahme und geht nicht auf gesättigte, mehrfach ungesättigte und Transfette ein. Auf gastronomischer Seite sollte sie Vollweitzgetreideprodukte bzw. minimal verarbeitete Getreideprodukte den veredelten Getreideprodukten gegenüberstellen. Es sollte zwischen fettreichen und fettarmen Fleisch und Milchprodukten unterscheiden. Von pädagogischer Seite wird der Einwand vorgebracht, dass die Portionsgrößen adäquat erklärt werden sollen und von konzeptioneller Seite sollte man besser zwischen der Maximalmenge von Fleisch und fetten Milchprodukten zu den minimal empfohlenen Mengen von Getreideprodukten und Gemüse unterscheiden können. Diese Einwände sind nicht nur rein auf die USA bezogen sondern die kanadische Gesundheitsagentur versuchte das hierarchische Problem zu überwinden, in dem sie ihre Ernährungspyramiden in den Farben eines Regenbogens darstellte oder die WHO erklärt, dass ihre Ernährungsempfehlungen immer auf die gesamte Ernährung bezogen sind und nicht auf einzelne Stoffe oder Lebensmittel, weil eben verschiedene Ernährungsmodelle mit guter Gesundheit einhergehen können. Auch ihrer Ernährungsempfehlungen sind sehr offen; z.B. man sollte eine Vielzahl von unterschiedlichen Lebensmittel genießen; man soll zulassen, Bedürfnisse zu befriedigen; man soll auf die Qualität und Sicherheit der Nahrungsmittel schauen und man soll alternativen Lebensstil pflegen, um fit zu bleiben.<sup>140</sup>

## **5.5 relevante Interessensgruppen**

### **5.5.1 Österreich**

Die Österreichische Bundesregierung setzt in ihren Regierungsprogrammen auf eine „qualitätsorientierte

---

<sup>139</sup> Stärke ist eine Aneinanderkettung von Glucoseeinheiten d.h. ein Vielfachzucker

<sup>140</sup> Nestle 2007, S. 67

Lebensmittelpolitik“. Zu den Schwerpunkten zählen die Stärkung heimischer Lebensmittel, eine einheitliche Kennzeichenregelung und die Fortsetzung der Exportoffensive. Die vier Säulen des neuen Lebensmittelmodells lauten „Qualität“, „Vielfalt“, „Herkunft“ und „Sicherheit“.<sup>141</sup> Ein zentrales Element der qualitätsorientierten Lebensmittelpolitik ist der österreichische Lebensmittelkodex, der die rechtliche Bedeutung eines objektivierten Sachverständigengutachtens hat.

### **5.5.2 Kodexkommission und ihr Wirkungsfeld**

Politik und Wirtschaft ergeben Spannungsfeld für Lebensmittelgesetze. Aufgrund einer EU-Verordnung<sup>142</sup> haben die Mitgliedsstaaten das Lebensmittelrecht umzusetzen, und sie müssen sicherstellen, dass die Anforderungen des Lebensmittelrechts von den Lebensmittelunternehmen in allen Produktions-, Verarbeitungs- und Betriebsstufen eingehalten werden. In Österreich gilt das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz. Mit diesem Gesetz werden die Anforderungen an Lebensmittel, Wasser für den menschlichen Gebrauch, Gebrauchsgegenstände und kosmetische Mittel geregelt. Das LMSVG wurde 2006 kundgemacht und löste das LMSVG aus 1975 ab, um unionsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen sowie die gesamte Lebensmittelkette einschließlich der Primärproduktion zu berücksichtigen. Die Eigenverantwortung des Unternehmers ist als ein zentrales Element zur Gewährleistung der Sicherheit von Lebensmitteln darin festgeschrieben. Bei auftretenden Mängeln müssen unverzüglich Gegenmaßnahmen wie z.B. die Rückholung vom Markt eingeleitet werden. Diesem Gesetz liegt eine

---

<sup>141</sup> Lebensministerium 2010

<sup>142</sup> Gemäß Artikel 17 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002

Vielzahl von EU-Verordnungen zugrunde, die dem Gesetz angehängt sind.<sup>143</sup> Eng verbunden mit dem LMSVG ist der

### **Kodex Alimentarius Austriacus,**

der als Richtschnur für die Qualität von Lebensmitteln gilt. Dieses österreichische Lebensmittelbuch ist deswegen ein Grundelement der österreichischen Lebensmittelpolitik, da in diesem Werk die Inlandsproduktion von Nahrungsmitteln geregelt und der redliche Handelsbrauch festgelegt wird.<sup>144.145</sup>

Das Lebensmittelbuch dient der Verlautbarung von Sachbezeichnungen, Begriffsbestimmungen und Untersuchungsmethoden sowie von Richtlinien für das Inverkehrbringen von Waren, die dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz unterliegen. Dabei kommt ihm weder Gesetzes- noch Verordnungskraft zu, sondern es hat die rechtliche Bedeutung eines **"objektivierten Sachverständigengutachtens"**.

Die Ausarbeitung und Weiterentwicklung des Lebensmittelbuches erfolgt durch die Kodex-Kommission, die zur Beratung der Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend in Angelegenheiten lebensmittelrechtlicher Vorschriften eingerichtet wurde. Die von der Kommission bzw. ihren Unterkommissionen und Arbeitsgruppen erarbeiteten Kodex-Richtlinien werden von der Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend per Erlass veröffentlicht."<sup>146</sup>

Die Sitzungen des Codex sind nicht öffentlich. Der Inhalt des Kodex wird laufend angepasst, dies geschieht durch das Zusammenwirken von Experten aus verschiedenen Richtungen. Repräsentanten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Bund und Ländern erstellen gemeinsam die

---

<sup>143</sup>

[http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/VerbraucherInnenengesundheit/Lebensmittel/Lebensmittelrecht/Rechtsvorschriften\\_in\\_Oesterreich/Lebensmittelsicherheits\\_und\\_Verbraucherschutzgesetz\\_LMSVG](http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/VerbraucherInnenengesundheit/Lebensmittel/Lebensmittelrecht/Rechtsvorschriften_in_Oesterreich/Lebensmittelsicherheits_und_Verbraucherschutzgesetz_LMSVG)

<sup>144</sup> Schübl 2011, S. 1-6

<sup>145</sup> Schübl 2011, S. 21

<sup>146</sup> Lebensmittelministerium.at - Der österreichische Lebensmittelkodex, 17.11.2010

einzelnen Kodexkapitel aufbauend auf einem offenen Dialog. Die Kodexkommission repräsentiert somit ein breites Spektrum von Interessensgruppen und von fachlichem wissenschaftlichem Know-how. Durch direkte Kommunikation der einzelnen Interessensgruppen entstehen praxisbezogene Grundsätze mit einem hohen Qualitätsanspruch. Der Kodex ist ein geeignetes Hilfsmittel für die Tätigkeit der Lebensmitteluntersuchung für Kontrollorgane, und zur einheitlichen Vorgehensweise bei der Beurteilung der Probeziehung. Er erleichtert die Herstellung und das Inverkehrbringen von Produkten für Produzenten und den Handel.

Der Kodex war ursprünglich die Basis um objektiv nachvollziehbare Untersuchungen und Beurteilungen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen durch Gutachter zu erreichen. Später kam die Aufgabe hinzu, Regeln zu erarbeiten, um eine Ware als national oder international verkehrsfähig zu definieren. Hauptsächlich konzentriert sich der Kodex auf Sicherheitsaspekte. Seit 60 Jahren hat er die gesetzlich fixierte Aufgabe, dem jeweils zuständigen Minister für Lebensmittel, Kosmetik und Gebrauchsgegenstände fachlich zu beraten. Das Aufgabenfeld hat sich seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wesentlich erweitert<sup>147</sup>

### **Täuschungsschutz**

Eine der zukünftigen Aufgaben ist die Verbesserung des Täuschungsschutzes für Konsumenten.<sup>148</sup> Die vor irreführender Werbung geschützt werden sollen. Für den Verbraucher ist eine Information über Inhaltsstoffe, Nährwerte oder zusätzliche Informationen über soziale Hintergründe, Tierschutz oder praktische Hinweise zur Zubereitung bedeutsam. So gewinnen auch „Lobende Auszeichnungen“ - wie Herkunftsangaben - in gesättigten Märkten eine immer größere Bedeutung. Es gibt eine Vielzahl dieser Herkunftsangaben, die

---

<sup>147</sup> Schübl 2011, 67-68

<sup>148</sup> Dies betonte z.B. der Bundesminister für Gesundheit, Dr. Stöger anlässlich der konstituierenden Sitzung der Kodexkommission für die Funktionsperiode 2011-2016 im März 2011

unpräzise und für den Konsumenten verwirrend sind sowie kaum kontrolliert werden. Verpflichtende Regelungen zur Herkunftsbezeichnung existieren EU-weit nur für sechs Produktbereiche und zwar für Bio-Produkte, Eier, Honig, Fische, Obst, Gemüse, und Rindfleisch. Alle weiteren Auslobungen sind freiwillig und unterliegen nur dem gewöhnlichen Täuschungsschutz. Exportorientierte Länder setzen große Lobbyingaktivitäten um diese Kennzeichnung zu vermeiden. In Österreich ist der Vollzug des Täuschungsschutzes im LMSVG geregelt, eine eigene Kodexgruppe Täuschungsschutz bearbeitet die Definitionen der klaren Herkunftsauslobung. Probleme ergeben sich z.B. bei Aufmachungen mit eindeutigem Herkunftsbezug wie „Wachauer Marillenmarmelade“ Der Konsument erwartet sich hierbei dass die Hauptzutaten aus der Region stammen, und das Produkt auch dort produziert wird. Er wird aber oft durch unpräzise Angaben in die Irre geführt.<sup>149 150</sup>

### **Exkurs: Historischer Abriss**

Seit dem Altertum sind Probleme mit verfälschten oder gesundheitsschädlichen Lebensmitteln bekannt. Der Kodex Hammurabi (1770 vCr.) ist eine der ältesten und umfangreichsten Quellen des Lebensmittelrechts. Darin sind Verbote von Lebensmittelverfälschungen niedergeschrieben. Im römischen Reich lag die Amtsgewalt für die Marktaufsicht bei den Ädilen, den Assistenten der Volkstribunen. Für den Verzehr untaugliche Nahrungsmittel wurden vernichtet. Das römische Lebensmittelwesen wurde unter anderem im Kodex Theodosianus (438) und Justianus (528) kodifiziert.

Im Mittelalter erfolgte mit der Ausbildung des Städtewesens eine Weiterentwicklung des Lebensmittelrechts. Die Selbstversorgung wurde

---

<sup>149</sup> Schübl 2011 S. 68 und <http://www.aiz.info/?id=2500,,2028,Y2lkPTEwOTI4NDA%3D>

<sup>150</sup> In Österreich existieren z.B. neben vier offiziellen Gütesiegeln - wie dem AMA-Gütesiegel - rund 200 Marken und Zeichen, mit denen Hersteller und Handelsketten werbewirksam ihre Produkte schmücken. *siehe* parlamentarische Materialien [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A\\_01506/fnameorig\\_211740.html](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01506/fnameorig_211740.html)

durch die Kette vom Erzeuger über den Handel zum Verbraucher abgelöst.

Im 19. Jahrhundert nahmen Lebensmittelverfälschungen durch den Fortschritt der Chemie und der Gewerbefreiheit zu. Durch die Industrialisierung waren immer mehr Menschen auf eine funktionierende Lebensmittelkette angewiesen. Um Betrügereien entgegenzuwirken wurden in verschiedenen Ländern durchgreifende Regelungen eingeführt. Lebensmittelgesetze wurden in Frankreich 1855, in Großbritannien und Italien 1860, im Deutschen Reich 1879, in Österreich-Ungarn 1897 und in der Schweiz 1905 erlassen.<sup>151</sup>

Aufgrund fehlender Definitionen und Normen kam es zu Beispiel bei der Einführung des deutschen Lebensmittelgesetzes zu einer Rechtsunsicherheit, die zu verschiedenen Gerichtsurteilen führte, da die Personen, die Lebensmittel untersuchten, unterschiedliche Methoden anwandten oder nicht qualifiziert waren. Chemiker begannen einheitliche Vereinbarungen zu einheitlichen Untersuchungen von Nahrungsmitteln zu entwickeln. Diese Probleme wurden auf Kongressen diskutiert und einheitliche Regeln angedacht. 1891 erfolgten im Rahmen der "Internationalen Ausstellung für Nahrungsmittel und Hausbedarf vom hygienischen Standpunkte" erste zielgerichtete Aktivitäten bei einer "Versammlung von Nahrungsmittelchemikern und Mikroskopierern".

"Es ist wünschenswerth, dass in den verschiedenen Ländern für die Zusammensetzung von Lebensmitteln und Getränken Coden eingeführt werden, welche durch staatliche wissenschaftliche Commissionen festgestellt werden"

Die ins Leben gerufene Wissenschaftliche Kommission schuf bis zur letzten Sitzung 1898 einundzwanzig Kapitel verschiedener Warengruppen.

---

<sup>151</sup> Schübl 2011, S. 29

Das den Kodex zusammenstellende Forum bestand aus Chemikern und anderen Wissenschaftlern, Vertreter wirtschaftlicher Interessensgruppen nahmen daran nicht teil<sup>152</sup>. Dies wurde vom Vertreter des Handels und des Gewerbes, dem Abgeordneten Wilhelm Neuber<sup>153</sup> von Beginn an gefordert. Allgemein gültige Lebensmittelstandards wären für den Handel innerhalb der Kronländer von großer Bedeutung. 1897 trat das "Gesetz betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen" im Reichsrat in Kraft. Der Kodex selbst wurde im Gesetz nicht berücksichtigt, und damit stand er auf keiner rechtlichen Basis.<sup>154</sup> Die Wirtschaft forderte um 1900 einen offiziell zur Verfügung stehenden Kodex, da eine einheitliche Beurteilung der Lebensmitteluntersuchungen durch die Untersuchungsanstalten fehlte. Ein Kodex sollte den Unternehmen eine gewisse Sicherheit bei der Herstellung und Beurteilung der Produkte geben. Das Lebensmittelgesetz reichte hierfür nicht aus. Auf Druck der Wirtschaft wurde der Ansatz einer allgemeinen Untersuchungsnorm wieder aufgegriffen, und 1907 wurde die Arbeit an dem Kodex fortgesetzt. 1911 erfolgte ein Erlass auf dem die Ziele des Kodex formuliert wurden, und in dem auf eine möglichst große Verbreitung des Werkes hingewirkt werden sollte. Das Werk sollte den Zweck verfolgen, den Produzenten und Händlern als Informationsquelle über die Kriterien der amtlichen Kontrolle zu dienen. Weiters sollte es den staatlichen Untersuchungsanstalten eine Richtschnur bieten, und dem nach dem Lebensmittelgesetz entscheidenden Richter als ein "nicht bindender,

---

<sup>152</sup> Schübl 2011, S. 29

<sup>153</sup> Wilhelm Neuber ( gest. 1917) gründete 1865 die gleichnamige Firma als Färberei, sie entwickelte sich zu dem führenden Chemiegroßhandel in Österreich, seit 2000 ist er Teil der Brenntag AG, dem Weltmarktführer in der Chemiedistribution. Neuber nahm zahlreiche hohe Funktionen im Bereich des Handels und Gewerbes in der k. u. k. Monarchie war.<sup>153</sup>

<sup>154</sup> Schübl 2011

aber informativer fachtechnischer Behelf dienen" Diese prinzipiellen Ziele haben heute noch Gültigkeit.<sup>155</sup>

Nach dem 1. Weltkrieg veränderten sich durch den Fortschritt viele Bereiche der Lebensmittelerzeugung und des Warenverkehrs. Die Bestimmungen des Kodex waren anzupassen, was zu einer Herausgabe einer neuen Auflage des Kodex führte. Ein wesentlicher Unterschied bestand bei der Kommission zur zweiten Auflage gegenüber der ersten, da nun auch Vertreter des Lebensmittelgewerbes, der Lebensmittelindustrie und des Handels in der Kommission vertreten waren. Die zweite Auflage wurde zwischen 1926 und 1938 in 48 Kapiteln (Heften) veröffentlicht.

Während des 2. Weltkrieges galt das deutsche Lebensmittelrecht, und die Arbeit der Kodexkommission wurde unterbrochen. Nach dem Krieg nahm die Kodexkommission ihre Arbeit ohne Vertreter der Wirtschaft wieder auf.<sup>156</sup>

Kodex und Kodexkommission wurden 1950 mit einer Novelle des Lebensmittelgesetzes auf eine rechtliche Grundlage gestellt. In der Novelle wurde die genaue Zusammensetzung der Kommission geregelt, an der rechtlichen Stellung des Kodex als "objektivierte Sachverständigengutachten" änderte sich weiterhin nichts. Diese Eigenschaft besteht auch heute noch. 1951 wurde das Lebensmittelgesetz aus 1897 in einer konsolidierten Fassung wiederverlautbart. Bei der kompletten Neubearbeitung des Lebensmittelgesetzes 1975 wurden die Aufgaben des Kodex für Fragen des weltweiten Kodex Alimentarius erweitert. Durch geänderte EU-rechtliche Rahmenbedingungen 2004 wurde das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz- LMSVG 2006 veröffentlicht. Die Inhalte des Kodex wurden größtenteils aus dem LMG 1975 übernommen.

---

<sup>155</sup> Schübl 2011, S. 39

<sup>156</sup> Schübl 2011, S. 43

Die Kodexkommission wurde im Laufe der Jahre von einer reinen Beamten- und Wissenschaftlerkommission zu einer Vertretung aller beteiligten Verkehrskreise. Vertreter der Wirtschaft, der Kammern, der Sozialpartner und der Konsumentenschutzorganisationen wurden in die Kommission bei den Novellen des Lebensmittelgesetzes eingebunden.<sup>157</sup>

### **5.5.3 Wirtschaftskammer Österreich**

Der Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie der Wirtschaftskammer Österreich ist für heimische Lebensmittelunternehmen von großer Bedeutung da er ein sehr wichtiger Ansprechpartner ist. Auf nationaler Ebene ist er im Kodex Alimentarius vertreten und seine Argumentationslinie hat dort großes Gewicht, weiters regelt er Kollektivvertragliche Angelegenheiten und ist Auskunftsperson für die Schwerpunktthemen Lebensmittelrecht, Futtermittelrecht sowie Arbeit und Soziales.

### **5.5.4 AGES**

Die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, AGES, nimmt vielfältige Aufgaben auf dem Gebiet der Ernährungssicherheit wahr. Sie ist im Eigentum der Republik und untersteht dem Lebensministerium sowie dem Gesundheitsministerium. Die AGES versteht sich als führende Expertenorganisation zur Risikominimierung in den Gebieten Ernährungssicherheit und -sicherheit, Verbraucherschutz und Gesundheit.

Durch die Gründung der AGES im Jahre 2002 wurden 18 Bundeseinrichtungen aus den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmitteluntersuchung, Veterinärmedizin, Bakteriologie und Serologie zusammengeführt, 2006 kam die Zulassungsstelle für

---

<sup>157</sup> Schübl 2011, S. 47

Arzneimittel dazu. Die gebündelten Bundeskompetenzen ermöglichen eine gesamtheitliche Betrachtungsweise.<sup>158</sup>

### **5.5.5 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit**

#### **EU-Strategie zur Lebensmittelsicherheit**

Nachdem eine Reihe von Lebensmittelskandalen zeitweilig das Vertrauen der Konsumenten in die Sicherheit und Qualität der Lebensmittel erschütterte, hat die Europäische Union mit einer umfassenden Strategie und einer gründlichen Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit reagiert. Die allgemeinen Grundsätze wurden zuerst im "Weißbuch der EU zur Lebensmittelsicherheit" formuliert und finden sich nun in der Verordnung (EG) 178/2002, die den Rahmen für die weitere Entwicklung des europäischen Lebensmittelrechts darstellt.

Leitprinzip der Kommission ist dabei der Grundsatz "from the table to the stable": Es wird die gesamte Lebensmittelkette einbezogen, vom Erzeuger am Bauernhof bis hin zum Endverbraucher. Dieses allgemeine Lebensmittelrecht wird durch spezifische Rechtsvorschriften zur Lebensmittelhygiene, -kontrolle, -kennzeichnung und -vermarktung ergänzt. Die EU-Strategie zur Lebensmittelsicherheit sieht auch vor, sich bei allen Entscheidungen im Lebensmittelbereich auf solide wissenschaftliche Grundlagen zu stützen. Dabei spielt die neu geschaffene Europäische Lebensmittelbehörde (European Food Safety Authority, EFSA) eine wesentliche Rolle. Die EFSA erstellt für die Europäische Kommission unabhängige wissenschaftliche Gutachten und berät bei der Erarbeitung von Gesetzestexten."<sup>159</sup>

Die Lebensmittelskandale der 90er Jahre führten zu einem Umdenken in Europa. Ziel war ein umfassendes einheitliches Konzept zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, die Gewährleistung eines

---

<sup>158</sup> n.n.(2011e)

<sup>159</sup> Lebensmittelministerium 2010

hohen Verbraucherschutzes und die Schaffung von Vertrauen in die Lebensmittelversorgung. Als unabhängige wissenschaftliche Referenzstelle gilt die

### **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit**

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Abk. EBL, engl. European Food Safety Authority, EFSA) ist eine Agentur der Europäischen Union. Die 2002 gegründete Organisation stellt den Grundpfeiler für Risikobewertung bei der Lebensmittelsicherheit der Union dar. Sie soll zeitnahe Risikomanagemententscheidungen treffen, den Gesundheitsschutz der europäischen Verbraucher und die Sicherheit der Lebensmittel- und Futtermittelkette gewährleisten.<sup>160</sup>

Der Aufgabenbereich der EFSA erstreckt sich über Lebensmittelsicherheit, Ernährung, Futtermittelsicherheit, Tier- und Pflanzensicherheit und -schutz. Die EFSA versucht sich als Referenzbehörde für Risikobewertungen zu etablieren. Diese Risikobewertungen sind Basis für eine Beratung, die unabhängig, transparent und wissenschaftlich fundiert allen beteiligten Verkehrskreisen wie z.B. Politikern, Produzenten und Verbrauchern zur Verfügung gestellt wird.<sup>161</sup>

Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten ist über Netzwerke geprägt. Bestimmte Themen ermöglichen eine Netzwerkbildung, um Informationen und Standpunkte auszutauschen. Auf nationaler Ebene sind die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) sowie das Bundesamt im Netzwerk der EFSA integriert, da sie ähnliche Aufgaben erfüllen. Im Rahmen ihrer Aufgaben arbeitet die EFSA auch mit anderen europäischen und internationalen Organisationen zusammen. Ein Europäisches Netzwerk der Agenturen (z.B. Europäische Chemikalienagentur) wurde diesbezüglich geschaffen und Kooperationsvereinbarungen abgegeben. In den entsprechenden

---

<sup>160</sup> EFSA, S. 1

<sup>161</sup> Grossgut 2011, S. 173

Arbeitsgebieten werden auch enge Kontakte mit internationalen Organisationen gepflegt, dazu gehören der Kodex Alimentarius, die OECD und WHO. Die EFSA nimmt auf Ersuchen der Europäischen Kommission an Treffen teil.

Die wissenschaftlichen Stellungnahmen und Risikobewertungen haben auf die europäische Gesetzgebung und auf die Bewertungen von nationalen Agenturen und Lebensmittelsicherheitssystemen Einfluss. Sie ist ein bedeutender Faktor im europäischen Lebensmittelsicherheitssystem und im Bereich der Risikobewertung.<sup>162</sup>

An der Behörde wird stark Kritik geübt. Die Behörde soll unabhängig über die Zulassung neuer Produkte entscheiden und dem Schutz der Verbraucher dienen. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung treten Interessenkonflikte auf, da leitende Angestellte enge Verflechtungen mit der Lebensmittelindustrie haben. So arbeitete der Vorsitzende des Gremiums Ernährung für den Konzern Kraft, ein EFSA-Verwaltungsrat für Danone. Ein Gremienmitglied erhält somit Entgelte als Redner der Institution und gleichzeitig als Konferenzteilnehmer für einen großen Konzern der Lebensmittelindustrie. Dies ist insofern bedenklich, da diese Organisation entscheidet, was auf den Teller kommt. Es wird daher angezweifelt, dass die Behörde wirkungsvoll gegen Interessenkonflikte ihrer Mitarbeiter vorgeht. Geltendes EU-Recht erschwert jedoch Reformen. Tätigkeiten der EFSA-Mitarbeiter für die Industrie sind grundsätzlich nicht verboten, wenn sie in einer Interessenserklärung angegeben werden. Die Unabhängigkeit ist jedoch dann verletzt wenn Gremien Entscheidungen für Firmen treffen, bei denen Mitglieder des Gremiums arbeiten. Für die Lebensmittelproduzenten steht viel Geld am Spiel. Besonders Health Claims – so genannte Gesundheitsbehauptungen- sind auf Lebensmitteln verkaufsfördernd.<sup>163</sup>

---

<sup>162</sup> Grossgut 2011, S. 176-177

<sup>163</sup> Falck, Oppong 27.10.2011

## 5.5.6 USA

### **USDA: United States Department of Agriculture**

Das Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten (amtl., abgekürzt USDA) wurde 1862 unter Abraham Lincoln gegründet, um den Informationsbedarf über agrarische Belange zu decken. Damals lebte jeder 2. Amerikaner von der Landwirtschaft. Aus einer Volksabteilung (People's Department) entstand 1889 das heutige US-Landwirtschaftsministerium. Es lag damals schon im Interesse der Lobby von Lebensmittelindustrie und der Farmer, mehr Einfluss durch ein eigenes Ministerium auf die Regierung zu bekommen. Ihre Funktion ist seit jeher, die Lebensmittelversorgung der amerikanischen Bevölkerung sicher zu stellen. Die außergewöhnlich wichtige Rolle der Landwirtschaft für die USA nahm durch die fortschreitende Industrialisierung in den letzten Jahrzehnten jedoch ab. Das Aufgabengebiet der USDA liegt heute im Bereich Nahrungsmittelsicherheit, Agrarmarktregelung und Agrarwissenschaftsforschung.

Dem Ministerium sind die wichtigsten Behörden im Bereich Ernährung unterstellt, unter anderem das

Agricultural Marketing Service (AMS): es ist für das strategische Marketing der landwirtschaftlichen Produkte zuständig.

Center for Nutrition Policy and Promotion (CNPP): es stellt Ernährungsleitlinien zur Verfügung und verbindet Forschungsagenden mit den Konsumentenwünschen.

Food and Nutrition Service (FNS): es erstellt mit Partnerorganisationen Programme für Kinder und Ärmere um ihnen Zugang zu Nahrung und Ernährungsprogrammen zu ermöglichen.

Food Safety and Inspection Service (FSIS): es ist für Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit zuständig <sup>164</sup>.

Die USDA vereint in Ernährungsangelegenheiten die meiste Macht, was ihr Kritik einbringt. Weiters wird angemerkt, dass nach ihren Statistiken für etwa 10% der Amerikaner nur eine „sehr niedrige Nahrungssicherheit“ herrscht. Es ist ihr nicht gelungen, die Versorgung der gesamten US-Bevölkerung zu sichern. Weiters wird der zu große Einfluss der Lobbyisten der Lebensmittelindustrie auf das Ministerium kritisiert, z.B. bei der Freigabe des Anbaus von genmanipulierten Pflanzen, die dadurch zu Produkten verarbeitet werden konnten. <sup>165</sup>

### **5.5.7 FAO WHO**

Die FAO ( Food and Agriculture Organization of the United Nations; Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen ) ist eine Sonderorganisation der UNO und wird auch Welternährungsorganisation genannt. Ihre Aufgabe ist es, die Produktion und Verteilung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln weltweit zu verbessern, damit die Ernährung gesichert ist und der Lebensstandard steigt. Internationale Standards werden über den Kodex Alimentarius geregelt. Der Kodex Alimentarius ist eine gemeinsame Institution der FAO und WHO, die mit dem Ziel gegründet wurde, die Gesundheit der Verbraucher zu schützen und im internationalen Handel mit Lebensmitteln Mindeststandards zu setzen. Als die FAO und die WHO in den 40er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts gegründet wurden, gab es kaum Kontakte oder Anzeichen einer Harmonisierung von Lebensmittelregelungen zwischen den Staaten. Die Lebensmittelwissenschaften und ihre Fähigkeiten bei der Analytik von Nahrungsmitteln entwickelten sich rasch weiter, die

---

<sup>164</sup> <http://www.usda.gov/wps/portal/usda/usdahome?navid=USDA150>

<sup>165</sup> <http://www.usdabuyeralerts.com/geschichte-des-ministeriums.html>

Zusammensetzung und damit die Qualität von Lebensmitteln waren dadurch leichter bestimmbar.<sup>166</sup>

Die in Lebensmittel verwendeten Zusatzstoffe unterlagen keiner ausreichenden Kontrolle, bei einer Konferenz der WHO/FAO wurde dieses Thema 1955 aufgegriffen, und das Joint Expert Committee on Food Additives gegründet. Die JECFA etablierte sich als das wissenschaftliche Gremium im Kodex und ist im Bereich Risikobewertung ein integraler Bestandteil des Kodex.<sup>167</sup>

1960, bei der ersten FAO Regionalkonferenz wurden minimale Lebensmittelstandards wie Kennzeichnungsanforderungen und Analysemethoden für den Verbraucherschutz angedacht. Danach wurde nach Gesprächen mit der FAO, WHO, den Vereinten Nationen, der OECD und Vertretern des Kodex Alimentarius Europaeus ein internationales Lebensmittelstandardprogramm eingeführt. 1961 wurde das Kodex Alimentarius Plenum eingerichtet. Heute sind 185 Staaten und die EU als Wirtschaftsorganisation Mitglieder des Kodex Alimentarius. Der Kodex richtet sich an die Regierungen der Mitgliedsstaaten und gibt Empfehlungen mit entsprechendem Hintergrund ab. Diese haben keine Rechtsverbindlichkeit. Weitere Abkommen tragen der internationalen Harmonisierung von Lebensmittelstandards bei. Der Kodex Alimentarius stellt eine Sammlung internationaler Lebensmittelstandards dar, die in Fachkomitees erarbeitet und vom Plenum verabschiedet wurden.<sup>168</sup>

Die volle Wirkung des Kodex erkennt man bei Verfahren vor der WTO (Welthandelsorganisation), wenn es um unzulässige Hürden beim Export/Import geht. Der Kodex Alimentarius gilt hierbei als die Basis im Verfahren.<sup>169</sup> Die Aktivitäten des Kodex werden sich verändern. Der

---

<sup>166</sup> Jenewein 2011, S. 169

<sup>167</sup> Jenewein 2011, S. 169–170

<sup>168</sup> Jenewein 2011, S. 169–170

<sup>169</sup> Jenewein 2011, S. 170–171

wissenschaftliche Fortschritt, die Veränderung der Konsumentengewohnheiten, verschiedene Sichtweisen der Zuständigkeiten bei Lebensmittelangelegenheiten bei Regierungen und der Industrie führen zu neuen Standards. Der Verbraucherschutz wird für Konsumenten und den Handel immer wichtiger.<sup>170</sup>

Diese Organisationen sind ebenfalls starkem Lobbying ausgesetzt. So wurde zum Beispiel der Report über Ernährung und der Vermeidung von chronischen Erkrankungen (Report on Diet, Nutrition and the Prevention of Chronic Diseases) 2003, der die Basis WHO- Globalstrategie ist, von der Zuckerindustrie stark boykottiert, da darin die Zufuhr von Zuckermengen beschränkt wurde. Dies geschah über die Ländervertretungen großer Zuckerproduzenten wie USA; Kuba und Mauritius.<sup>171</sup>

---

<sup>170</sup> World Health Organization 2006

<sup>171</sup> Pinstrup-Andersen, Per 2009, S. 69

## 6 Zusammenfassung und Schlussbetrachtung

Die Auswahl von Nahrungsmitteln hat ökonomische, politische und soziale Konsequenzen sowie Auswirkungen auf die Umwelt. Richtlinien über gesunde Ernährung provozieren ethische und politische Dilemmas. Die Zielvorgabe der Politik, weniger zu essen, um Gewicht zu reduzieren, beeinflusst den Absatz der Lebensmittelproduzenten was diese mit Methoden des Lobbyings zu verhindern versuchen.<sup>172</sup> Die Lebensmittelbranche ist mit rund 12% Anteil am Bruttoinlandsprodukt eine der wichtigsten Branchen und hat einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Ihre Interessensvertretungen und Lobbyingorganisationen haben großen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der Politik.

Sobald die Titelseiten der Zeitungen vor spanischen Gurken, Dioxineiern und anderen verdorbenen Lebensmitteln warnen und uns Politiker zu beschwichtigen versuchen, rückt die Ernährungspolitik ins Zentrum unseres Interesses. Lebensmittelsicherheit,- qualität,- vielfalt und Nachhaltigkeit sind Säulen eines Lebensmittelmodells, die den Verbraucher vor krankmachenden Lebensmitteln schützen sollen, aber immer wieder ins Wanken geraten. Diese - zum Glück - seltenen medialen Ereignisse rufen uns unseren sorglosen Umgang mit Lebensmitteln ins Bewusstsein. Wir nehmen generell zuviel Nahrung zu uns und davon vor allem zuviel Lebensmittel tierischen Ursprungs. Das hat ernährungsbedingte Krankheiten zur Folge, die dem Staat enorme Kosten verursachen. Er steuert mit Programmen wie Aktionsplänen zur Ernährung gegen und versucht uns beispielsweise anhand von Ernährungspyramiden den bewussteren Umgang mit Lebensmittelprodukten deutlich zu machen.

Eng verwoben mit diesem Spannungsfeld ist die Lebensmittelbranche, die uns mit immenser Produktvielfalt überhäuft und uns zu

---

<sup>172</sup> Nestle 2007, S. 364

Kaufentscheidungen bewegt, die einer gesunden Ernährung nicht unbedingt dienlich sind.

Den gesetzlichen Rahmen aus EU-Verordnungen und nationaler Lebensmittelgesetze versucht nun die Lebensmittelindustrie mit der Hilfe von Lobbying nach ihren Zielen zu formen, indem sie in den Gesetzgebungsprozess einzugreifen versucht.

Die Mechanismen und Methoden des Lobbyings sind nicht in allen Ländern gleich. In Österreich sind die Sozialpartner - besonders die Wirtschaftskammer im Bereich der Lebensmittel – wichtige Player, um die Interessen der Lebensmittelbranche in die Gesetze einzubinden. Sie sind in Gremien - wie der Codexkommission - vertreten und liefern somit einen wichtigen Beitrag zur Rechtssicherheit. Vor allem der Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie der Wirtschaftskammer Österreich dient als Ansprechpartner ersten Ranges für die Lebensmittelbranche.

Der Rat der EU und das EU-Parlament sind in vielen Bereichen der Nahrungsmittelproduktion, des Vertriebes und Inverkehrbringens das gesetzgebende Organ. Darunter fällt unter anderem die Kennzeichnungsverordnung und die Verordnung über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel. Diese Verordnungen haben weitreichende Auswirkungen auf das Lebensmittelrecht in ganz Europa. Die EU-Organe wollen damit die Gesundheit der Bevölkerung schützen und verbessern.

Auf EU-Ebene übernehmen Dachorganisationen Lobbyingfunktionen, deren Mitglieder die nationalen Fachverbände sind. Die Mächtigste Organisation davon ist „FoodDrinkEurope“, in der auch alle großen Lebensmittelindustriekonzerne eingebunden sind. Diese Organisation nimmt mit den Partnern der Lebensmittelindustrie durch massives Lobbying Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der EU. Verbraucherverbände sind zwar medial vertreten, haben aber kaum monetäre Ressourcen.

Die in dieser Arbeit gestellte Hypothese – „wenn die Politik die Gesundheit der Bevölkerung verbessern will, dann ist sie von der Wirtschaft nicht beeinflussbar“ – ist somit zu verwerfen. Die Lebensmittelbranche greift mit verschiedenen Lobbyingmethoden in den Bereich ein. Vor allem Organe der EU-Kommission sind auf Informationen der Lebensmittelindustrie angewiesen da sie das Fachwissen nicht haben. Sie bieten dadurch für Lobbyingaktivitäten viel Angriffsfläche. Von den in dieser Arbeit vorgestellten Theorien beschreibt die Tauschtheorie am besten diese Vorgänge.

Die Ernährungspolitik hat auf nationaler Ebene Spielraum, die Gesundheit der Menschen zu beeinflussen. Programme wie Aktionspläne zur Ernährung bringen dies zum Ausdruck. Mit Hilfe von Ernährungspyramiden und anderen Ernährungsratschlägen wird versucht die Bevölkerung zu einer gesünderen Lebensweise zu bewegen. Die Hypothese – „wenn Ernährungsleitlinien publiziert werden, dann sind sie leicht verständlich“ - wird verworfen da der Konsument aus verschiedenen Gründen wie z.B. der Vielfalt und der Aufmachung damit überfordert ist. Auch in diesem Bereich betreibt die Lebensmittelindustrie verstärkt Lobbying da die Kennzeichnung von Lebensmitteln für sie Auswirkungen auf den Umsatz hat.

## 7 Abstact

Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien versuchen uns auf verschiedene Art zu überzeugen was und wie viel wir essen sollen. Diese Arbeit hat das Ziel die Ernährungspolitik mit dem Fokus des Lobbyings der Lebensmittelindustrie zu betrachten. Diese Arbeit zeigt, dass die Ernährungsempfehlungen der Politik für eine gesündere Lebensweise sind nicht wertfrei gestaltet sind sondern von der Lebensmittelindustrie beeinflusst werden. Sie bringt durch unterschiedliche Lobbyinginstrumente ihre Interessen in die Gesetzgebung ein. Die Ernährungspolitik versucht unter anderem über Ernährungsprogramme das Bewusstsein der Bürger für gesunde Ernährung zu steigern. Die Lobbyinginstumente und Methoden der Lebensmittelindustrie werden anhand der Entstehungsgeschichte der Ernährungspyramide des us-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums USDA sowie an weiteren Beispielen dargestellt.

Politics, economy, science and media are trying to convince us in different ways what and how much we shoud eat. This thesis concentrates on nutrition policy and the lobbying mechanisms of the food industry. This report shows that the food recommendation policy for a more healthy nutrition is influenced by the food industry which itself influences the legislation by different lobbying instruments. Nutrition policy is trying to increase the awareness among citizens for healthy food. This thesis has the aim to highlight the lobbying instruments and methods considering the history of the food pyramid of the USDA (United States Department of Agriculture) as well as other examples.

## Literaturverzeichnis

- aid-infodienst - Ernährung - Richtig essen - Ernährungspyramide - Ernährungspyramide. Online verfügbar unter <http://www.aid.de/ernaehrung/ernaehrungspyramide.php>, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Arntz, Dirk (2004): Lobbying als Public Affairs Instrument. In: Kreyher, Volker J (Hg.): Handbuch politisches Marketing. Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. .
- Bentele, G. (2003) Kungelei oder legitime Kommunikation? Innen- und Außenwahrnehmung des Lobbyismus. Vortrag vor dem Politikongress, Berlin unter [www.politikongress.de/\\_files/archiv/vortraege2003/bentele.pdf](http://www.politikongress.de/_files/archiv/vortraege2003/bentele.pdf)
- Bero, Lisa A. (1999): Accepting commercial sponsorship. Disclosure helps—but is not a panacea. In: British Medical Journal, H. 319, S. 653–654. Online verfügbar unter <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1116526/>, zuletzt geprüft am 02.01.2012.
- Bhagwati, Miriam (2011): Lobbying. Herausgegeben von - das Wirtschaftslexikon .com. Sigma Alpha Global Exchange Limited. Online verfügbar unter <http://www.daswirtschaftslexikon.com/d/lobbying/lobbying.htm>, zuletzt aktualisiert am 30.11.2011, zuletzt geprüft am 01.12.2011.
- BMELV - Pressemitteilungen - Gesunde Ernährung und mehr Bewegung: Zwei Jahre Nationaler Aktionsplan "IN FORM". Online verfügbar unter <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2010/204-AI-BMELV-BMG-INFORM-Jahreskonferenz.html>, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Braun, Dietmar (1997): Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum "kooperativen" Staat. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Buholzer, René Paul (1998): Legislatives Lobbying in der Europäischen Union. Ein Konzept für Interessengruppen. Univ., Diss.--St. Gallen, 1998. Bern: Haupt (St. Galler Studien zur Politikwissenschaft, 21).
- Bundesforschungsanstalt für Ernährung (Hg.) (Oktober 2000): Ernährungsziele unserer Gesellschaft: die Beiträge der Ernährungsverhaltenswissenschaft. Berichte der Bundesforschungsanstalt für Ernährung. Bonn (22. Wissenschaftliche Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Ernährungsverhalten e. V. (AGEV)).
- Chabera, Bernhard (2003): Die Einflussnahme nichtstaatlicher Akteure auf die Entscheidungsprozesse der EU. Diplomarbeit. Betreut von Heinrich. Wien. Universität Wien.
- Corselli-Nordblad, Louise (2011): Die Vielfalt der Landwirtschaft in der EU im Zahlenspiegel. Veröffentlichung über Agrar- und Fischereistatistiken. Herausgegeben von Eurostat Pressestelle. Eurostat. (STAT/11/163), zuletzt aktualisiert am 09.11.2011, zuletzt geprüft am 18.11.2011.
- Davidson, Richard A. (1986): Source of funding and outcome of clinical trials, Journal of General Internal Medicine, Volume 1, Number 3, 155-158
- Czada, Roland; Zint., Reinhard (Hg.) (2003): Politik und Markt. In: PVS-Politische Vierteljahresschrift, 34. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Die Dreidimensionale Lebensmittelpyramide | Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. Online verfügbar unter <http://www.dge.de/modules.php?name=News&file=article&sid=483>, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- E.U. verhindert Lebensmittel Ampel (Frontal 21). Ausgestrahlt am 13.5.2008. ZDF.
- Echo Salzburg (Hg.): NAP.e 2011: Nationaler Aktionsplan Ernährung. Online verfügbar unter [http://www.echoonline.at/index.php?option=com\\_content&view=article&id=2992:nape-2011-nationaler-aktionsplan-ernaehrung&catid=31:leben&Itemid=60](http://www.echoonline.at/index.php?option=com_content&view=article&id=2992:nape-2011-nationaler-aktionsplan-ernaehrung&catid=31:leben&Itemid=60), zuletzt geprüft am 23.11.2011.
- EFSA (Hg.): About EFSA.
- Elmadfa, Ibrahim; et al. (2009): Österreichischer Ernährungsbericht 2008. 1. Aufl age, März 2009. Wien: Institut für Ernährungswissenschaften.
- Ett provkok blev ett provkök. Online verfügbar unter <http://www.coop.se/Globala-sidor/OmKF/Kooperativsamverkan/Var-historia1/Tidslinjen/1930-1960/1943/Ett-provkok-blev-ett-provkok/>, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- EurActiv n.n.: Lobbying in der EU und den USA - ein Vergleich [DE]. Online verfügbar unter <http://www.euractiv.com/de/pa/lobbying-eu-usa-vergleich/article-135594>, zuletzt geprüft am 17.01.2012.

- Falck, Marianne; Opong, Marvin (2011): Abhängige Kontrolleure. Wie die europäische Lebensmittelaufsicht EFSA von der Industrie beeinflusst wird- zu Lasten der Verbraucher. In: Süddeutsche Zeitung, Jg. 248, 27.10.2011, S. 18.
- Food Politics » Food Politics: How the Food Industry Influences Nutrition and Health. Online verfügbar unter <http://www.foodpolitics.com/food-politics-how-the-food-industry-influences-nutrition-and-health/>, zuletzt geprüft am 07.04.2011.
- FoodDrinkEurope - Our Priorities.
- Gössl, Katharina: Der Einfluss der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf das Konsumverhalten und den Ernährungsstatus der österreichischen Bevölkerung. Betreut von Elvadfa I.
- Gradwohl, Florian (2009): Lobbying in der Europäischen Union. Wirtschaftslobbying für kleinere und mittlere Unternehmen. Diplomarbeit. Betreut von Windhager. Wien. Universität Wien, Politikwissenschaft.
- Gröbeldinger, Eva-Maria: Ein interdisziplinärer Diskurs über Ernährung und Essverhalten im Wandel der Zeiten- als Ausgangsbasis für eine positive individuelle Bewusstseinsbildung.
- Grossgut, Roland (2011): Aufgaben und Wirkung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit. In: Schübl, Erwin (Hg.): Festschrift 120 Jahre Codex alimentarius Austriacus (Österreichisches Lebensmittelbuch) 1891 - 2011. Wien, Graz: NWV Neuer Wiss. Verl., S. 173-178.
- hubers7 (2010): Die neue österreichische Ernährungspyramide. Pressekonferenz. Herausgegeben von Bundesministerium für Gesundheit. Online verfügbar unter [http://bmg.gv.at/cms/home/attachments/5/8/6/CH1212/CMS1287055124905/pk\\_unterlage1.pdf](http://bmg.gv.at/cms/home/attachments/5/8/6/CH1212/CMS1287055124905/pk_unterlage1.pdf), zuletzt aktualisiert am 22.09.2010, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Jahn, Detlef (2006): Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Lehrbuch).
- Jenewein, Dieter (2011): Codex Alimentarius - FAO/WHO- ein unbekanntes Wesen. In: Schübl, Erwin (Hg.): Festschrift 120 Jahre Codex alimentarius Austriacus (Österreichisches Lebensmittelbuch) 1891 - 2011. Wien, Graz: NWV Neuer Wiss. Verl., S. 169-171.
- Kiefer, I.; Haberzettl, C.; Rieder, c. (2000): Ernährungsverhalten und Einstellung zum Essen der Österreicherinnen. In: Journal für Ernährungsmedizin, H. 2, S. 2-7. Online verfügbar unter [www.kup.at/ernaehrungsmedizin](http://www.kup.at/ernaehrungsmedizin).
- Kleinfeld, Ralf; Willems, Ulrich; Zimmer, Annette (Hg.) (2007): Lobbying. 1. Aufl. s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV).
- Kohl1 (2008): Neuber. Online verfügbar unter [http://www.althofen.at/AvW\\_Museum/Geschichte\\_der\\_Chemie/Neuber.pdf](http://www.althofen.at/AvW_Museum/Geschichte_der_Chemie/Neuber.pdf), zuletzt aktualisiert am 09.08.2008, zuletzt geprüft am 04.01.2012.
- Lackner, Maria (2008): Sozialökologische Dimensionen der österreichischen Ernährung. Eine Szenarienanalyse. Wien (Social Ecology Working Paper 103).
- Laudan, Rachel: Der Ursprung der modernen Küche. In: Spektrum der Wissenschaft, Dossier, Jg. 2004, H. 4, S. 7.
- Lebensministerium.at - Der österreichische Lebensmittelkodex (2010). Online verfügbar unter <http://www.lebensmittelnet.at/article/articleview/29752/1/8153/>, zuletzt aktualisiert am 17.11.2010, zuletzt geprüft am 17.11.2010.
- Lebensministerium.at - Lebensmittelbericht 2010 (2011). Online verfügbar unter <http://lebensmittel.lebensministerium.at/article/articleview/87612/1/1471/>, zuletzt aktualisiert am 08.04.2011, zuletzt geprüft am 08.04.2011.
- Lebensministerium.at - Lebensmittelpolitik (2010). Lebensministerium. Online verfügbar unter <http://www.lebensmittelnet.at/article/archive/8150>, zuletzt aktualisiert am 17.11.2010, zuletzt geprüft am 17.11.2010.
- Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien – befinden wir uns auf dem richtigen Weg? (EUFIC). Online verfügbar unter <http://www.eufic.org/article/de/artid/Lebensmittelorientierte-Ernaehrungsleitlinien-richtiger-Weg/>, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Lebensmittelorientierte Ernährungsleitlinien in Europa (EUFIC). Online verfügbar unter <http://www.eufic.org/article/de/expid/lebensmittelorientierte-ernaehrungsleitlinien-europa/>, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Lehner, Petra (2011): NAP.e Nationaler Aktionsplan Ernährung. inkl. Maßnahmenübersicht und Planung 2011. Unter Mitarbeit von Verena Sgarabottolo und Alexander Zilberszac. Herausgegeben von

- Bundesministerium für Gesundheit. Online verfügbar unter [http://bmg.gv.at/cms/home/attachments/1/3/0/CH1046/CMS1264514565545/nape\\_210111.pdf](http://bmg.gv.at/cms/home/attachments/1/3/0/CH1046/CMS1264514565545/nape_210111.pdf), zuletzt aktualisiert am 21.01.2011, zuletzt geprüft am 23.11.2011.
- Leitzmann, Claus: Ernährungspyramiden unter der Lupe. -UGB-Gesundheitsberatung. Herausgegeben von UGB. Verein für Unabhängige Gesundheitsberatung. Online verfügbar unter <http://www.ugb.de/glykaemischer-index/ernaehrungspyramiden-unter-der-lupe/>, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Lösungsbogen: Ernährungspolitik in Deutschland - Ernährungsumschau. Online verfügbar unter [http://www.ernaehrungs-umschau.de/archiv/fort\\_weiterbildung/?id=3340](http://www.ernaehrungs-umschau.de/archiv/fort_weiterbildung/?id=3340), zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Markl, Peter: Vertrackte Rückkoppelungen. Können fettarme Diäten zu Übergewicht führen? Herausgegeben von Wiener Zeitung. Online verfügbar unter <http://www.wienerzeitung.at/Desktopdefault.aspx?tabID=3946&alias=wzo&lexikon=Ern%C3%A4hrung&letter=E&cob=4813>, zuletzt geprüft am 30.12.2010.
- Martelanz, Verena (2011): Verbändeguide. Die Vertretung österreichischer Interessen im europäischen und internationalen Verbänden. Herausgegeben von WKO. Wirtschaftskammer Österreich, zuletzt aktualisiert am 24.03.2011, zuletzt geprüft am 06.01.2012.
- Meinungsfreiheit im Widerstreit. Online verfügbar unter [http://www.mediamanual.at/mediamanual/workshop/lo/0102\\_grundrechte.php](http://www.mediamanual.at/mediamanual/workshop/lo/0102_grundrechte.php), zuletzt geprüft am 03.01.2012.
- Mörxlbauer, Angela (2004): Ernährungs- und Lebensmittelbericht – Zwei Instrumente der Ernährungspolitik in Österreich. Herausgegeben von Verband der Ernährungswissenschaftler Österreichs. VEOE. (1). Online verfügbar unter [http://www.veoe.org/uploads/einblicke/Einblicke\\_1\\_04.pdf](http://www.veoe.org/uploads/einblicke/Einblicke_1_04.pdf), zuletzt aktualisiert am 23.03.2004, zuletzt geprüft am 08.04.2011.
- mz (2003): Gesellschaftliche Machtverteilung - Verbändeeinfluss.doc. Online verfügbar unter <http://www.adam-poloek.de/folienneu/wpolitik/wirtgrund/gesellschaftliche-machtverteilung-verbaendeeinfluss.pdf>, zuletzt aktualisiert am 16.05.2003, zuletzt geprüft am 18.03.2011.
- n.n. (2011): Lobbying. Herausgegeben von Wirtschaftslexikon.com. Online verfügbar unter <http://www.daswirtschaftslexikon.com/d/lobbying/lobbying.htm>, zuletzt aktualisiert am 22.11.2011, zuletzt geprüft am 25.11.2011.
- n.n. (2011a): Lebensmittelministerium.at - Lebensmittelbericht 2010. Lebensmittelministerium. Online verfügbar unter <http://lebensmittel.lebensministerium.at/article/articleview/87612/1/1471/>, zuletzt aktualisiert am 08.04.2011, zuletzt geprüft am 08.04.2011.
- n.n. (2011b): MyPlate ersetzt Ernährungspyramide - Albert Schweitzer Stiftung. Herausgegeben von Albert-Schweitzer-Stiftung. Online verfügbar unter <http://albert-schweitzerstiftung.de/aktuell/myplate-ersetzt-ernaehrungspyramide>, zuletzt aktualisiert am 10.6.2011, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- n.n. (2011c): Das Österreichische Lebensmittelmodell: Lebensmittelministerium.at. Online verfügbar unter <http://www.lebensministerium.at/lebensmittel/qs-lebensmittel/lebensmittelpolitik-oe/lebensmittelmodell.html>, zuletzt aktualisiert am 29.12.2011, zuletzt geprüft am 29.12.2011.
- n.n. (2011d): BMG: BMG - NAP.e - Kurzinfo und Zeitplan. Online verfügbar unter [http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/Ernaehrung/NAP\\_e\\_Kurzinfo\\_und\\_Zeitplan/](http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/Ernaehrung/NAP_e_Kurzinfo_und_Zeitplan/), zuletzt geprüft am 08.04.2011.
- n.n. (2011e): Was ist die AGES? - AGES. Online verfügbar unter <http://www.ages.at/ages/landwirtschaftliche-sachgebiete/was-ist-die-ages/>, zuletzt geprüft am 04.01.2012.
- n.n. (2011f) Der Österreichische Ernährungsbericht 2008. Herausgegeben von Bundesministerium für Gesundheit. Online verfügbar unter [http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/Ernaehrung/Rezepte\\_Broschueren\\_Berichte/Der\\_Oesterreichische\\_Ernaehrungsbericht\\_2008](http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/Ernaehrung/Rezepte_Broschueren_Berichte/Der_Oesterreichische_Ernaehrungsbericht_2008), zuletzt geprüft am 23.11.2011.
- Nestle, Marion (2007): Food politics. How the food industry influences nutrition and health. Rev. and expanded ed. Berkeley: University of California Press.
- Neue österreichische Ernährungstabelle - science.ORF.at. Online verfügbar unter <http://science.orf.at/stories/1640901/>, zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Oltersdorf, Ulrich: Nutrition Policy. [ernaehrungswerkstatt.de](http://ernaehrungswerkstatt.de). Online verfügbar unter [http://ernaehrungswerkstatt.de/misc/fileadmin/user\\_upload/EDWText/Abbildungen/Lebensm](http://ernaehrungswerkstatt.de/misc/fileadmin/user_upload/EDWText/Abbildungen/Lebensm)

ittel/fileadmin/user\_upload/EDWText/Abbildungen/fileadmin/user\_upload/EDWText/Abbildungen/fileadmin/user\_upload/EDWText/Abbildungen/VLWien/index.php?id=453, zuletzt geprüft am 07.04.2011.

- Oltersdorf, Ulrich; Kurt Gedrich (Hg.) (2001): Ernährungsziele unserer Gesellschaft: die Beiträge der Ernährungswissenschaft. Berichte der Bundesforschungsanstalt für Ernährung. Unter Mitarbeit von Uwe Spiekermann. Karlsruhe (BFE-R-01-02).
- Parlamentskorrespondenz Nr. 256 vom 14.04.2010 (2010). Online verfügbar unter [http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2010/PK0256/](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2010/PK0256/), zuletzt geprüft am 05.01.2012.
- Pestitschek, Karin (2008): Die politische Stellung der Sozialpartner im nationalen Gesetzgebungsprozess seit dem Beitritt Österreichs zur EU. Betreut von Peter Gerlich. Wien. Universität Wien, Politikwissenschaft.
- Pinstrup-Andersen, Per (2009): Case studies in food policy for developing countries. Ithaca, NY: Cornell Univ. Press.
- Pirkhuber Wolfgang: Nationaler Aktionsplan Ernährung längst fällig - Die Grünen. Online verfügbar unter <http://www.gruene.at/landwirtschaft/artikel/lesen/54699/>, zuletzt geprüft am 16.11.2010.
- Roberts, Laura; Mosena, Riccardo Giuseppe; Winter, Eggert (Hg.) (2010): Gabler Wirtschaftslexikon. 17., komplett aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: Gabler.
- Roche Pharma AG | EU-Kommission verhängt Bußen für Vitamin Preisabsprachen der 1990er Jahre | Pressemitteilung | Pressemeldung. Online verfügbar unter [http://www.pressrelations.de/new/standard/result\\_main.cfm?aktion=jour\\_pm&r=81950](http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=81950), zuletzt geprüft am 03.01.2012.
- Rühle, Eberhard: Die Tricks der Lebensmittelindustrie (Tatort Supermarkt). Ausgestrahlt am 6.10.2011. arte.
- Säckl, Martin (2011): Lobbying im Labyrinth Brüssel: Ein Insider gibt Tipps - News on Public Affairs. Herausgegeben von publicaffairs. Online verfügbar unter <http://www.onpublicaffairs.com/news/Lists/Beitraege/Post.aspx?ID=27>, zuletzt aktualisiert am 04.01.2012, zuletzt geprüft am 04.01.2012.
- Schernhorst, Helmut (2009): Kulinarischer Journalismus. Diplomarbeit, Universität Wien
- Schneider, Herbert (1979): Die Interessenverbände. Orig.-Ausg., 5., überarb. Aufl. München, Wien: Olzog (Geschichte und Staat, 105).
- Schröder, Heinrich Josef (1976): Gesetzgebung und Verbände. Beitrag zur Institutionalisierung der Verbandsbeteiligung an der Gesetzgebung. 58 Bände. Speyer: Schriftenreihe der Hochschule Speyer.
- Schubert, Klaus; Klein, Martina (Hg.) (2006): Das Politiklexikon. [mit über 1300 Stichwörtern sowie informativen Grafiken, Tabellen und Karten]. 4., erw. u. aktualisierte Aufl. Bonn: Dietz.
- Schübl, Erwin (Hg.) (2011): Festschrift 120 Jahre Codex alimentarius Austriacus (Österreichisches Lebensmittelbuch) 1891 - 2011. Wien, Graz: NWV Neuer Wiss. Verl.
- Sgarabottolo, Verena: Gründung Nationale Ernährungskommission. In: Ernährung aktuell, Jg. 2001, H. 1, S. 1-2.
- Spiekermann, Uwe (2001): Historischer Wandel der Ernährungsziele in Deutschland – Ein Überblick. In: Oltersdorf, Ulrich; Kurt Gedrich (Hg.): Ernährungsziele unserer Gesellschaft: die Beiträge der Ernährungswissenschaft. Berichte der Bundesforschungsanstalt für Ernährung. Karlsruhe (BFE-R-01-02), S. 97-112.
- Spiekermann, Uwe (Oktober 2000): Historischer Wandel der Ernährungsziele in Deutschland – Ein Überblick. In: Bundesforschungsanstalt für Ernährung (Hg.): Ernährungsziele unserer Gesellschaft: die Beiträge der Ernährungsverhaltenswissenschaft. Berichte der Bundesforschungsanstalt für Ernährung. Bonn (22. Wissenschaftliche Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Ernährungsverhalten e. V. (AGEV)), S. 97-112.
- Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2011 (2010). Wien.
- Stratka, Dorotee (2007): Ernährungspolitik in Deutschland. Von der Ernährungssicherung bis zum gesundheitsfördernden Lebensstil. In: Ernährungs-Umschau, Jg. 2007, H. 12, S. 730-736. Online verfügbar unter [http://www.ernaehrungs-umschau.de/media/pdf/pdf\\_2007/12\\_07/EU12\\_730\\_736.qxd.pdf](http://www.ernaehrungs-umschau.de/media/pdf/pdf_2007/12_07/EU12_730_736.qxd.pdf), zuletzt geprüft am 22.11.2011.
- Talos, Emmerich (2009): Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Sozialpartnerschaft. Ein diskontinuierlicher Entwicklungsprozess in einem veränderten Umfeld. In: Pfefferle, Roman;

Gerlich, Peter (Hg.): Europa als Prozess. 15 Jahre Europäische Union und Österreich ; Festschrift für Peter Gerlich. Wien: Lit-Verl. (Austria: Forschung und Wissenschaft : Politikwissenschaft, 7), S. 65–79.

walknch (2011), zuletzt aktualisiert am 09.11.2011, zuletzt geprüft am 18.11.2011.

Wieser, Markus (25.09.2004): Lobbying- Weißer Fleck an der Nahtstelle zwischen Politik und Wirtschaft. Eine netzwerkanalytische Untersuchung zur interessenspolitischer Kommunikation in Deutschland. Betreut von Romy Fröhlich. München. Ludwig-Maximilian Universität, Kommunikationswissenschaft und Medienforschung. Online verfügbar unter [http://epub.ub.uni-muenchen.de/522/1/MA\\_Wieser\\_Markus.pdf](http://epub.ub.uni-muenchen.de/522/1/MA_Wieser_Markus.pdf), zuletzt geprüft am 24.11.2011.

Winninghoff, Ellie (2010): Book Review - Food Politics by Marion Nestle. Online verfügbar unter <http://www.yesmagazine.org/issues/what-would-democracy-look-like/988>, zuletzt aktualisiert am 11.02.2010, zuletzt geprüft am 29.12.2010.

World Health Organization: Understanding the Codex alimentarius. 3. ed. (2006). Rome: World Health Organization [u.a.].

Zilberszac, Alexander (2010): NATIONALER AKTIONSPLAN ERNÄHRUNG. NAP.e / Konsultationsentwurf. Herausgegeben von Bundesministerium für Gesundheit. Online verfügbar unter [http://bmg.gv.at/cms/site/attachments/5/0/3/CH0525/CMS1264667132176/nape\\_final\\_26\\_01.pdf](http://bmg.gv.at/cms/site/attachments/5/0/3/CH0525/CMS1264667132176/nape_final_26_01.pdf), zuletzt aktualisiert am 27.01.2010, zuletzt geprüft am 16.11.2010.

## 7.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 My Plate 53

<http://www.choosemyplate.gov/index.html>

Abbildung 2 österreichische Ernährungspyramide 54

[http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/Ernaehrung/Empfehlungen/DIE\\_OeSTERREICHISCHE\\_ERNAeHRUNGSPYRAMIDE](http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/Ernaehrung/Empfehlungen/DIE_OeSTERREICHISCHE_ERNAeHRUNGSPYRAMIDE)

Abbildung 3 Ernährungspyramide der DGE 56

<http://www.deindiaetcoach.de/wissen/gesundeernaehrung/basiswissen/dgeernaehrungspyramide.html>

Abbildung 4 Ernährungspyramide des aid infodienstes 57

<http://www.klaks-info.de/pages/essen-und-trinken.php>

Abbildung 6 Die Ernährungspyramide der USDA 77

<http://www.entrequest.com/bye-bye-food-pyramid-hello-achievement-model/>

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Die Arbeit wurde mit dem Literaturverwaltungsprogramm CITAVI Version 2.5 von der Firma Swiss Academic Software erstellt. Als Zitationsstil wurde der Citavi Basis-Stil gewählt.

## 7.2 Lebenslauf

### ***Schernhorst Helmut ; DI Mag.***

Persönliche Angaben:

Staatsangehörigkeit: Österreich

Geburtsdatum: 4.2.1969

Geburtsort: Krems an der Donau

Ausbildung:

Universität Wien; Publizistik

Universität für Bodenkultur Wien; Lebensmittel- und Biotechnologie;  
Auslandssemester an der Technischen Universität Berlin, Deutschland  
und dem University College Cork, Irland